Antifaschistisches info Blatt

Nr. 128 | Herbst 2020 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



DER NATIONALSOZIALISTISCHE UNTERGRUND

DAS URTEIL, DAS NETZWERK UND NEUE SPUREN

www.antifainfoblatt.de



Foto: Bildwerk Rostock

DIE KONTINUITÄT RECHTEN TERRORS BRECHEN

Mit der Urteilsbegründung im NSU-Prozess bleibt festzuhalten: Die Ermittlungen sollten schnell abgeschlossen, die gesellschaftliche Verantwortung negiert und die Untätigkeit der Sicherheitsbehörden verschleiert werden.



Foto: Florian Boillot

NEUKÖLLN-KOMPLEX WIRD IMMER KOMPLEXER

Die Ermittlungen zur Neonazi-Anschlagserie in Berlin stagnieren seit Monaten. Dennoch wurden in den letzten Wochen immer wieder neue Details bekannt, die erklären könnten, woran das liegt.



Foto: Presseservice Wien

NS-VERHERRLICHUNG STOPPEN

Einen Aufruf aus Budapest, sich gemeinsam über nationale Grenzen hinweg zu organisieren, um der internationalen neonazistischen Mobilisierung entgegenzutreten, haben Antifas zum Anlass genommen, die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen„ wiederzubeleben.



Foto: Sir James / Wikipedia (CC BY-SA 2.0 DE)

DER MORDANSCHLAG IN SOLINGEN

Wurde der mörderische Brandanschlag von Solingen durch den Verfassungsschutz begünstigt und die Aufklärung sabotiert? Seit langem ist bekannt: Der VS in NRW war mit einem Neonazi-V-Mann den Tätern sehr nahe. Neu ist: Er scheint einiges dafür getan zu haben, um diese Verbindung zu verschleiern.

Titelfoto: imago images / Sebastian Widmann
06.10.2016, Landgericht München, 314. Verhandlungstag im NSU-Prozess. Beate Zschäpe (rechts) und Ralf Wohlleben (links).

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

DISKUSSION

RASSISMUS

GESCHICHTE

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Es zieht sich durch die Geschichte unseres Projekts: Wann immer rechter Terror in die öffentliche Wahrnehmung gelangt, wird hier und andernorts von Antifaschist_innen betont, dass es keine Einzelfälle gibt, dass rechter Terror nicht erst bei Mord anfängt, dass er nie aufgehört hat zu existieren und dass der Staat keine aufklärende Rolle dabei spielt. Dass wir die Definition, die Analyse, die kontinuierliche Beobachtung, die Publikation von – und vor allem den Schutz vor – rechtem Terror nicht dem Staat überlassen dürfen, hat uns nicht nur die rassistische Mordserie des NSU und seine staatliche „Aufarbeitung" gezeigt. Und trotzdem müssen wir unser Erstaunen über die Qualität und Quantität der jüngsten unzähligen Beispiele rechter Netzwerke bei Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Bundeswehr und Polizei eingestehen. Auch wenn sich die antirassistische und antifaschistische Bewegung seit spätestens dem NSU einige Lehren zu Herzen genommen hat, gibt es noch viel zu tun. Wir hoffen, mit unserem Schwerpunkt in dieser Ausgabe etwas dazu beitragen zu können. Hierzu halten wir es auch für sinnvoll, sich Organisierungen, Diskussionen und Aktionsformen anzuschauen wie sie gerade in den USA erprobt werden. Ansätze wie Community Support - Organization - Education und Defence sind zwar auch hier nicht neu, jedoch viel weniger entwickelt.

Wieder sind Menschen von Neonazis ermordet worden. Wir wünschen den Angehörigen viel Kraft. Im rheinland-pfälzischen Zweibrücken hat ein Neonazi den 40-jährigen Familienvater Sacha Lamotte (Bild 1), getötet. In den USA ist seit den tödlichen Polizeischüssen auf den Schwarzen George Floyd eine große antirassistische und antifaschistische Bewegung entstanden. Rechte Kräfte reagieren mit Mord: Ein Straßenfest am Gedenktag zum Ende der Sklaverei am 21. Juni in Charlotte /North Carolina wurde angegriffen. Kelly Miller (29, Bild 2), Christopher Antonio Gleaton (28, Bild 3) und Jamaa Keon Cassell (39, Bild 4) wurden durch die mehr als einhundert abgegebenen Schüsse getötet.

Am 27. Juni wurde in Louisville/ Kentucky auf eine „Black Lives Matter" (BLM)-Demonstration geschossen. Der 27-jährige Tyler Gerth (Bild 5) wurde tödlich getroffen.

Zehn Tage später, am 5. Juli, raste ein Mann mit seinem Auto in Seattle in eine BLM-Demonstration und überfuhr dabei zwei Frauen. Eine davon, die 24-jährige Summer Taylor (Bild 6), verstarb kurz darauf.

Vier Tage später wurde Domenique Dunn (Bild 7) in Portland rassistisch beschimpft und erschossen.

Am 25. Juli wurde in Austin/Texas der BLM-Demonstrant Garett Foster (Bild 8) bei Protesten aus einem Auto heraus erschossen.

Bei einer weiteren BLM-Demonstration in Kenosha/ Wisconsin am 25. August wurden der 36-jährige Joseph Rosenbaum (Bild 9) und der 26-jährige Anthony Huber (Bild 10) erschossen. Beide hatten versucht, ihren Mörder an Schüssen auf BLM-Demonstrant_innen zu hindern.

Michael Forest Reinoehl (Bild 11), ein Antifaschist und BLM-Aktivist, der sich einen Tag zuvor in einem Interview selbst bezichtigte, einen rassistischen Angreifer in Notwehr erschossen zu haben, wurde am 3. September von der Polizei erschossen. Augenzeugen und Antifaschisten aus den USA gehen von einer Racheaktion aus.

Am 1. September erlag der Moskauer Antifaschist Alexey „Sokrates" Sutuga (Bild 12) seinen schweren Kopfverletzungen, die ihm vier Security-Mitarbeiter zugefügt hatten. Die Hintergründe der Tat sind nach Aussagen seiner Freunde noch unklar. •



„Wehrsportlager" in Brandenburg und Thüringen

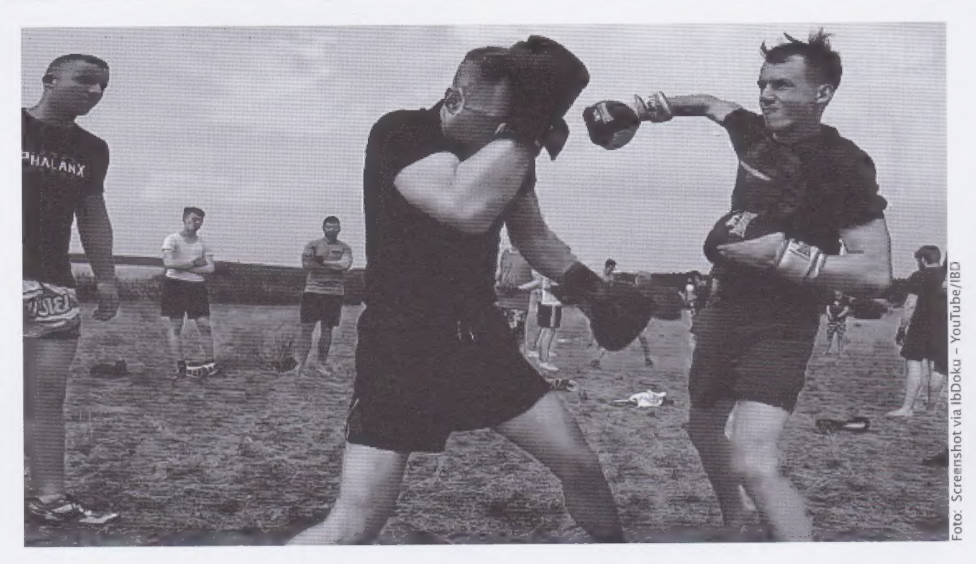


Foto: Screenshot via IbDoku – YouTube/IBD

In der Woche um den 12. Augst 2020 fand im südbrandenburgischen Großräschen im Ortsteil Woschkow das „Bundeslager der Identitären Bewegung" statt. Die „Identitären" hatte sich dazu in die „Tischlerei und Sägerei" von Peter Schmidt eingemietet, die u.a. über Blockhütten verfügt. Wie die Lausitzer Rundschau im Nachgang herausfand, war Schmidt bereits als Reichsbürger aufgefallen. Er gab an, nichts vom Treiben der IB mitbekommen zu haben und distanzierte sich zugleich von seiner „Vergangenheit" als Reichsbürger.

Diese Form des „Wehrsportlagers" der „Identitären Bewegung" (IB) fand zum ersten Mal in Deutschland statt und ähnelt in Form und Inhalt der jährlich stattfindenden „Université d´été" (Sommeruniversität) der „Génération Identitaire" in Frankreich, zu der IB-Kader aus ganz Europa eingeladen werden. Diese fand in diesem Jahr in der 33. Kalenderwoche in Frankreich statt. Einen ähnlich elitären und klandestinen Charakter hatte auch das „Bundeslager" in Woschkow, zu dem knapp 50 ausgewählte IB-Anhänger aus Deutschland, der Schweiz und Österreich geladen waren. Eine Woche zuvor deutete der österreichische Kopf der IB Martin Sellner in einem Livestream bereits an, dass er in der Folgewoche als „Ausbildender" in einem „Sportlager" in Deutschland sein werde. Ein im Nachhinein produziertes Video der IB über ihr Bundeslager verrät viel über die durchweg männlichen Akteure und den Charakter des Lagers: Morgenappelle unter der Lambda-Fahne, das Singen völkischer Lieder und Uniformierung mit weinroten T-Shirts. „Immer der Beste zu sein und voranzustreben den andern, und nicht der Väter Geschlecht zu beschämen!", stand auf diesen.

Neben Vorträgen und ideologischer Schulung u.a. durch Martin Sellner, wurde vor allem Kampf- und „Wehrsport" trainiert, sowie Kletterübungen durchgeführt. Dazu wurde auch der nahegelegene geflutete Tagebau Altdöberner See genutzt. Dieser überwiegend sportliche Charakter des Lagers hebt sich damit von anderen regionalen „Aktivistenwochenenden" ab. Drill, Abhärtung und voll Maskulinismus strotzende Wehrhaftigkeit waren die zentralen Inhalte des Bundeslagers, was sehr an die altbekannten Lager u.a. der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" erinnert. Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche IB-Kader ihren Vorlauf in neonazistischen und völkischen Strukturen hatten, scheint dies nur konsequent. Neben Martin Sellner dürften die ebenfalls anwesenden langjährigen IB-Kader Till-Lucas Wessels, Philip Thaler, Torsten Görke (IB-Halle) und Sven Engeser (IB-Schwaben) für die Organisation und Durchführung des Lagers maßgeblich verantwortlich sein. Ebenfalls anwesend war Benjamin Stein aus Murrhardt bei Backnang, der noch 2011 für die NPD kandidierte.

Der Charakter dieses Bundeslagers reiht sich in die Radikalisierungsspirale der „Identitären Bewegung" ein. Nach dem Scheitern ihrer bürgerlichen Fassade und dem anschließenden Niedergang, scheint die IB nun nur noch wenig motiviert ihre „gewaltfreie" Fassade aufrechterhalten zu wollen. Stattdessen wird der tatsächliche Charakter der extrem rechten Gruppierung deutlich. Dieses Bundeslager diente vor allem der Vorbereitung auf den Straßenkampf und der Verstärkung ihres maskulinistischen Körperkults in einem elitären Rahmen. Die „Identitären" sind jedoch nicht die Einzigen, die Lager und Wehrsportübungen durchführen. Als „wildes Camp des rechten Klientels" bezeichnete die Polizei ein Lager der „Jungen Revolution" (JR), dass im Juli 2020 in Stützerbach (Thüringen) ausgetragen werden sollte. Die zwanzig bis dreißig TeilnehmerInnen hatten bereits ihre Zelte aufgeschlagen und konnten einige Boxtrainings durchführen, bis die Polizei schließlich das Camp u.a. aufgrund von Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz auflöste.

Die JR ist ein junges, sich elitär gebendes Projekt um den aus Zwickau stammenden, ehemaligen Nachwuchskader der Neonazi-Partei „Der III. Weg" Sanny Kujath. Unterstützend wirkte vor Ort aber auch der Dortmunder Alexander Deptolla, sowie Franz P., die beide zum Orga-Team des extrem rechten Kampfsportformats „Kampf der Nibelungen" (KdN) gehören. Auch der KdN-Kämpfer David M. aus Mecklenburg-Vorpommern nahm am Lager der JR teil und beaufsichtigte Bildern zufolge das Boxtraining. David M.'s Gruppe in Rostock – der neonazistische „Aktionsblog/Baltik Korps" – trainiert schon länger für den „Tag X", wie Selbstbeschreibungen zu entnehmen ist (Vgl. AIB 126). Dass auch mindestens eine Person aus der extrem rechten Hooligangruppe „Jungsturm" des FC Rot-Weiß Erfurt in Stützerbach vor Ort war, bekräftigt das Potential solcher Lager. Führende Personen des „Jungsturm" sitzen aktuell in Untersuchungshaft. Sie sollen eine kriminelle Vereinigung gebildet haben. „Musstest ihr abbrechen wegen den Bullen?" wurde der JR-Kader Sanny Kujath später im Internet zum Hergang des Lagers gefragt. „Wir haben einfach das Gelände gewechselt" war seine Antwort. •

#Polizeiproblem: NSU 2.0-Drohbriefeserie unaufgeklärt, rechte Netzwerke bei Polizei aufgedeckt

Seit 2018 hält eine Serie von rechten Drohschreiben an, bei denen diverse Prominente und Politiker*innen über SMS, E-Mail und Faxnachrichten bedroht und beleidigt werden. Auffällig ist dabei, dass in vielen Fällen mit nichtöffentlichen, privaten Daten der Betroffenen geprahlt wird. Unterschrieben sind die Schreiben vielfach mit „NSU 2.0", zeitweilig aber auch mit „Staatsstreichorchester", „NationalSozialistischeOffensive" (NSO) und anderem.

Anfangs deutete sich ein schneller Ermittlungserfolg an, als im April 2019 André Maaß aus Halstenbek (Kreis Pinneberg) als ein Urheber ermittelt wurde. Er steht bis heute deswegen in Berlin vor Gericht. Zum Prozessauftakt wurden Bombendrohungen verschickt. Er gilt als Autor der NSO-Schreiben. Allerdings hörte die Serie nach seiner Festnahme nicht auf. Vielmehr wurde durch die weiteren Schreiben und Ermittlungen deutlich, dass die Daten der Betroffenen vielfach zuvor auf Polizeicomputern abgefragt wurden.

Ursprünglich begonnen hatte die Serie im August 2018 mit einem Fax an die Frankfurter NSU-Nebenklageanwältin Seda Başay-Yıldız, in der ihre im Melderegister gesperrte Privatanschrift und Namen von Angehörigen genannt werden. Bei den Ermittlungen kommt heraus: Am Tag des Faxes wurden diese Daten vom Account einer Polizistin im 1. Frankfurter Polizeirevier abgerufen, in dem an diesem Tag 14 Personen arbeiteten. Eine Auswertung ihres Handys nach einer Durchsuchung brachte eine Chatgruppe zutage, in der Polizisten aus dem Revier sowie ein Beamter aus Alsfeld und eine Privatperson rassistische und NS-verherrlichende Nachrichten ausgetauscht hatten. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass eine Person aus dieser Gruppe die Daten illegal abgefragt und das Drohschreiben verschickt habe: Der 31-jährige Polizist Johannes S.

Die Schreiben gingen weiter, immer mehr Menschen erhielten Todesdrohungen, die Ermittlungen weiteten sich aus und förderten immer mehr rechte Vorfälle in Hessen zutage. Ein Polizist in Dieburg (Südhessen) fragte für ein Mitglied der Neonazigruppe „Aryans" private Daten ab, vier Polizisten der Polizeistation in Schlüchtern hissten am Holocaust-Gedenktag absichtlich die Flaggen verkehrtherum, zwei Polizisten in West- und Osthessen wurden suspendiert wegen Nähe zu Reichsbürgern. Zeitweilig wurden gegen mehr als 70 Polizisten in Hessen wegen solcher Fälle ermittelt. Bei Razzien gegen die zwei Polizisten-Brüder Marcel und Fabian G. aus Kirtorf wurde ein „museal eingerichtetes Zimmer mit diversen NS-Devotionalien", bestehend aus „historischen Wehrmachts- und SS-Uniformen, Fahnen, Plakaten, Orden und Abzeichen" entdeckt. Auf ihren Facebookprofilen fanden sich mehrere rechte Accounts und der Neonazi Glenn Engelbrecht in den Freundeslisten.



Immer wieder wurden auch bundesweit illegale Datenabfragen vor den neuerlichen Drohungen festgestellt. So im 3. Revier in Wiesbaden, mehrere Dienststellen in Berlin (u.a. Neukölln und Spandau) und Hamburg (Mitte und Neugraben).

Bei dem ehemaligen bayerischen Polizisten Hermann Stöckl in Landshut-Auloh, der bereits in der Vergangenheit wegen rechtsmotivierter Straftaten polizeilich in Erscheinung getreten sein soll, an AfD-Veranstaltungen teilgenommen hatte und unter dem Pseudonym „Eugen Prinz" für das islamfeindliche Portal „PI-News" schrieb, wurden illegale Waffen (Schlagringe, zwei Pistolen und eine Pumpgun) entdeckt. Er gilt mittlerweile zusammen mit seiner Frau als Urheber von zwölf Schreiben, jedoch als „Trittbrettfahrer".

Der Verfahrenskomplex macht ein Muster deutlich, das in letzter Zeit immer häufiger zu beobachten ist. Über eigentlich andere Ermittlungen gegen Polizisten werden auf beschlagnahmten Geräten rechte Vernetzungen aufgedeckt. Zuletzt Mitte September in NRW: Gegen einen 32-jährigen Beamten wurde wegen „Verletzung von Dienstgeheimnissen" ermittelt, sein Handy beschlagnahmt und darauf mehrere Chatgruppen gefunden, in denen Polizisten Neonazi-Propaganda und rassistische Inhalte geteilt haben. 34 Dienststellen und Wohnungen wurden durchsucht, mindestens 126 Bilder waren strafrechtlich relevant. •

TITEL

Rechter Terror hat weder mit dem NSU angefangen noch ein Ende gefunden. Dass die 3025 Seiten umfassende NSU-Urteilsbegründung erst durch einen Leak der Plattform „FragDenStaat“ und NSU Watch öffentlich bekannt wurde, zeigt, dass sich in der Auseinandersetzung mit rechtem Terror wenig getan hat.

Die Kontinuität rechten Terrors brechen

Mit der nun erfolgten Urteilsbegründung im NSU-Prozess bleibt festzuhalten: Die Ermittlungen sollten schnell abgeschlossen, die gesellschaftliche Verantwortung negiert und die Untätigkeit der Sicherheitsbehörden verschleiert werden. Die Geschichten der Opfer und die Interessen der Hinterbliebenen fanden keine Berücksichtigung. Entsprechend dünn sind die Urteilsgründe inhaltlich ausformuliert. Dass die Akte NSU nun endgültig geschlossen werden soll, verdeutlicht uns umso mehr, dass wir dranbleiben, nachbohren und immer wieder fragen müssen: Was wurde aus ...? Auch deshalb gilt es genau hinzuschauen und vor allem den Betroffenen gut zuzuhören. Terroraffine Neonazis und ihre Verlautbarungen müssen ernst genommen werden. Denn was mitunter auf den ersten Blick lächerlich wirkt, ist nicht immer auch ungefährlich.

Im NSU-Komplex zeigen sich viele Kontinuitäten im Umgang mit rechtem Terror, die sich über Jahrzehnte wiederholen. Opfer und Hinterbliebene werden nicht gehört, die Taten entpolitisiert, psychologisiert und die Täter als Einzeltäter verharmlost. Wieder einmal zeigt sich, dass rechte Terrornetzwerke sich auf die Ignoranz von Politik und Staat stets verlassen können. Die Nebenklage konstatiert zur Urteilsbegründung: „Von den Mordopfern erfahren wir lediglich ihren Namen; nicht mal das Alter oder der Beruf werden genannt. Sie werden in dem Urteil so beschrieben, wie sie vom NSU gesehen worden sind - als nicht unterscheidbare, austauschbare Opfer, ohne Persönlichkeit oder Individualität“.

Jene, denen die rechte Gewalt galt, äußerten hingegen immer wieder ihre Ängste und Warnungen. Gehört wurden sie lange nicht, weder von den Behörden, leider auch oft nicht von der Linken. Ein diskriminierendes Muster, das sich wiederholt und die Wirkung von rechtem Terror multipliziert. Im Schweigen großer Teile der Gesellschaft offenbart sich ihr Desinteresse. Durch die Verweigerung der Solidarität mit Betroffenen rechter Angriffe werden diese als ungeschützt markiert. Als in Solingen 1993 fünf Menschen durch einen rassistischen Brandanschlag ermordet wurden, weigerte sich der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl an der Trauerfeier teilzunehmen und sein Regierungssprecher Dieter Vogel ließ wissen, man wolle nicht „in Beileidstourismus ausbrechen“. Diese Entsolidarisierung sowie die gleichzeitige Bedrängung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen durch staatliche Behörden unterstützt den Neonazi-Terror und erfüllt nur allzu häufig ihren Zweck.

Der institutionelle Rassismus, der die Ermittlungen zu allen zehn Morden und den drei Anschlägen prägte, der dafür verantwortlich war, dass sich die Ermittlungen gegen die Opfer richteten und sie zu Tätern machte, dass Hinweise auf einen extrem rechten Hintergrund übergangen wurden, ist mit dem Abschluss des NSU-Prozesses keinesfalls aufgearbeitet. Das kann er auch nicht sein, da er in den staatlichen, insbesondere den polizeilichen Strukturen verankert ist. Er ist, um nur einen Aspekt zu nennen, ein wesentlicher Teil der Berufserfahrung und alltäglichen Praxis. Logischerweise wird seine Existenz von staatlicher Seite bestritten. Dass im Zusammenhang des NSU-Prozesses institutioneller Rassismus im Recht und in der Justiz thematisiert wurde, ist nicht der Selbstkritik der Ermittlungsbehörden oder der Justiz zu verdanken. Ohne die unermüdliche, konsequente Thematisierung des institutionellen Rassismus durch antifaschistische und antirassistische Kritik, ohne den permanenten gesellschaftlichen Druck zur Bekämpfung dieses strukturellen Phänomens steht ihm nichts entgegen. Deshalb ist dieser Druck von immenser Wichtigkeit für seine Eindämmung, im besten Fall Reduzierung.

Kontinuitäten erkennen, auf Kontinuitäten achten

Rechter Terror hat weder mit dem NSU angefangen noch ein Ende gefunden. Das zeigen nicht nur die jüngeren rechten Anschläge in Kassel, Halle oder Hanau. Der sehr empfehlenswerte Mobilisierungstext zur Demonstration „Mehr als 40 Jahre“ in München erinnert uns daran, dass sich im Jahr 2020 die tödlichen Anschläge auf Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân in der Hamburger Halskestraße, auf das Oktoberfest in München und auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen zum 40. Mal jähren und „der gegenwärtig so wichtige Kampf gegen rechten Terror nur im Bewusstsein seiner langen Geschichte geführt werden kann“.

In seiner Anmerkung zum Urteil schreibt Rechtsanwalt Peer Stolle von der NSU-Nebenklage, man suche dort vergeblich



Foto: Bildwerk Rostock

nach einer Erwähnung der damals in der Neonazi-Szene kursierenden Publikationen, Ideologien und Konzepte, die maßgeblich für die Entstehung und Ausrichtung des NSU gewesen sind. Der gesellschaftlichen Kontext, in dem die Radikalisierung stattfand, wird folgerichtig ebenfalls ausgeblendet. Es bleibt damit an uns und unseren Verbündeten, die tatbegünstigenden Umstände in Politik und Gesellschaft zu benennen und zu analysieren, um so auf neue Taten vorbereitet sein zu können. Denn die Entstehung von rechtem Terror zu analysieren, muss immer auch das gesellschaftliche Klima mit einbeziehen. Es gilt den Finger in die Wunde zu legen und potentiellen neuen TäterInnen keine Ruhe oder Handlungsspielräume zu geben – die Parole „Kein vergeben, kein Vergessen" wird dann wirkmächtig, wenn sie auch nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren noch gilt.

Von Verbündeten lernen

Schauen wir über den deutschen Tellerrand hinaus, dann sehen wir die erfolgreichen Kämpfe unserer Verbündeten in den USA. Die Gefahr, aus politischem Hass ermordet oder tyrannisiert zu werden, ist dort bittere Realität. Zwischen 2008 und 2019 begingen Täter der extremen Rechten in den USA über 360 Morde, Tausende Menschen haben Familienmitglieder verloren. Antifaschistische Strukturen haben deshalb begonnen, sich in einem größeren Maßstab selbst zu organisieren. Schon bevor sich die Ereignisse in den USA überschlugen, wurden in Portland sogenannte „Direct Action & Community Defense Trainings" organisiert, um Fähigkeiten zu einem starken kollektiven Handeln herauszubilden. Der Autor Spencer Sunshine hat gemeinsam mit einem antifaschistischen Zusammenschluss aus Portland einen kleinen Reader unter dem Titel „40 Ways to Fight Fascists: Street-Legal Tactics for Community Activists" neu aufgelegt. Die wichtigsten Konsequenzen daraus sind, die Familien der Opfer zu unterstützen und Menschen zu warnen, bevor sie zum Opfer werden. Hier wie dort wirkt eine fehlende Solidarität mit Betroffenen rechter Angriffe und der verharmlosende Umgang der staatlichen Behörden rechtfertigend und anspornend für die Täter. Die solidarische Antwort muss deshalb immer die gleiche sein: sich verantwortlich fühlen, die Verantwortung auf vielen Schultern teilen, Verbündete suchen und Netzwerke pflegen. Neonazis sind – um potentielle Opfer zu schützen – in erster Linie politisch handlungsunfähig zu machen. Sie journalistisch zu enttarnen ist Teil davon. Zu den wichtigen 40 Punkten zählt deshalb auch, Bedrohungen und Angriffe publik machen. Genau das wollen wir auch weiterhin tun: Vorhandenes Wissen, Einschätzungen und gemachte Erfahrungen weitergeben, im besten Fall über politische Phasen und Generationen hinweg. Denn immer wieder zeigt sich die Öffentlichkeit erschrocken und überrascht, wenn extrem rechte Täter zuschlagen. Bei jedem neuen Fall wird ein einmaliges Versagen des Rechtsstaates bilanziert. Doch die Erfahrung zeigt, dass auch von VS-Informanten unterwanderte neonazistische Netzwerke jahrelang ungehindert morden können. Eigene Recherchen können Täter verunsichern, potentielle Opfer warnen und Behörden in Handlungszwang bringen. Umso wichtiger ist es, sich nicht auf das wechselhafte Medieninteresse zu verlassen, sondern selbst konkret vor Ort die Augen offen zu halten. Im Zweifelsfall gilt es – ohne eigene Quellen zu gefährden – gewonnenes Expertenwissen rigoros – quasi schmerzfrei – zu teilen, um auch andere handlungsfähig machen. •

TITEL

Konservativer Rückenwind für Neonazi-Terror?

1996 befand sich die (extreme) Rechte in einer Phase der Umorientierung. Unter der Parole „Einheit der Rechten“ wurde wieder einmal erfolglos gegen die Zersplitterung der ultra-rechten Parteienlandschaft, konservativen Zirkeln und neonazistischen Gruppierungen mobilisiert. Streitigkeiten waren in allen diesen Lagern an der Tagesordnung.[1] Doch während dieser Umbruchphase entstanden auch punktuelle Allianzen, die bis heute eine politische Brisanz haben. Gerade im Rückblick auf die Entstehung des späteren NSU steht die Frage im Raum, ob die TäterInnen und UnterstützerInnen nicht auch im Spektrum der bürgerlichen Rechten bzw. konservativer Kreise politisiert wurden.

Von Knütter bis Zschäpe

Bilder einer Veranstaltung im Festsaal am Hotel-Restaurant „Burghof“ in der Nähe des Kyffhäuser-Denkmals (auch Barbarossa-Denkmal) zu Ehren von Kaiser Wilhelm im Norden von Thüringen geben die damalige Situation wieder. Vor dem Bergmanns-Orchester „Glückauf Sondershausen“ halten ultra-rechte Referenten wie der Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter, der rechte Ökologe Baldur Springmann, der Bundesvorsitzende der „Deutschen Partei“ (DP) Johannes von Campenhausen, der Sprecher des „Staatspolitischen Clubs Rhein-Main“ Lothar Lauck, der DSU-Politiker Roberto Rink und der Professor Dr. Bernd-Thomas Ramb vom „Bund Freier Bürger“ (BFB) ihre Reden. Die Jenaer Neonazis Andre Kapke und Tino Brandt vom „Thüringer Heimatschutz“ (THS) laufen zielstrebig durch den Raum. Im Hintergrund sitzt die spätere NSU-Terroristin Beate Zschäpe. Der DSU-Politiker Joachim Nothdurft (Dessau) führt mit einer Ausgabe der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in der Hand Pausengespräche mit seinem damaligen Parteikollegen Rudolf Dießner. Später sitzt er gemeinsam mit jungen Burschenschaftlern beim Bier. Im Publikum befinden sich vor allem ältere Herren in Anzügen, ein junger Mann hält eine schwarz-rot-goldene Fahne mit Bundesadler in die Höhe. An einem Informationstisch liegen die „Junge Freiheit“, das „DSU-Grundsatzprogramm“ sowie das „Ostpreußenblatt“ aus. Beate Zschäpe greift interessiert nach einem Buch. Drei Personen, darunter ein kleiner Junge, laufen in der schwarzen „Jungenschaftsjacke“ (Juja) des rechten Jugendbundes „Freibund“ herum.

Für welche Art von Veranstaltung hatten sich die Jenaer Neonazis des „Thüringer Heimatschutzes“ interessiert, aus denen später Teile des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) wurden?

Anhand der Referenten und des Ortes bleibt nur der Schluss übrig, dass es sich um die „konservative“ Fest-Veranstaltung zum „Tag der deutschen Einheit“ handelte, die u.a. von Rudolf Andreas von der „Initiative 3. Oktober“ organisiert wurde. Dieser war damals als Generalsekretär der Partei „Deutsche Soziale Union“ (DSU) tätig. Die rechte Nachwende-Partei DSU war zeitweilig in Ostdeutschland regional verankert und öffnete sich für Projekte rechts von der CDU.[2] Der Zusammenschluss „Initiative 3. Oktober“ entstand auf Betreiben des rechten „Bündnis konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD). Dieses Bündnis bestand aus Funktionären rechter Parteien wie DSU, BFB, DP und wurde von Gruppierungen wie „Friedenskomitee 2000“ (Alfred Mechtersheimer), „Unabhängige Ökologen Deutschlands“ (UÖD), „Gesamtdeutscher Studentenverband“ (GDS), „Aktion Deutsche Mark e.V.“ und „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“ unterstützt. Das Motto der Initiative war: „3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit. Für die Bewahrung unserer nationalen Identität in einem freien Europa“. Mit Veranstaltungen zum 3. Oktober forderte das rechte Bündnis dazu auf, „nach dem Ende des sowjetischen Regimes auf deutschem Boden und der Vormundschaft der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs“ endlich zur „Verwirklichung der nationalen Einheit“ überzugehen. Die vorjährige BKKD-Veranstaltung am Kyffhäuser-Denkmal am 3. Oktober 1995 war von 700 TeilnehmerInnen besucht worden.[3]

Die antifaschistischen Journalisten des DISS wussten hierzu zu berichten: „Führender Kopf des „Bündnisses Konstruktiver Kräfte“ ist Lothar Lauck, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Hessen. Mobilisiert wurde für die Veranstaltung u.a. mittels Anzeigen in der Tageszeitung FAZ (23.09.1996) und der „Jungen Freiheit“ (40/96). Mitgetragen wurde der Aufruf auch von Neonazis wie Wolfgang Juchem, Redner beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im thüringischen Rudolstadt, Michael Krämer, einst Aktivist der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und Hans-Ulrich Kopp, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaften. Hingewiesen wurde auf die Veranstaltung auch in „Nation und Europa“ (NE; 10/96). Festredner war der emeritierte Bonner Politologieprofessor Hans-Helmuth Knütter, führender Kopf der intellektuellen Anti-Antifa. Ihm standen als Redner u.a. Roberto Rink, DSU-Bundesvorsitzender, Professor Bernd-Thomas Ramb, stellvertretender BFB-







Fotos: Privat

Oben: Die Thüringer Neonazi-Kader Tino Brandt (links) und Andre Kapke (rechts) als Gäste des „Kyffhäuser Treffen" 1996. Im Hintergrund sitzt Beate Zschäpe.

Unten: Der frühere Autor für das „Bundesministerium des Innern" Hans-Helmuth Knütter als „Festredner" bei der Veranstaltung zum „Tag der deutschen Einheit".

Rechts: Beate Zschäpe (3.v.r.) interessiert sich für das Angebot eines rechts-konservativen Büchertisches.

Bundesvorsitzender und Baldur Springmann von den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" zur Seite."[4] Aus heutiger Sicht erscheint auch der frühere Aktivist der Dresdner „Wiking Jugend" (WJ) Hans-Holger Malcomeß relevant, der mittlerweile als Leiter der AfD-Bundesgeschäftsstelle tätig ist.

Konservative Stichwortgeber ?

Das politische TV-Magazin „Report Baden-Baden" sendete am 28. Oktober 1996 Ausschnitte aus der Rede Hans-Helmut Knütters auf dem Treffen:

„Wir sollten uns zusammenschließen. Ohne Berührungsängste. Diese Berührungsängste sind ja das Schlimmste. Der eine will nicht mit dem anderen, weil der eine zu extrem ist und der andere einer Sekte angehört, dann der dritte ist umstritten, der vierte ist von irgendwelchen fragwürdigen Gerichtsurteilen vorbestraft. Und daraus folgt, daß fünf Finger eben keine Faust sind. Die fünf Finger können einzeln gebrochen werden – die Faust nicht."

Die offizielle Abschrift von Knütters „Festrede" in einer Broschüre des BKKD mit dem Titel „Kyffhäuser 1996" belegt, wie er u.a. die Gefahr einer „weltweiten Migration mit ihren bedrohlichen Folgen" beklagt. Nach der bereits zitierten Passage folgte demnach die Aussage: „Man möge getrennt marschieren, um vereint schlagen zu können." Später erklärt er seinen ZuhörerInnen: „Es ist eine Schwäche der Rechten, auf den Staat und die Staatsmacht selbst dann zu vertrauen, wenn diese das Vertrauen nicht verdienen." Laut Knütters Redepublikation sei „die Erkenntnis des Übels und seine Bekämpfung nichts Negatives, sondern bereits das Positive (...)" „Nötig ist, die Anwandlungen zur Feigheit, zur Resignation zu überwinden" habe er festgestellt. Seine Rede beendete er demnach mit den Worten: „Gehen sie von hier mit kämpferischer Stimmung und handeln Sie!"

Hier lässt sich natürlich im Nachhinein die Überlegung aufstellen, wie diese Worte eines „konservativen" Politik-Proffessors auf Beate Zschäpe und ihre Begleiter gewirkt haben könnten. Doch dazu wurde bisher nicht ernsthaft ermittelt, geforscht oder aufgearbeitet.

Besonders pikant: Knütter war bis Mitte der 1990er Jahre als Extremismusexperte und Autor für die „Bundeszentrale für politische Bildung" und für das „Bundesministerium des Innern" tätig. Einige Jahre später wurd eine weitere Rede von Hans-Helmuth Knütter bekannt: „Diese jüngeren Leute werden sich, wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen."

Wer diese Worte aus dem Munde eines früheren staatsnahen konservativen Extremismusexperten hört, muss feststellen, der NSU-Komplex ist noch lange nicht aufgeklärt. •

1 Vgl. AIB 33: „Rechte 1995 – Ausgrenzung ist out" **2** Vgl. AIB 36: „Kommunalpolitik im Zeichen der DSU" **3** Vgl. AIB 33: „Rechte 1995 – Ausgrenzung ist out" **4** www.diss-duisburg.de: „„Runder Tisch" am Kyffhäuser? Die Entwicklung der parteipolitisch orientierten Rechten" von Martin Dietzsch und Anton Maegerle, 14. November 1996

TITEL

Ende der Aufklärung

Die offene Wunde NSU

ANDREAS FÖRSTER

■ Der 6. Strafsenat des Münchner Oberlandesgerichts hat sich genau 650 Tage Zeit gelassen, um seinen Richterspruch vom 11. Juli 2018 gegen die NSU-Terroristin Beate Zschäpe und vier Helfershelfer der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zu begründen. Doch liest man sich die mehr als 3 000 Seiten umfassende Urteilsbegründung durch, die der Vorsitzende Richter Manfred Götzl und seine Kollegen am 21. April dieses Jahres - einen Tag vor Ablauf der vorgeschriebenen Frist von 93 Wochen - vorgelegt haben, dann bleiben Zweifel, ob das Urteil vor dem Bundesgerichtshof Bestand haben wird.

Diese Zweifel waren schon kurz nach der Urteilsverkündung aufgekommen. Im Zentrum der Kritik standen vor allem die Schuldsprüche gegen zwei Angeklagte: Der gegen Beate Zschäpe, die wegen gemeinschaftlichen Mordes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war, obgleich sie nie in der Nähe eines Tatorts gewesen ist, keine Waffen beschafft und an keiner der angeklagten Taten direkt - und aus ihrer Sicht auch nicht indirekt - mitgewirkt hatte; und das milde Urteil gegen den engsten Vertrauten und Freund des Zwickauer Kerntrios, den Neonazi André Eminger. Ihm billigte das Gericht überraschend die geringste Mitschuld aller Angeklagten zu und verurteilte ihn zu einer eher symbolischen Haftstrafe von zweieinhalb Jahren.

Die Schwächen des NSU-Verfahrens beziehen sich aber nicht nur auf die umstrittene Urteilsbegründung, die sich erst noch im Revisionsverfahren bewähren muss. Das größte Manko des Verfahrens ist, dass die Ermittlungsbehörden es versäumt haben, die tatsächliche Dimension dieser rechten Terrorserie aufzuklären. Zahlreiche Indizien und Hinweise auf einen größeren Kreis von Mittätern und Mitwissern wurden nicht verfolgt, um einen schnellen Abschluss der Ermittlungen zu erreichen. Dadurch aber blieben Widersprüche in der offiziellen Darstellung von Tatablauf und Täterkreis ungeklärt und zahlreiche offene Fragen unbeantwortet.

Im Folgenden dokumentieren wir die wichtigsten offenen Fragen im NSU-Fall:

Wer hat die NSU-Morde begangen?

Dafür, dass ausschließlich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt alle zehn Morde begangen haben, gibt es bis heute keine eindeutigen Beweise. Zwar wurden unter anderem die Tatwaffen, die bei den neun Morden an Migranten und dem Polizistenmord von Heilbronn verwendet worden waren, im Brandschutt der Zwickauer Wohnung sichergestellt. Auch die Dienstwaffen und Ausrüstungsgegenstände der überfallenen Polizisten fanden sich beim Trio. In der Zwickauer Wohnung lag zudem eine offenbar seit 2007 ungewaschene Trainingshose mit Blutflecken der getöteten Polizistin und einem Taschentuch, das DNA-Spuren von Uwe Mundlos aufwies. Zudem fand sich dort eine Skizze mit den Räumlichkeiten des Kasseler Internetcafes, wo 2006 der letzte Ceska-Mord begangen wurde. DNA-Spuren oder Fingerabdrücke an den Tatwaffen gibt es jedoch nicht. Auch konnten Mundlos und Böhnhardt für die Tatzeiten der ersten vier Morde in den Jahren 2000/2001 keine Fahrzeuganmietungen nachgewiesen werden. Die Phantomzeichnung eines der mutmaßlichen Täter von Heilbronn, die der durch einen Kopfschuss verletzte Polizist nach seiner Gesundung unter Hypnose erstellen ließ, zeigt zudem einen völlig anderen Personentyp als die beiden Verdächtigen. All das weist darauf hin, dass sich neben den beiden toten Neonazis noch andere, bislang unbekannte NSU-Mitglieder an den Morden beteiligt haben könnten.

Wer ist für die beiden Bombenanschläge von Köln verantwortlich?

Auch hier gibt es Indizien für die Mitwirkung bislang unbekannter Täter hin. So existieren zwar Aufnahmen einer Überwachungskamera, die zwei Männer, die Mundlos und Böhnhardt ähneln, dabei zeigen, wie sie das Fahrrad mit der Bombe am 9. Juni 2004 in die Keupstraße schieben. Unklar aber ist, woher die Bombe stammt: Experten des Landeskriminalamtes von NRW hatten sie als einen professionell konstruierten Sprengsatz bezeichnet, zu dem es keine Bauanleitung im Internet gibt. Trotz der Bombenwerkstatt in Jena galten die beiden Neonazis aber nicht als Sprengstoffexperten. Es gibt auch keinen Hinweis darauf, dass sie während ihrer Zeit im Untergrund mit Explosivmaterial hantiert haben.

Die Experten hatten zudem gesagt, der Transport der Bombe sei gefährlich gewesen. Das ist auch daran zu erkennen, dass

der Täter laut Zeugenaussagen und dem Überwachungsvideo das Fahrrad mit dem Sprengsatz auffallend vorsichtig durch die Straße schiebt. Der Anklage zufolge sollen Mundlos und Böhnhardt aber das Fahrrad mit der fest montierten Bombe in einem von ihnen gemieteten VW Touran zusammen mit zwei Mountainbikes aus Zwickau nach Köln transportiert haben. Wahrscheinlicher ist es daher, dass sie erst in Köln die Bombe in Empfang nahmen. Bleibt nur die Frage: Von wem?

Bei dem ebenfalls dem NSU zugeschriebenen Bombenanschlag auf das von einem Iraner betriebene Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse im Januar 2001 gibt es ebenfalls Widersprüche. Die Stollenbüchse, die den Sprengsatz enthielt, war vor Weihnachten 2000 in dem Geschäft von einem jungen Mann abgegeben worden. Laut Anklage habe es sich dabei um Mundlos oder Böhnhardt gehandelt. Die Betreiber des Geschäfts, die den Täter gesehen hatten, konnten auf den Fotos aber keinen der beiden identifizieren. Dagegen wies die Phantomzeichnung des Verdächtigen, die nach den Angaben der Betreiber des Geschäfts nach der Tat angefertigt wurde, eine auffällige Ähnlichkeit mit einem damals sehr aktiven Kölner Neonazi auf, der zur Tatzeit V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes war. Der Mann bestreitet aber, etwas mit dem Attentat zu tun gehabt zu haben.

Gehörten der Terrorgruppe NSU noch mehr Mitglieder an als Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe?

Für weitere Helfer oder gar NSU-Mitglieder sprechen unter anderem die DNA-Spuren, die an diversen Gegenständen im Wohnmobil und in der Zwickauer Wohnung gesichert wurden. Denn nicht alle diese genetischen Fingerabdrücke konnten dem Trio oder bekannten Unterstützern zugeordnet werden. Insgesamt sind mindestens 30 DNA-Spuren an Asservaten – darunter an Waffenteilen, schriftlichen Unterlagen und Datenträgern – noch nicht identifiziert worden. So wurde etwa eine unbekannte DNA-Spur an einer Plastikflasche mit Erdbeermilch isoliert, die im Kühlschrank des bei Eisenach ausgebrannten Wohnmobils stand. Dieselbe DNA-Spur, in den Akten als P12 bezeichnet, fanden die Ermittler an weiteren sieben Asservaten aus der Wohnung in der Frühlingsstraße – darunter schriftliche Unterlagen, eine Diskette, ein Munitionsteil sowie ein Rucksack, der vermutlich für einen Bankraub in Chemnitz benutzt wurde. Der genetische Code der unbekannten Person P12 konnte im Juli 2012, also mehr als ein halbes Jahr nach dem Auffliegen des Trios, an einem Verbrechenstatort in Berlin sichergestellt werden. Er befand sich an der Hülse einer Patrone, die auf zwei Mitglieder des Rockerclubs Bandidos abgefeuert worden war.



Szene aus der eigenen Videoüberwachung der NSU-Wohnung in Zwickau. Unklar ist jedoch, ob das Trio immer zusammenlebte.

Für einen größeren Täterkreis sprechen auch Auffälligkeiten im Kommunikationsverkehr der Zwickauer NSU-Zelle. So ging auf einem der vom Trio bis zuletzt genutzten Handys zwischen Juni und November 2011 monatlich jeweils eine Kurznachricht von wechselnden Telefonnummern ein, die unter einer Scheinidentität angemeldet waren. Inhaber dieser Handyverträge waren also Personen, die unter den jeweils angegebenen Daten wie Wohnanschrift und Geburtsdatum bei den Behörden nicht registriert sind. Bemerkenswert ist dabei, dass außer dieser einen Kurznachricht keine weiteren Anrufe oder SMS von den betreffenden Nummern auf einem der Telefonanschlüsse des Trios registriert wurden. Auch kamen diese geheimnisvollen SMS – deren Inhalt unbekannt ist – jeweils im letzten Drittel jedes Monats an. Waren diese regelmäßigen Kurznachrichten vielleicht Aufforderungen zur konspirativen Kontaktaufnahme mit Vertrauenspersonen des Trios?

Spuren führen auch zu möglichen Unterstützern und Mittätern in Neonaziszenen außerhalb von Sachsen und Thüringen. So fand sich etwa in der Frühlingsstraße ein Asservat, das in die Dortmunder Neonaziszene weisen könnte. Dabei handelt es sich um eine Verpackung für Patronen des Typs, die für die Ceska-Morde verwandt wurden. Auf diese Verpackung hat jemand „Siggi" geschrieben, wobei das Doppel-g mit SS-Rune geschrieben wurde. Das galt auch als eine Art Erkennungszeichen von Siegfried Borchardt, der seit vielen Jahren in der gesamten deutschen Neonaziszene als „SS-Siggi" eine Größe ist. Und dieser Borchardt wohnte in der gleichen Straße, wo sich der Laden von Mehmet Kubaşık befand, der am 4. April 2006 vom NSU erschossen wurde.

Warum gab es in der Ceska-Mordserie zwischen den ersten vier Taten und dem fünften Mord im Jahr 2004 fast drei Jahre Pause?

Die Gründe hierfür sind nicht geklärt. Möglicherweise fürchteten die Täter den großen Fahndungsdruck nach den ersten Morden. Aber noch ein anderer Aspekt dürfte eine Rolle spielen: Zwischen Dezember 1998 und Juli 2001 hatten Mundlos und Böhnhardt bei fünf Raubzügen insgesamt mehr als 300.000 D-Mark erbeutet. Das Geld und der Umzug in die Wohnung in der Zwickauer Polenzstraße im Mai 2001 könnten damit zu tun haben,

dass sie in der Verbrechensserie eine Pause einlegten.

Unklar bleibt, warum die Ceska-Morde nach der neunten Tat in Kassel am 6. April 2006 aufhören. Mundlos und Böhnhardt sollen danach noch zwei Bankraube verübt und dabei rund 250.000 Euro erbeutet haben. Mit dem Polizistenmord in Heilbronn im April 2007 endet ihre Verbrechensserie ein zweites Mal, diesmal für mehr als vier Jahre.

Auffallend ist zudem, dass sie zum gleichen Zeitpunkt damit beginnen, ihren Lebensstil zu verändern. Sie ziehen aus einem sozial schwachen Altbauviertel in eine größere Wohnung in einem bürgerlichen Stadtteil von Zwickau um. Ihr Leben wird aufwändiger, sie machen lange Urlaube, mieten regelmäßig Wohnmobile und Pkw, fahren teure Fahrräder. Sowohl im Wohngebiet als auch in den Urlauben suchen sie bewusst und aktiv soziale Kontakte. An Urlaubsbekanntschaften schicken sie Fotos und Videos von sich, geben ihnen Telefonnummer und Mailadressen. Ein Leben im Untergrund führen die Drei spätestens ab 2007 nicht mehr. Sie scheinen sich in Sicherheit zu fühlen.

Wie haben sich die Drei über die Jahre hinweg finanziert?
Die Ermittler gehen davon aus, dass sie Geld ausschließlich durch Banküberfälle erhalten haben. Aber auch wenn Mundlos und Böhnhardt alle 15 Raubüberfälle begangen haben, die ihnen zur Last gelegt werden, bleibt die Frage, ob das die einzige Geldquelle war. Legt man die Gesamtbeute der Überfälle zugrunde, hatten sie jährlich zwischen 35.000 und 50.000 Euro zur Verfügung – also drei- bis viertausend Euro pro Monat. Ob das aber ausgereicht hat für das Leben im Untergrund, das die Drei führten, ist fraglich. Einen Beleg dafür, dass sie einer Arbeit nachgingen, gibt es auch nicht. Denkbar wäre daher, dass sie noch aus anderen, bislang unbekannten Straftaten Gewinn zogen.

Haben die Drei immer zusammengelebt?
Anwohner aus der Polenzstraße, wo das Trio zwischen Mai 2001 und Anfang 2008 wohnte, sagten aus, dass Zschäpe mitunter wochenlang allein in der Wohnung war. Auch hätten sie den Eindruck gehabt, dass nur einer der beiden Männer – vermutlich Böhnhardt – mit der Frau in der Wohnung lebte, während der andere nur zeitweise zu Besuch war. Die häufige Abwesenheit von Mundlos und Böhnhardt hatten auch Nachbarn in der Frühlingsstraße beobachtet. Tatsächlich fanden sich in der ausgebrannten Wohnung nur auffallend wenige männliche Kleidungsstücke. Die meisten davon waren zudem in Böhnhardts Größe. Auch befanden sich im Badezimmer der Wohnung nur zwei Zahnbürsten. Auffallend war zudem, dass der monatlich abgerechnete Wasserverbrauch der Wohnung eher dem eines Ein-Personen-Haushaltes glich.

Warum hatten Mundlos und Böhnhardt mehr als 20.000 Euro aus einem früheren Bankraub, die verräterischen Dienstwaffen der Heilbronner Polizisten und die NSU-Bekennervideos bei sich, als sie am 4. November 2011 zum Banküberfall nach Eisenach fuhren?
Eine Erklärung dafür gibt es nicht. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Terrorgruppe, die fast 14 Jahre lang umsichtig ihr Leben im Untergrund tarnte, ohne Not solch ein Risiko eingeht. Denkbar wäre, dass Mundlos und Böhnhardt in den Tagen zuvor ein Versteck oder eine zweite geheime Wohnung geräumt haben, in der bis dahin Geld und Waffen lagerten. Dafür würde auch die große Zahl von Waffen sprechen, die zu dieser Zeit in der Frühlingsstraße lagen. Möglicherweise lagerten die Waffen auch nur vorübergehend in der Wohnung, weil sie dem Trio von unbekannten Komplizen zur vorübergehenden Aufbewahrung übergeben worden waren. Es ist jedenfalls kaum anzunehmen, dass ein solch großes Arsenal einschließlich der Tatwaffen von zehn Morden ständig in der Wohnung in der Frühlingsstraße vorgehalten wurde – immerhin gab das Trio jedes Jahr, wenn es wochenlang in den Urlaub fuhr, die Wohnungsschlüssel an ein fremdes Ehepaar ab, das die Katzen betreute.

Vorstellbar ist auch, dass das Trio oder auch nur die beiden Männer nach dem 4. November 2011 an einen neuen Zufluchtsort umziehen wollten. Für einen solchen bevorstehenden tiefgreifenden Wechsel im Leben des Trios würde auch der Umstand sprechen, dass sich Zschäpe wenige Tage



vor dem 4. November sehr innig von einer früheren Freundin in der Polenzstraße verabschiedet hatte. Hatte sie vor, sich von ihren beiden Freunden zu trennen und in ein legales Leben zurückzukehren?

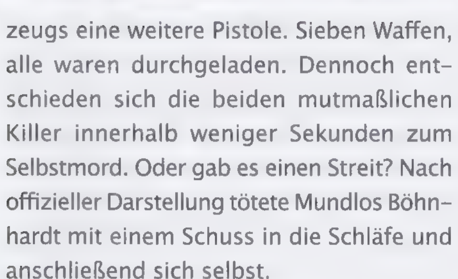
Was geschah am 4. November 2011 im Wohnmobil?
Die tatsächlichen Abläufe sind noch immer ungeklärt. Zwei Polizisten hatten gegen 12 Uhr mit ihrem Streifenwagen in der Nähe des abgestellten Wohnmobils gehalten und waren zu dem Fahrzeug gelaufen. Als sie es erreicht hatten, vernahmen sie zwei Knallgeräusche; kurz darauf sahen sie Rauch aus dem Auto aufsteigen.

Die tödlichen Schüsse und das Entfachen des Feuers haben sich innerhalb eines Zeitraums von sieben bis 20 Sekunden abgespielt. So schildern es die beiden Polizeibeamten. Dafür, dass aus dem Fahrzeug heraus auf sie geschossen wurde, wie es auch in der Anklage gegen Beate Zschäpe heißt, gibt es keine Spuren. Offenbar, das zeigen Fotos der Spurensicherung aus dem Inneren des Wohnmobils, waren Mundlos und Böhnhardt auf ein mögliches Feuergefecht mit der Polizei eingestellt. Beide hatten Pumpguns zur Hand. Auf der Sitzecke lag eine Maschinenpistole mit ausgeklapptem Schulterstück, auf dem Boden im Bad eine der beiden beim Polizistenmord in Heilbronn geraubten Dienstpistolen. Die andere lag griffbereit auf dem Tisch in der Sitzecke. Auf dem Herd lag ein Revolver, auf dem Bett im Heck des Fahr-





Von der Demonstration zum Terror. 1996 nahm Uwe Mundlos (Bild links, Person rechts) noch an Demonstrationen wie dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Worms teil. Einige Jahre später reichte ihm und seinen NSU-Mittätern das nicht mehr aus. Am 9. Juni 2004 transportierte Mundlos (Bild rechts, Person vorne links) mit einem Fahrrad eine Nagelbombe in die Kölner Keupstraße. 22 Menschen wurden verletzt, vier davon schwer.



zeugs eine weitere Pistole. Sieben Waffen, alle waren durchgeladen. Dennoch entschieden sich die beiden mutmaßlichen Killer innerhalb weniger Sekunden zum Selbstmord. Oder gab es einen Streit? Nach offizieller Darstellung tötete Mundlos Böhnhardt mit einem Schuss in die Schläfe und anschließend sich selbst.

Tatsächlich lag die Leiche von Uwe Böhnhardt im Mittelgang den Fahrzeugs, mit den Füßen zum Fahrerhaus. Unter seinem Körper war eine durchgeladene, aber nicht abgefeuerte Pumpgun. Im hinteren Teil des Innenraums, vor Böhnhardts Kopf, lag die Leiche von Uwe Mundlos. Zu seinen Füßen eine zweite Pumpgun, mit der er sich offenbar in den Mund geschossen hatte. Die Patronenhülse des tödlichen Schusses, die eigentlich erst beim Durchladen nach einem Schuss herausfällt, fand sich neben ihm auf dem Boden.

Unklar ist auch, wie das Feuer ausbrechen konnte: Der Brandherd ist offensichtlich auf dem hinteren Platz in der Sitzecke. Aber was hat hier gebrannt? Die Experten vermuten, dass Mundlos dort einen Papierstapel angezündet hat. Spuren von einem Brandbeschleuniger hat man nicht gefunden. Mundlos erschießt Böhnhardt, muss über die Leiche steigen, um Papier zusammenzuraffen und anzuzünden, sich dann wieder hinsetzen und in den Mund schießen – alles in maximal 20 Sekunden?

Wie hat Zschäpe am 4. November 2011 in Zwickau von dem Tod ihrer Freunde in Eisenach erfahren?

Auch das ist nach wie vor unklar. Zschäpe hat vor Gericht gesagt, sie habe im Radio vom Fund zweier Leichen in einem Wohnmobil bei Eisenach gehört. Aber wie konnte sie sicher sein, dass es sich dabei um ihre beiden Freunde handelte? Ausweislich des PC-Protokolls surfte sie an diesem Tag bis kurz vor halb 3 und rief um 14.28 Uhr das letzte Mal eine Internetseite auf, die sie bei Google mit den Begriffen „fleisch von freilaufenden tieren zwickau" gesucht hatte. Zwei Minuten später schaltete sie den PC aus und begann sofort damit, in aller Eile ihre Flucht vorzubereiten. Einen Anruf hat sie in dieser Zeit über ihre bekannten Telefonnummern nicht erhalten. Sie muss also auf anderem Wege, über eine Person ihres Vertrauens, die Nachricht aus Eisenach erhalten haben.

Wer hat die Umschläge mit den Bekennervideos verschickt?

Ankläger und Gericht sind überzeugt, dass dies Zschäpe getan hat. Und auch in ihrem späten Geständnis vor Gericht sagte sie aus, sie habe auf ihrer Flucht nach dem 4. November 2011 fertig adressierte und frankierte Briefumschläge mit dem NSU-Bekennervideo aus der Wohnung mitgenommen und in die Post gegeben. Nur auf einem der sichergestellten Umschläge sind jedoch Fingerabdrücke von Zschäpe gefunden worden, auf den restlichen gab es keinerlei Spuren oder DNA von ihr oder ihren beiden Freunden. In mindestens einem Fall, in Nürnberg, hatte das Video zudem in einem unfrankierten Umschlag den Adressaten erreicht.

Warum begann Mitarbeiter in Bundes- und Landesämtern des Verfassungsschutzes und im Bundesinnenministerium unmittelbar nach dem Auffliegen des NSU damit, ein halbes Jahr lang Akten zu vernichten?

Vier Dutzend V-Leute des Geheimdienstes waren vom Untertauchen des Trios an bis zum Ende der NSU-Mordserie 2007 im näheren und weiteren Umfeld der Drei positioniert. Dennoch will der Verfassungsschutz mit Beginn der Mordserie im Jahr 2000 angeblich keine Informationen mehr über das Trio erhalten oder an das Innenministerium weitergegeben haben. Überprüfen lässt sich das wegen der geschredderten Akten, die nur zum Teil wiederhergestellt werden konnten, nicht mehr. Unklar bleibt auch die Rolle des hessischen Verfassungsschützers Andreas Temme, der sich zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat in dem Kasseler Internetcafé aufhielt, von der Tat aber angeblich nichts mitbekommen haben will. •

TITEL

Der 6. Strafsenat des OLG München hat sich die maximal zulässige Zeit genommen, nun liegt sie seit dem Frühsommer 2020 vor: die schriftliche Abfassung des im NSU-Verfahren am 11. Juli 2018 verkündeten Urteils.

Ein passendes Urteil

Anmerkung zum Urteil des OLG München im NSU-Verfahren

RECHTSANWALT PEER STOLLE, BERLIN

Die auf 3 025 Seiten verfassten schriftlichen Urteilsgründe stellen die passgenaue Fortschreibung der Ermittlungen und der Hauptverhandlung dar. Der Umfang des Urteils suggeriert lediglich eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Tatsächlich werden in den Urteilsgründen ganz wesentliche Ergebnisse der Beweisaufnahme außen vor gelassen. Schon die mündliche Urteilsverkündung ließ erahnen, dass mit dem Urteil kein Beitrag zur Wahrheitsfindung geleistet und die Dimension des Stoffes außer Acht gelassen wird. Das schriftliche Urteil ist eine Fortsetzung dessen.

Maximale Entkontextualisierung der Taten

In dem Urteil wird an keiner Stelle auf den gesellschaftlichen Kontext, in dem die persönliche Entwicklung der Angeklagten und ihre Radikalisierung stattgefunden haben, eingegangen. Weder die Wende noch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 und die damit verbundenen sozialen Veränderungen in Ostdeutschland werden überhaupt in dem Urteil erwähnt. Auch findet sich keinerlei Bezugnahme auf die Anfang der 1990er Jahre erfolgte Zunahme von rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung und deren lautstarke und gewalttätige Artikulierung durch eine Neonazi-Szene, die – oft unterstützt von Teilen der Bevölkerung – in vielen Orten Pogrom-Stimmung verursacht und permanent Anschläge und Angriffe auf Migrant*innen und deren Unterkünfte durchgeführt hat. Erwähnt werden in dem Urteil lediglich einzelne Vorfälle, die von Zeug*innen in der Hauptverhandlung erwähnt worden sind, wie das Grölen von rechten Liedern und das rassistische Beschimpfen von vietnamesischen Straßenverkäufer*innen. Eine Einbettung der Entwicklung der Angeklagten und ihrer Taten, die ja nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Zuständen verstanden werden können, erfolgte nicht.

Folgerichtig wird sich in dem Urteil auch nicht mit den in der Beweisaufnahme erhobenen Erkenntnissen zum „Thüringer Heimatschutz" auseinandergesetzt. Erwähnung findet dieser fast ausschließlich im Rahmen der Darstellung der Einlassungen der Angeklagten. Auch das Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour" findet keine Erwähnung, obwohl Mitglieder des Chemnitzer Ablegers ganz maßgeblich bei der Beschaffung von TNT für die „Kameradschaft Jena" und für die Unterstützung beim Untertauchen von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe verantwortlich waren. Eine Auseinandersetzung oder nur Erwähnung der damals in der Neonazi-Szene kursierenden Publikationen, Ideologien und Konzepte, die maßgeblich für die Entstehung und Ausrichtung des NSU gewesen sind, sucht man im Urteil vergebens.

Dass aus Jugendlichen rassistische Mörder*innen werden können, erklärt sich nach dem Urteil allein aus der Zugehörigkeit zu einer Jugendclique mit wenigen Mitgliedern.

Aufrechterhaltung der Trio-These

Wenig überraschend hält der Senat in der Urteilsbegründung an der These, dass der NSU nur aus Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe bestanden habe, fest. Die Beweisführung dazu ist dünn. Zur Begründung wird insbesondere auf die von dem Angeklagten Gerlach beschriebene „Richtungsdiskussion" in der „Kameradschaft Jena" Bezug genommen, in dessen Rahmen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe sich für, die Angeklagten Gerlach und Wohlleben sich gegen die Anwendung von Gewalt ausgesprochen haben sollen. Aus dieser Äußerung wird an späterer Stelle des Urteils sodann ein „Widerstand" der Angeklagten Gerlach und Wohlleben gegen den Einsatz von Gewalt (Seite 574) konstruiert. Diese Unterscheidung von Befürwortern und Gegnern des Einsatzes von Gewalt widerspricht den weiteren Feststellungen im Urteil. Schließlich war der Angeklagte Wohlleben bei dem ersten Einsatz einer Bombenattrappe (im Rahmen der Anbringung des Puppentorsos) mit dabei. Außerdem war er gemeinsam mit den Angeklagten Gerlach und Schulze an der Beschaffung von Schusswaffen für die drei Untergetauchten beteiligt gewesen; Umstände, die ganz wesentlich gegen die Annahme, nur Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt hätten die Anwendung von Gewalt befürwortet, sprechen.

Gleiches gilt für die Annahme, die Entscheidung zur Gründung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung im Sinne

der Paragraphen 129, 129a StGB sei erst nach dem Untertauchen der Drei in Chemnitz erfolgt. Zwar wird im Urteil zurecht das Fertigen von Bombenattrappen, das Versenden von Drohschreiben, der dann folgende Einsatz von Bombenattrappen mit TNT und der in der Garage erfolgte Versuch der Herstellung von zünd- und sprengfähigen Rohrbomben als Eskalation in der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt beschrieben. Die im Urteil sodann getroffene Feststellung, die Entscheidung, aus rassistischen Motiven Tötungsdelikte zu begehen und sich deshalb zu einer Vereinigung zusammenzuschließen, sei erst nach dem Umzug nach Chemnitz erfolgt, widerspricht der beschriebenen Eskalationsdynamik, die ja in Jena stattgefunden hat. Ziel war es offensichtlich, die Entscheidung zur Gründung der Vereinigung nach Chemnitz zu verlegen. Im Zusammenhang mit der weiteren kontrafaktischen Feststellung, dass der Kontakt der Drei zu anderen Personen nach dem Abtauchen auf ein Minimum beschränkt worden sei, sollte eine Kleingruppe konstruiert werden, die allein und aus der Illegalität heraus Entscheidungen getroffen und Taten geplant und durchgeführt hat. Das vielfältige Wissen des Umfeldes und die umfangreichen Unterstützungshandlungen aus Jena und Chemnitz sollten damit heruntergespielt werden, um die Trio-These aufrechtzuerhalten.

Ganz besonders deutlich wird dies bei der Behauptung, der Angeklagte Eminger habe von den rassistischen Taten des NSU nichts gewusst. Diese, im Wesentlichen auf Angaben Zschäpes beruhende Annahme ist vollkommen lebensfremd und steht auch im Widerspruch zu den Ausführungen in dem knapp ein Jahr vorher erlassenen Beschluss, mit dem gegen Eminger Untersuchungshaft angeordnet wurde.



Totschweigen der Rolle der Sicherheitsbehörden

Die umfangreichen Wissensstände der Sicherheitsbehörden über den Aufenthaltsort der Drei, über das sie unterstützende Netzwerk, über die Tatsache, dass sich die Drei Waffen beschaffen (wollten), die im Rahmen der Hauptverhandlung thematisiert und erlangt worden sind, finden im Urteil keine Erwähnung. So wird – entgegen dem Ergebnis der Beweisaufnahme – zunächst ausgeführt, dass nach dem Untertauchen der Kontakt zu einzelnen Personen, sofern er überhaupt aufrechterhalten worden sei, auf ein Minimum reduziert worden sei und auf eine Weise stattgefunden habe, dass es den Ermittlungsbehörden an Anhaltspunkten für den Aufenthaltsort der drei geflohenen Personen gemangelt habe. Das ist zunächst insofern falsch, als dass die Kontakte sehr vielfältig waren; in diesen war im Übrigen auch der Spitzel des Thüringer Verfassungsschutzes Tino Brandt mit involviert. Auch der Umstand, dass die Behörden bereits im Herbst 1998 durch die Angaben des V-Mannes Szczepanski über ausreichend Wissen verfügten, um Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe festzunehmen, findet keine Erwähnung. Stattdessen wird vollkommen unvermittelt und ohne weitere Begründung die Aussage eines Polizeibeamten, dass die Drei für die Behörden nach dem Januar 1998 nicht mehr „greifbar" gewesen seien, als glaubhaft dargestellt.

Übernahme rassistischer Stereotypen und Deindividualisierung der Opfer

Von den Mordopfern erfahren wir lediglich ihren Namen; nicht mal das Alter oder der Beruf werden genannt. Sie werden im Urteil so beschrieben, wie sie vom NSU gesehen worden sind – als nicht unterscheidbare, austauschbare Opfer, ohne Persönlichkeit oder Individualität. Auch die Angaben der Angehörigen zu den Folgen der Taten finden keinerlei Erwähnung. Ihr Aussehen allerdings wird als „südländisch" beschrieben. Damit werden nicht nur diskriminierende Muster wiederholt, sondern auch der Kern der vom NSU verfolgten Ideologie eines völkischen Rassismus ignoriert, der Menschen nicht nach ihrem Aussehen, sondern nach ihrer Herkunft und ihrer Zugehörigkeit beurteilt.

Das Urteil passt zu den „Aufklärungsbemühungen" der Sicherheitsbehörden und des 6. Strafsenates. Die Aufgabe des Gerichts war von Anfang an klar formuliert: Eine gesellschaftliche Verantwortung sollte negiert, die (Un-)Tätigkeit der Sicherheitsbehörden nicht kritisiert und die These einer abgeschottet agierenden Kleingruppe, von der niemand wusste und der niemand habhaft werden konnte, bestätigt werden. Mit der schriftlichen Urteilsbegründung könnte jetzt versucht werden, einen Schlussstrich unter den NSU-Komplex zu ziehen: Es gibt keine weiteren Täter*innen, keine staatliche Verantwortung, nichts weiter aufzuklären- die Akte könne geschlossen werden. Es bleibt weiterhin unser aller Aufgabe, dass dies nicht passieren wird. •

Lesetipp:
Antonia von der Behrens (Hrsg.),
Kein Schlusswort. Naziterror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Komplex. Hamburg 2018.

TITEL

Das öffentliche Interesse an der Aufklärung unterstützen

GASTBEITRAG VON
ARNE SEMSROTT (FRAGDENSTAAT.DE)

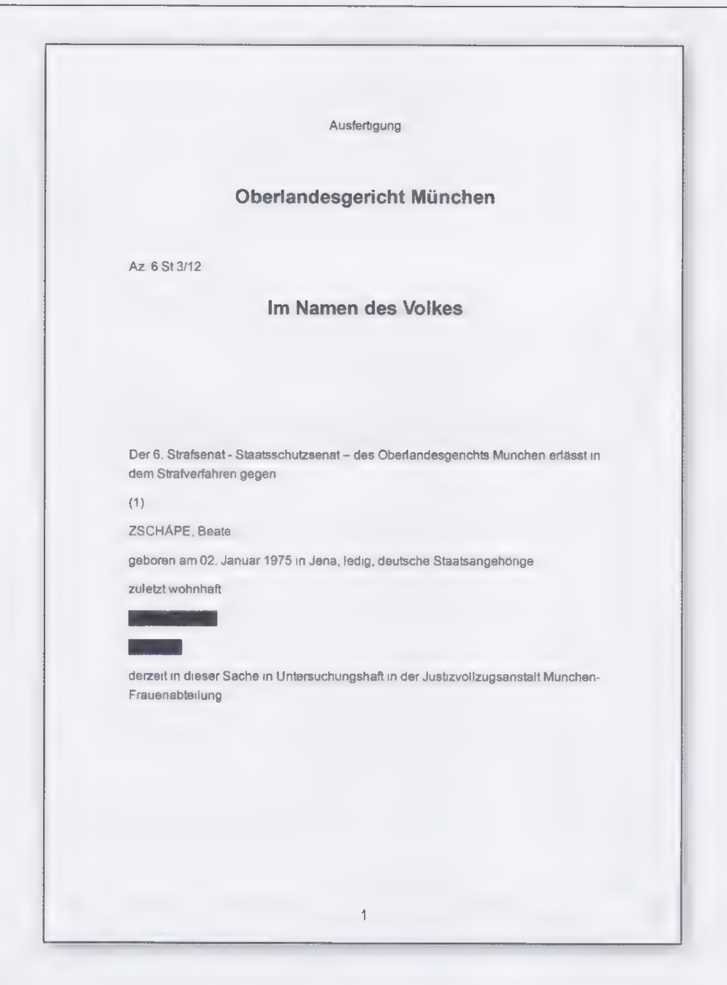
Vor zwei Jahren endete vor dem Oberlandesgericht München der erste NSU-Prozess mit Urteilen „im Namen des Volkes" gegen Beate Zschäpe und weitere Angeklagte im Umfeld der Neonazi-Terrorgruppe NSU. Kaum ein Prozess in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde aus der Zivilgesellschaft derart aufmerksam verfolgt – und kaum ein Urteil wurde derart stark kritisiert. Das liegt nicht nur an den als äußerst mild bemängelten Urteilen gegen manche Angeklagte, denen Verbindungen zum Mord an zehn Menschen und weiteren Attentaten nachgewiesen wurden. Auch die schriftliche Urteilsbegründung, die nach zwei Jahren Gerichtsarbeit im April 2020 an Prozessbeteiligte verschickt wurde, fand große Beachtung. Ende Juni 2020 veröffentlichten „FragDenStaat" und NSU Watch gemeinsam erstmals das schriftliche Urteil des Münchner Oberlandesgerichts, um eine breite öffentliche Diskussion darüber zu ermöglichen. Damit stehen die 3 025 Seiten der Urteilsbegründung unter fragdenstaat.de/nsu-urteil der Öffentlichkeit nunmehr durchsuch- und navigierbar zur Verfügung. Sie können zudem als PDF- und HTML-Datei heruntergeladen werden.

Die Veröffentlichung des vollständigen Urteilstextes ermöglicht nicht nur eine Analyse der Tathergänge aus Sicht der Richter:innen am Oberlandesgericht München, sondern auch der Gerichtssprache und Einstellungen, die sich dahinter verbergen. So kritisiert beispielsweise die Nebenklage-Anwältin Seda Başay-Yıldız, dass das Gericht die Folgen der NSU-Morde für die Hinterbliebenen der Opfer nicht im Prozess berücksichtigt habe. Die Opfer des NSU würden vom Gericht im Urteil als „stereotype Statisten" dargestellt. Die Wortwahl im Urteilstext zeigt, dass das Gericht bei der Beschreibung der Taten teilweise die Täterperspektive übernommen hat. Dem Mordopfer Enver Şimşek attestieren die Richter:innen eine „südländische Abstammung". Der rassistische Begriff „südländisch" wird im Urteil insgesamt 66-mal verwendet. Hinzu kommt, dass die Richter:innen im Originaltext den Namen des Mordopfers Süleyman Taşköprü zweimal falsch als „Süleymann" bezeichnen- die Namen der NSU-Mitglieder und ihrer Unterstützer enthalten keine Fehler.

Selbst für ein Urteil in einem Strafprozess wirkt die Sprache des Gerichts ungewöhnlich kalt. Ganze neunmal stellen die Richter:innen im Urteil fest: „Das Erschießen eines Opfers ist eine schnelle und effektive Tötungsart." Angehörige der Opfer werden im Urteil nicht zitiert, Angaben zu den familiären Hintergründen der Opfer fehlen weitestgehend. Elif Kubaşık, die Witwe des 2006 vom NSU ermordeten Mehmet Kubaşık, wandte sich nach dem Urteil im NSU-Prozess mit einem offenen Brief an das Oberlandesgericht München, in dem sie die Richter:innen mit den folgenden Worten scharf kritisierte: „Die Gerechtigkeit, die ich uns gegenüber erhofft hatte, hat das Urteil nicht gebracht. Es ist, als ob Mehmet nur eine Nummer für Sie gewesen ist, als ob es unsere Fragen nicht gegeben hätte."

Obwohl die Verbindungen des NSU-Komplexes zu deutschen Inlandsgeheimdiensten offenkundig sind, nimmt das Urteil auf die Rolle des Verfassungsschutzes keinen Bezug. So schweigen sich die Richter:innen etwa darüber aus, dass der Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes Andreas Temme beim Mord an Halit Yozgat in einem Kasseler Internetcafé mit anwesend war. Auch die Tätigkeiten von Zeugen als V-Personen für den Inlandsgeheimdienst bleiben unerwähnt.

Dass das Urteil insgesamt 3 025 Textseiten umfasst, wurde von den Medien ausführlich berichtet. Eine genaue Lektüre des Textes offenbart allerdings, dass dies mitnichten allein auf eine gründliche Aufarbeitung durch das Gericht zurückgeht. Vielmehr finden sich mehrfach große Textteile „zur besseren Lesbarkeit" im Urteil. Manche Sätze tauchen auf diese Weise bis zu 25-mal im Text auf. 20-mal findet sich etwa folgender Satz, wie der Datenjournalist Johannes Filter analysiert hat: „Keinesfalls wollten sie, dass die Ermittlungsbehörden und damit die Öffentlichkeit Einblicke in die Struktur der Organisation, die Anzahl und die Identität ihrer Mitglieder, deren Leben und Zusammenwirken sowie die Identität ihrer Unterstützer und die Art der Unterstützungshandlungen gewinnen würden." Vor der Veröffentlichung des Urteils durch FragDenStaat und NSU-Watch hatte das Oberlandesgericht München trotz des überwältigenden öffentlichen Interesses keine Anstalten gemacht, das schriftliche NSU-Urteil zu veröffentlichen. Stattdessen sollten selbst Journalist:innen, denen das Gericht in Einzelfällen geschwärzte Scans des Urteils zukommen ließ, zunächst eine „Be-



Ausfertigung

Oberlandesgericht München

Az 6 St 3/12

Im Namen des Volkes

Der 6. Strafsenat - Staatsschutzsenat – des Oberlandesgerichts Munchen erlässt in dem Strafverfahren gegen

(1)

ZSCHÄPE, Beate

geboren am 02. Januar 1975 in Jena, ledig, deutsche Staatsangehörige

zuletzt wohnhaft

derzeit in dieser Sache in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Munchen-Frauenabteilung

1

lehrung" unterschreiben, unter anderem mit Verweis auf die laufende Revision gegen das Urteil. Auch die Nebenklage erhielt erst mit Verzögerung Zugriff auf das Urteil. Zudem kursierten unter Journalist:innen Scans des Urteils, die mutmaßlich von Anwält:innen der Angeklagten stammen. Dieses Agieren deutet auf eine Haltung des Oberlandesgerichts hin, die Öffentlichkeit eher als ein lästiges Übel anzusehen, als eine notwendige öffentliche Kontrolle der Justiz gewährleisten zu wollen. Notwendige Abwägungen zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den schutzwürdigen Belangen einzelner Personen haben wir daher selbst vorgenommen. So haben wir die Nachnamen von Beteiligten sowie vereinzelte Angaben über Gesundheitsinformationen und Angehörige in unserer Veröffentlichung geschwärzt. Die Namen der Mordopfer des NSU – Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter – haben wir nicht geschwärzt. Auch die Namen der Angeklagten mit Ausnahme von Carsten S. sind vollständig zugänglich.

Unsere Veröffentlichung wurde von Medien und Zivilgesellschaft einhellig begrüßt. Auch die Reaktionen aus Teilen der Justiz deuten darauf hin, dass nur wenige Personen Verständnis für die bisherige Informationspolitik des Münchner Oberlandesgerichts hatten. Am ersten Tag der Veröffentlichung besuchten rund 20 000 Menschen die Urteilsseite auf FragDenStaat.de, das Urteil wurde in den darauffolgenden Tagen in einigen Medien ausführlicher besprochen. Die Aufklärung des NSU-Komplexes ist für uns jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Unsere Forderung für die Zukunft ist: Im Anschluss an die Veröffentlichung des Urteils und das Revisionsverfahren sollten sämtliche noch nicht geschredderten Behördendokumente zum NSU in öffentliche Archive überführt werden, insbesondere diejenigen aus den NSU-Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern. Diese könnten dann bei FragDenStaat neben der schriftlichen Urteilsbegründung zentral dargestellt werden. In der Datenbank sind inzwischen auch dutzende Anfragen an Behörden auf Basis der Informationsfreiheitsgesetze dokumentiert, die sich mit Umständen aus dem NSU-Komplex befassen. •

Was ist FragDenStaat?

FragDenStaat ist ein gemeinnütziges Portal für Informationsfreiheit in Deutschland und in der EU. Über diese Webseite können alle Menschen Anfragen nach den Informationsfreiheitsgesetzen an Behörden auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene stellen – beispielsweise zu internen Weisungen, Verträgen und Gutachten. Die Anfragen werden online mitsamt den Antworten der Behörden automatisiert veröffentlicht. Bisher sind auf FragDenStaat.de rund 150 000 Anfragen von 90 000 Personen zu finden. Zusätzlich zur Bereitstellung der Infrastruktur für Anfragen führt FragDenStaat Kampagnen durch – derzeit etwa zum Mieter:innen-Schutz in Berlin und zu Hygienekontrollen in Lebensmittelbetrieben – und setzt mit journalistischen Veröffentlichungen und strategischen Klagen das Recht auf Informationsfreiheit durch. In den vergangenen Jahren hat FragDenStaat beispielsweise Frontex, das Bundesinnenministerium und den Bundesnachrichtendienst (größtenteils) erfolgreich auf Auskunft verklagt. •

TITEL

Holger Gerlach war einer der wichtigsten Unterstützer des NSU und einer der fünf Angeklagten im NSU-Prozess in München. Er ermöglichte dem NSU-Trio ein Leben im Untergrund, organisierte innerhalb der rechten Szene Unterstützung und transportierte mindestens eine Waffe für das Trio. Gerlach steht dabei für ein breites Netzwerk in Niedersachsen, welches direkt oder indirekt das Trio und ihr Handeln unterstützt hat.

Holger Gerlach und der NSU in Niedersachsen

RECHERCHENETZWERK HANNOVER

Holger Gerlach wurde 1974 in Jena geboren und wuchs dort auf. Zwischen 1988 und 1997 war er Mitglied des „Nationalen Widerstand Jena" und somit Teil des „Thüringer Heimatschutz" (THS), in welchem auch das NSU-Trio aktiv war, bevor es 1997 in den Untergrund ging. Gerlach lernte Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in den frühen 1990er-Jahren kennen. Fotos zeigen ihn unter anderem 1996 auf einer Neonazi-Demonstration für den Kriegsverbrecher Rudolf Heß in Worms, dort trägt er mit Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Ralf Wohlleben eine schwarz-weiß-rote Fahne. 1997 zog Gerlach mit seiner Mutter nach Hannover-Bothfeld. Uwe Mundlos half bei dem Umzug. Bis 2010 arbeitete Gerlach als Lagerist und war unter anderem Mitglied im Betriebsrat. Im Jahr 2009 zog er mit seiner Freundin in das an die Region Hannover grenzende Lauenau im Landkreis Schaumburg. In Hannover nahm er weiterhin an Demonstrationen und Aktionen der örtlichen Neonazi-Szene teil und hatte Kontakt zu „Blood & Honour"-Kreisen. Außerdem gehörte er der Kameradschaftsszene an und war z.B. Teil der hannoverschen „Kameradschaft Verena", einer insofern bedeutenden Kameradschaft, als dass sie von einer Frau, Verena J., geführt und nach ihr benannt wurde. Gerlach besuchte im gesamten Bundesgebiet Neonazi-Demonstrationen, so unter anderem 2003 in Neumünster und Wunsiedel gegen die sog. „Wehrmachtsausstellung", im Jahr 2005 den sogenannten „Trauermarsch" in Magdeburg. Er selbst gab an sich ab 2004 von der rechten Szene gelöst und anschließend nur noch vereinzelt, auf freundschaftlicher Ebene bestehenden Kontakt zu „alten Kameraden" gehabt zu haben. Später behauptete er erst ab Ende 2011 wieder vermehrt den Kontakt zur rechten Szene in Hannover gesucht zu haben. Er wurde jedoch auch zwischen den Jahren 2004 und 2011 auf Neonazi-Demonstrationen und -Aktionen gesehen. So demonstrierte er 2005 zusammen mit dem regionalem Neonazi-Aktivisten Marc-Oliver M. in Magdeburg anlässlich der Bombardierung der Stadt im zweiten Weltkrieg. Im Mai des gleichen Jahres reiste er mit Marc-Oliver M. nach Berlin, um an einer Demonstration der NPD-Jugendorganisation teilzunehmen. Einen Monat später demonstrierte er mit Neonazis in Braunschweig. Fotos zeigen ihn in einer Gruppe von Neonazis der „Kameradschaft Weserbergland". Im Dezember 2005 provozierte Gerlach zusammen mit Marc-Oliver M. am Rand einer Schüler_innen-Demo gegen rechte Gewalt in Garbsen und wurde von Antifaschist_innen verjagt. Noch kurz vor seiner Festnahme, am 25. Oktober 2011 begleiteten er und der Neonazi-Aktivist Sebastian W. (Garbsen) ihren gemeinsamen Freund Marc-Oliver M. zu einem Prozess am Amtsgericht Hannover gegen Antifaschist_innen, weil dieser „Stress mit Linken" befürchtete. Im Prozess ging es um einen Angriff sechs Jahre zuvor.

Gerlachs Unterstützung für das NSU-Trio

Die wohl wichtigsten bekannten NSU-Unterstützungsaktionen von Holger Gerlach waren die Beschaffung bzw. Bereitstellung eines Führerscheins, eines Personalausweises und einer AOK-Krankenkassenkarte.

Bereits zwei Jahre nach Gerlachs Umzug nach Hannover wurde er von Ralf Wohlleben angesprochen und um Unterstützung für das Trio gebeten. Wohlleben und er kannten sich aus der gemeinsamen Zeit im „Thüringer Heimatschutz". Gerlach gab Wohlleben 3.000 DM für den NSU. Auf der Hochzeit des führenden Neonazis Thorsten Heise mit Nadine Q. im Juni 1999 in Northeim soll er mit Heise über Möglichkeiten einer Flucht des Trios nach Südafrika gesprochen haben. Kontakte gab es vermutlich schon vorher. Gerlach soll z.B. zum Kreis der Jenaer RechtsRock-Band „Vergeltung" gezählt haben, die auf einem der sog. „Northeim-Sampler" von Heise veröffentlicht wurde. Das Vorgespräch mit Heise zur Unterstützung des NSU führte schließlich ein anderer Gast: Tino Brandt, Führer der damaligen Kameradschaft von Gerlach, Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe in der Vergangenheit. Tino Brandt war zu diesem Zeitpunkt bereits V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes. Im Jahr 2007 fand das BKA bei einer Razzia auf



Holger Gerlach (1. v. l.) zusammen mit Marc Oliver M. im Dezember 2005 am Rande einer antifaschistischen Demo in Garbsen.

Heises Grundstück im Eichsfeld mehrere Kassetten aus einem Diktiergerät, die das Gespräch zwischen den beiden und den Inhalt dokumentieren. Nachdem Brandt vorgefühlt hatte, sprach Gerlach mit dem Bräutigam über mögliche Optionen. Zwischen Sommer 2000 und Ende Juni 2001, kurz vor dem ersten Mord des NSU, entwickelte Gerlach eine Brieffreundschaft zum damaligen Zeitpunkt im Gefängnis sitzenden Thorsten Heise. Rund ein Dutzend Briefe gingen durch die Kontrolle der Anstalt. In den Vernehmungen erinnerte sich Gerlach später zumindest an zwei weitere Treffen mit Heise. Eins im Auftrag von Wohlleben, ein weiteres im Auftrag von Brandt. Ungefähr 1999 soll Heise ihm dann eine Telefonnummer in Südafrika als Kontakt gegeben haben. Thorsten Heise wiederum erinnerte sich in seiner Vernehmung später weder an Gerlach, noch an die Treffen mit ihm.

Im Zeitraum zwischen 2006 und 2007 traf sich Gerlach mit dem NSU-Trio in seiner Wohnung in Bothfeld. Damals kam es auch zu einem letzten Treffen mit Wohlleben. In den folgenden Jahren gab es allerdings weitere Treffen zwischen Gerlach und dem Trio selbst. Diese Treffen fanden in der Öffentlichkeit und nicht in Gerlachs Wohnung statt. So trafen die vier sich im Sommer 2008 in Hannover am Kröpcke und besichtigten zusammen die Stadt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie hier nach möglichen Zielen für Morde oder Anschläge Ausschau hielten. 2009 kommt es zu einem Treffen zwischen Trio und ihm am Autohof an der A2 in Lauenau, wohin Gerlach gezogen war. Im Mai 2011 besuchten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ihn ebenfalls zu Hause in Schaumburg. Uwe Böhnhardt schnitt ihm bei diesem Treffen die Haare und anschließend fuhren sie gemeinsam nach Rodenberg, um Passfotos von Gerlach zu machen und mit diesem im Anschluss einen neuen Reisepass auf Gerlach zu beantragen und einen vorläufigen Ausweis für ihn ausstellen zu lassen. Acht Wochen später kam das Trio erneut nach Schaumburg, um den Ausweis abzuholen.

Auch schon vorher gab es mehrere private Treffen zwischen Gerlach und dem NSU-Trio, so besuchte er im Sommer 2000 das bereits untergetauchte NSU-Trio bei ihrem Sommerurlaub auf einem Campingplatz auf Usedom. Dies war der erste von mehreren gemeinsamen Urlauben. Über die Urlaube berichtete Gerlach in seiner Vernehmung später, dass Beate Zschäpe alles bezahlt habe. Er selbst habe lediglich die Anreise selbst übernehmen müssen. Diese Urlaube seien auch als „jährliche Systemchecks" gedacht gewesen, um also z.B. zu überprüfen, ob es in Gerlachs Leben Veränderungen gegeben habe, ob gegen ihn ermittelt werde und ob Gerlachs Identität weiter gefahrlos nutzbar sei. Im Jahr nach dem ersten gemeinsamen Urlaub, 2001, transportierte Holger Gerlach für Ralf Wohlleben eine Waffe von Chemnitz nach Zwickau. Dort holte Zschäpe ihn vom Bahnhof ab und brachte ihn zur Zwickauer Wohnung des NSU-Trios. Einer der beiden Uwes packt die Pistole noch im Beisein von Gerlach aus und lud sie durch. Im Anschluss an dieses Treffen soll Gerlach sich mit Wohlleben wegen des Waffentrans-

ports zerstritten haben. Obwohl er vorher immer einen engen Kontakt zu Ralf Wohlleben gehabt hatte, fühlte Gerlach sich von diesem ausgenutzt. Trotz des Streits mit Wohlleben organisierte Gerlach im gleichen Jahr für das Trio einen weiteren Reisepass. Für das Passfoto ließ er sich dieses Mal extra einen Schnauzbart stehen und setzte eine Brille auf. Die Übergabe erfolgte unter klandestinen Bedingungen auf dem Weg zu seiner Schwester in der alten Heimat: Er übergab den neuen Pass und eine Krankenkassenkarte, die auf seinen Namen liefen am Bahnhof Zwickau. Dort bekam er im Gegenzug von Zschäpe 13.000 DM. Davon sollen 3.000 DM die Rückzahlung der geliehenen Summe gewesen sein. Die 10.000 DM sollte er für das Trio verwahren, allerdings gab er dieses Geld in den folgenden Jahren aus.

Im Mai 2004 feierte Gerlach seinen Geburtstag im „Braunen Haus" in Jena. Das „Braune Haus" war ein wichtiger Ort für die Thüringer Neonazi-Szene. Im Sommer des gleichen Jahres besuchte Gerlach die drei Untergetauchten abermals bei ihrem Urlaub, dieses Mal in Lübeck. Gemeinsam besichtigten sie unter anderem das Wahrzeichen der Stadt, das Holsten Tor. Zwei Jahre später intensivierte sich der Kontakt zwischen Gerlach und dem Trio weiter, mehrfach telefonierten sie, bis Gerlach ihnen schließlich seinen Führerschein, eine ADAC-Karte und eine Krankenkassenkarte übergab.

Unterstützung aus Hannovers Strukturen:
Die Krankenkassenkarte, welche Gerlach für das NSU Trio besorgte, hatte er zuvor der Frau seines Freundes Alexander Michael Sch. („Baby") aus Hannover, für 300 € abgekauft. Über die spätere Hochzeit von Silvia R. mit Alexander Sch. und die damit verbundene Namensänderung informierte er das Trio. Alexander Sch. war Teil der Neonazikameradschaft Hannover/Langenhagen. Er erzählte im NSU-Prozess, er habe Gerlach im Jahr 2000 auf der Geburtstagsfeier von Andreas R. („Recki") aus Hannover kennen gelernt. Ein anderes Mal sei es die Feier von Sebastian W. aus Seelze gewesen. Beide waren in der Region Hannover aktive Neonazis, so war Andreas R. bereits 1988 an einem Angriff auf das linke „Sprengel-Gelände" in Hannover beteiligt, bei dem ein Besetzer durch einen Stich mit dem Messer lebensgefährlich verletzt wurde.



Holger Gerlach zusammen mit Personen aus dem Kreis der „Kameradschaft Weserbergland" bei einer neonazistischen Demonstration im Juni 2005 in Braunschweig.

Ein Liederabend für Terror-Fans ?
Im Dezember 1999 organisierten u.a. Hannes F. und Gerlach einen rechten Liederabend über die „Blood & Honour"-Strukturen in Hildesheim, bei dem die Jenaer Band „Eichenlaub" auftrat. Die Band hatte zuvor ein Lied als eine Art Hommage an den späteren NSU geschrieben. In dem Lied „5. Februar" wird das Untertauchen des späteren NSU vertont. Die konkrete Festlegung des Datum des Untertauchens erscheint etwas fragwürdig, doch der Text ist eindeutig: „Ihr hattet wohl keine andere Wahl. [....] Zurück könnt Ihr jetzt wohl nicht mehr. [...] Die Kameradschaft bleibt bestehen [...] Der Kampf geht weiter, für unser deutsches Vaterland!". Holger Gerlach wurde bei dem Konzert in Hildesheim als „Ehrengast" des Abends begrüßt. Er soll derjenige gewesen sein, der sich darum bemühte, dass die Band „Eichenlaub" eingeladen wurde und der diese dann auch vom Bahnhof abholte. Der Gitarrist Christian Kapke („Erlwig") und die Sängerin Claudia Walter („Jecha") von der Band „Eichenlaub" waren damals beide Anhänger des „Nationalen Widerstand Jena". Mit auf der Bühne stand ein Urgestein der Rechts-Rockszene: Der Engländer Steven John Calladine („Stigger"). Er war ehemaliges Mitglied der RechtsRockband „Skrewdriver". Die englische Band gilt als Mitbegründern von „Blood & Honour", dem Neonazi-Netzwerk, das militanten „führerlosen Widerstand" proklamierte. Ein weiterer relevanter Gast auf dem Liederabend war Johannes Knoch, der ein Tattoo-Studio und ein Military-Geschäft betrieb. (Vgl. AIB 65). Daneben bot Knoch Schulungs- und Trainingskurse für Soldaten an, an denen auch bekannte Neonazis teilnahmen (Vgl. AIB 76). Auch er war ein Gast auf Heises Hochzeit.

NSU-Prozess
Nach seiner Festnahme am 13. November 2011 in Lauenau, befand sich Holger Gerlach bis zum 25. Mai 2012 in Untersuchungshaft. Nachdem er teilweise sehr



Holger Gerlach (vorne rechts) mit seinen thüringen „Kameraden“ beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 1996 in Worms. Direkt hinter ihm (verdeckt) Beate Zschäpe, links hinten Ralf Wohlleben.

umfangreiche Aussagen gegen die anderen, im NSU Prozess Angeklagten, gemacht hatte, wurde er aus der U-Haft entlassen und befand sich danach vorrübergehend im staatlichen Zeugenschutzprogramm, welches er jedoch freiwillig wieder verließ.

Holger Gerlach wurde wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu drei Jahren Haft verurteilt. Die Staatsanwälte hatten fünf Jahre Haft gefordert. Die Strafminderung erfolgte aufgrund Gerlachs umfangreicher Aussagen über die Beschaffung von Waffen und die Aufdeckung von internen Strukturen. Außerdem wirkte sich der Fakt, dass Gerlach nicht vorbestraft war, strafmildernd aus. Einzelstrafen erhielt er im Prozess für: das Überlassen des Führerscheins, der AOK Karte und des Reisepasses, jedoch nicht für den Transport der Waffe und die Aufbewahrung von höheren Geldsummen des NSU-Trios. Diese Handlungen finden im Urteil gegen ihn keine Erwähnung. Seine Verteidigung, die aus den beiden Pflichtverteidigern Stefan Hachmeister und Pajam Rokni-Yazdi bestand, versuchte Gerlach als unwissend darzustellen und es so aussehen zu lassen, als hätte Gerlach im Wissen über die geplanten Taten nicht so gehandelt, wie er es hat. Aufgrund der bekannten regelmäßigen Treffen und eindeutigen Unterstützungshandlungen erscheint diese Darstellung wenig glaubwürdig. Gerlach legte durch seine Unterstützungshandlungen den Grundstein für ein Leben des Trios im Untergrund. Durch regelmäßige Treffen, sogenannte „Systemchecks“ wurden die Legenden für die Untergetauchten kontinuierlich aufgefrischt. Das bei all diesen Treffen, Unterstützungshandlungen und der aktiven Beteiligung innerhalb der extrem rechten Szene jegliche Motive des Trios für Gerlach im Unklaren blieben, ist stark anzuzweifeln.

Was bleibt?

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern gab oder gibt es in Niedersachsen keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und auch ansonsten blieb eine breite, lokale Thematisierung der Vernetzungen und unterstützenden Strukturen des NSU in Niedersachsen marginalisiert. Viele der Fragen zur Rolle der niedersächsischen extrem rechten Szene, zu der Holger Gerlach gehörte, sind noch immer offen. Spannend dabei ist vor allem das direkte Umfeld von Gerlach, in welchem er sich über Jahre in Hannover bewegte. Die ehemaligen Kameradschaften sind schon seit Jahren aufgelöst oder verboten worden, die Personen und ihre Netzwerke bestehen jedoch weiterhin. Ein Beispiel dafür, sind die losen Strukturen um den hannoverschen Chapter der „Brigade 8“[1], welchem viele ehemalige Personen aus dem Umfeld von Holger Gerlach zugerechnet werden können. In diesem losen Netzwerk im Westen der Region annover finden sich von ehemaligen Mitgliedern der „Kameradschaften Verena“ und „Besseres Hannover“, jungen und älteren Neonazis aus der Region auch Personen aus Gerlachs direktem, persönlichen Umfeld. Hier bestehen Strukturen über Jahrzehnte und können in der Anonymität ungestört leben und handeln. •

1 Rechte Bruderschaften in der Region Hannover – „Brigade 8“ und die Ermordung von Walter Lübcke https://recherchenetzwerkhannover.org/wp/?p=68

TITEL

Aktenzeichen MV: Ungelöst.

CARO KELLER (NSU-WATCH)

Nichtaufklärung und Konsequenzlosigkeit scheinen seit Jahrzehnten das staatliche Gegenstück zu extrem rechten Organisierungen und rassistischen Gewaltexzessen in Mecklenburg-Vorpommern zu sein. Schon das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 zog mit der Abschiebung der Betroffenen die schwerwiegensten Folgen für die Angegriffenen nach sich. Die Täter blieben - bis auf wenige Ausnahmen - straffrei. (Siehe AIB 54) Und heute geben Akteure von „Nordkreuz", dem zuletzt bekannt gewordenen rechtsterroristischen Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern, unverfroren zu, dass ihre Gruppe weiter aktiv ist. Geheim tagende Aufarbeitungskommissionen und ein lasches Urteil vor Gericht scheinen sie nicht beeindruckt zu haben. (Siehe AIB 126) Seit mehr als zwei Jahren soll nun ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss die NSU-Terrorserie im Nordosten aufarbeiten. Doch von echter Aufklärung ist man weit entfernt.

Als sich Mecklenburg-Vorpommern damit konfrontiert sah, ein Tatort des NSU gewesen zu sein, sah man wie Hamburg und im Gegensatz zu allen anderen Tatortländern keine Notwendigkeit, eine ernstzunehmende parlamentarische Aufklärung anzustoßen. Immerhin: Einige Akteur*innen ließen nicht locker, und so wurde 2017 zunächst ein Unterausschuss des Innenausschusses eingerichtet, um sich dem Thema zu widmen. Einziges Ergebnis: Für Aufklärung braucht es einen richtigen Untersuchungsausschuss, da nur hier das Recht auf Akteneinsicht und auf die Ladung von Zeug*innen besteht. Dieser wurde dann tatsächlich im April 2018 eingesetzt. Damit war man zwar spät dran, überholte aber immerhin Hamburg, das bis heute keinen NSU-Untersuchungsausschuss hat.

Doch allein die Einrichtung eines Gremiums zieht noch keine Aufklärungserfolge nach sich und so kommt dieser Momentaufnahme des Ausschusses in Mecklenburg-Vorpommern ein zeitloser Charakter zu. Wäre sie bereits vor zwei Jahren geschrieben worden, sie wäre nicht von grundlegend neuen Ereignissen und Erkenntnissen überholt worden. Die Beschreibung des NSU-Komplexes in Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren nahezu identisch, es könnten nur immer neue Blickwinkel und ausgefallenere Formulierungen gefunden werden. Trotzdem bliebe es dabei: Alle bekannten Verstrickungen wurden zu Genüge benannt, alle wichtigen Fragen gestellt und alle Forderungen mal mit mehr, mal mit weniger Nachdruck ausgesprochen.

Aufgeklärt werden muss nach wie vor, welche Neonazi-Netzwerke das NSU-Kerntrio bei seinem Mord an Mehmet Turgut am 25. Februar 2005 in Rostock, bei seinen beiden Banküberfällen in Stralsund 2006 und 2007 sowie bei den diversen Urlauben seit Mitte der 1990er Jahre unterstützt haben. Unaufgeklärt ist auch die Rolle des Neonazi-Fanzines „Der Weiße Wolf", dem der NSU 2002 seinen Brief mit Spende zukommen ließ und im Gegenzug hierfür mit den Worten „Der Kampf geht weiter" gegrüßt wurde. (Siehe AIB 120) Unklar ist weiterhin der Unterstützungsbeitrag des ehemaligen Rechtsanwalts und NPD-Landesvorsitzenden Hans Günter Eisenecker, als er kurz nach dem „Untertauchen" erfolglos versuchte, Beate Zschäpe juristisch zu vertreten. Ebenso offen bleibt auch die Rolle der Behörden. Der Verfassungsschutz wusste 1999 von einem Treffen der NSU-Unterstützer Carsten Schultze und Ralf Wohlleben mit eben diesem Eisenecker in Goldenbow nahe Schwerin. Die Behörde wurde durch eine V-Person auch über den Geldeingang beim Neonazi-Fanzine informiert. Doch dieses Wissen versandete offenbar, ohne die Terrorserie zu stoppen.

Ein Untersuchungsausschuss, der siebeneinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU eingesetzt wird - das klingt spät, hätte aber auch einige Vorteile haben können: Viel Vorarbeit war zu diesem Zeitpunkt bereits von anderen Untersuchungsausschüssen, vom NSU-Prozess, der dortigen Nebenklage und durch antifaschistische und journalistische Recherchen geleistet. Allein die Fragen und Fakten, die heute zu Mecklenburg-Vorpommern zu nennen sind, liegen nur deswegen offen zu Tage.

Bekannt waren auch die Fallstricke der Arbeit in Untersuchungsausschüssen, beispielsweise die lügenden Verfassungsschutzmitarbeiter*innen und Neonazis, die Blockaden bei der Aktenlieferung, die Schwärzungen in den Akten, die in den Parlamenten ankommen. All das hätte sich der Untersuchungsausschuss im Nordosten zu Nutze machen können und auch müssen. Doch 2018 zog dahin ohne eine einzige öffentliche Sitzung. Die erste Sachverständigenanhörung fand im Januar 2019 statt, die nächste im Juni 2019. Von großem, dringendem Aufklärungsinteresse



Foto: Bildwerk Rostock

getrieben waren die Abgeordneten also offenbar nicht an die Arbeit gegangen.

Erwartungsgemäß stemmt sich auch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern nach Kräften gegen die Aufklärungsbemühungen. Erst einmal mussten abhörsichere und völlig abgeschottete Räumlichkeiten für Vernehmungen und Akten im Parlament gebaut werden, was den Ausschuss einige Monate kostete. Der Eifer des Innenministeriums ließ dann aber nach, als es darum ging, diese Geheimräume zu füllen. Seit knapp zwei Jahren wartet der Ausschuss beispielsweise auf die Akten zum Blood&Honour-Netzwerk. Einzig die Fraktion DIE LINKE scheint sich an dieser Blockadehaltung zu stören. Das Innenministerium ruht sich indes auf einem selbst erstellten Bericht von 2013 aus, in dem zusammengefasst steht, dass in Mecklenburg-Vorpommern nichts falsch gelaufen sei.

Der Ausschuss arbeitete unterdessen die Ermittlungen nach dem Mord an Mehmet Turgut auf – ein logischer Anfang, der sich allerdings bis in den Sommer 2020 zog. Ein Teil der Ermittler*innen wurde bereits vor anderen Gremien gehört – hier hätte also der Vorteil genutzt werden können, Altbekanntes vorauszusetzen und in die Tiefe zu gehen. Die meisten Abgeordneten nutzten ihre oft mäßig interessiert geführten Befragungen aber offenbar in erster Linie dafür, sich ein grundsätzliches Wissen zum NSU-Komplex anzueignen, das sie zumeist nicht mitbrachten. Dieses Desinteresse am Untersuchungsgegenstand führte auch dazu, dass die Zeug*innen unwidersprochen rassistische Gerüchte über Mehmet Turgut, sein Umfeld und alle anderen vom NSU Betroffenen reproduzieren konnten, die spätestens seit 2011 bekanntermaßen widerlegt sind. Das Ergebnis dieser Beweisaufnahme ist weder neu noch überraschend: Die Ermittler*innen verfolgten jedes Gerücht zum Mord an Mehmet Turgut akribisch, solange es Drogenhandel oder Mafiageschichten beinhaltete. Ging es um die Vermutung der Angehörigen, es könne sich um einen rechten Mord handeln, sahen sie keine Ermittlungsansätze. Kurz: Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde nach dem Mord an Mehmet Turgut rassistisch ermittelt.

Dass im Kampf gegen rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern schon immer das eigene Image wichtiger war, als dieser tatsächlich etwas entgegenzusetzen, zeigten weitere Befragungen im NSU-Untersuchungsausschuss im Sommer 2020. Geladen waren Beamte der polizeilichen Sondereinheit „Mobile Aufklärung Extremismus", kurz MAEX. Da diese speziell für den Kampf gegen rechte Strukturen eingesetzt waren, erhoffte sich der Ausschuss dementsprechend wertvolle Informationen zu Neonazistrukturen in Mecklenburg-Vorpommern. Stattdessen zeigte sich, dass die Einheit ab 1999 zwischen Jugendclubs, Badestränden und Tankstellen hin- und hertingelte, um mit „grölenden Jugendlichen" – wie die Neonazis von den Beamten meist bezeichnet wurden – ins Gespräch zu kommen. Als Ziel formulierten die Beamten fast einhellig, dass die Jugendlichen nicht mehr in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sein sollten. An Namen und Strukturen konnten und wollten sich die Polizisten nicht mehr erinnern. Der ehemalige Leiter der MAEX zeigte sich vor dem Untersuchungsausschuss dennoch zufrieden. Die Szene habe sich im Laufe der Jahre wegentwickelt von „Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel". Ganz sicher, ob das ihnen oder der NPD zu verdanken sei, war er sich aber nicht.

Dem Ausschuss bleibt noch Zeit bis Anfang 2021, dann muss der Abschlussbericht fertiggestellt werden. Die wichtigen, oben genannten Aspekte sind noch nicht einmal angekratzt. Momentan ist zu befürchten, dass wohl auch der NSU-Untersuchungsausschuss zur reinen Imagepflege für Mecklenburg-Vorpommern verkommt. Wie für Hamburg gilt jedoch weiterhin, dass es für eine ernstzunehmende parlamentarische Aufklärung nie zu spät ist. Mit dem Ende der laufenden Legislaturperiode kann die Aufarbeitung des NSU-Komplexes im Nordosten nicht als abgeschlossen gelten. Falls es jedoch kein ernsthaftes Interesse an einer Weiterführung des Untersuchungsausschusses gibt, ist es weiterhin an (antifaschistischer) Recherche, neue Erkenntnisse zum NSU-Komplex in Mecklenburg-Vorpommern zu Tage zu fördern. •

TITEL

Perspektiven

Vorabdruck aus dem Buch „Aufklären und Einmischen – Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess“

NSU-WATCH

Als wir uns am 11. Juli 2018 frühmorgens, um nicht zu sagen: nachts, auf den Weg Richtung Strafjustizzentrum machten, haben wir nicht mit einem Urteil gerechnet, dass das staatliche Aufklärungsversprechen, geschweige denn unsere eigenen Ansprüche an Aufklärung des NSU-Komplexes erfüllt. Wir haben nicht damit gerechnet, dass ein Urteil fällt, in dem der Betroffenenperspektive und der Nebenklage angemessen Raum gegeben wird. Denn zum einen hatten wir uns von vornherein keine umfassende Aufklärung vom Münchener NSU-Prozess erhofft. Zum anderen hatte der 6. Strafsenat des OLG München über fünf Jahre und 437 Verhandlungstage und insbesondere in der zweiten Hälfte des Prozesses recht deutlich gezeigt, dass er der von der Anklage vorgegebenen Linie auch im Urteil folgen würde.

Und doch waren wir wie viele andere an diesem letzten Tag des Prozesses enttäuscht. Enttäuschung machte sich bereits breit, als wir das Zelt vor dem Eingang des Gerichtsgebäudes erreichten. Einige Antifaschist*innen hatten sich bereits am Abend vorher angestellt, um sicher in den Saal zu gelangen und Neonazis die Plätze wegzunehmen. Bei unserer Ankunft stand nach kurzem Durchzählen jedoch bereits fest, dass es die ebenfalls bereits länger anwesende Gruppe von Neonazis fast vollständig in den Saal schaffen würde.

Und die Enttäuschung setzte sich fort beim Urteil, das Richter Götzl kurz nach Beginn des Prozesstages vorzulesen begann. Götzl wurde vor Beginn des Prozesses als harter Hund, als besonders verurteilungsfreudiger Richter beschrieben. Und tatsächlich verurteilte er alle Angeklagten, er verurteilte sie allerdings entgegen anderslautender Behauptungen keineswegs besonders hart. Die Sicherungsverwahrung – ein menschenrechtlich betrachtet ohnehin hochproblematisches Instrument – stand bei Zschäpe sowieso nie wirklich zur Debatte, auch wenn sich ganze Verhandlungstage um die Erörterung dieser Frage drehten. Und die Verurteilung Zschäpes als Mittäterin war ebenso erwartbar wie das daraus schlüssig folgende hohe Strafmaß. Eine lebenslängliche Freiheitsstrafe bei Feststellung der besonderen Schwere der Schuld ist angesichts von zehn über sieben Jahre hinweg als Teil einer terroristischen Gruppe verübten Mordtaten keineswegs überraschend. Ausgesprochen milde zeigte Götzl sich gegenüber den anderen Angeklagten, insbesondere bei André Eminger und Ralf Wohlleben.

Viel schwerer als die Strafzumessungen bei den einzelnen Angeklagten wiegt aber die mündliche Urteilsbegründung. Diese war ein einziger Versuch der Zementierung der Trio-These. Kein Wort der Anteilnahme in Richtung der Nebenkläger*innen, kein Wort über Rassismus oder die Ideologie der Täter*innen, kein Wort über den Verfassungsschutz findet sich in ihr. Dieses Urteil will ein Schlussstrich sein. Die anwesenden Neonazis, die sich auch noch über die sofortige Haftentlassung ihres Kameraden Eminger freuen konnten, haben diese Botschaft verstanden und dies durch ihren Jubel auch lautstark zum Ausdruck gebracht.

Für diejenigen von uns, die bei der Urteilsverkündung im Saal waren, war dieser letzte Tag des Münchener NSU-Prozesses also trotz der geringen Erwartungen zunächst ein niederschmetterndes Erlebnis. Als wir aus dem Gebäude traten, mussten wir mit ansehen, wie bayerische Bereitschaftspolizist*innen protestierende Antifaschist*innen gewaltsam vom Gerichtsvorplatz drängten. Besonders aber für viele der Nebenkläger*innen war die Urteilsverkündung eine Enttäuschung, wenn nicht ein Schlag ins Gesicht. Familie Kubaşık verließ noch während Götzl das Urteil herunterleierte den Saal. Elif Kubaşıks bitteres Fazit des Prozesses lautete: „Vielen Dank, Gericht. Dieses Urteil empfinde ich wie eine weitere Ohrfeige.“

Der Staatsräson bei der Arbeit zuschauen

Wir haben im Prozess sehr viel Zeit darauf verwendet, die – unzureichende – staatliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes aus der Nähe zu beobachten, haben gewissermaßen der Staatsräson bei der Arbeit zugeschaut. An jedem Verhandlungstag haben wir im Gerichtssaal gesessen. Wir haben Protokolle verfasst, die anfangs den Verlauf des jeweiligen Prozesstages zumeist indirekt wiedergaben, später nah am Wortprotokoll waren. So wollten wir neben unserer analytischen Begleitung möglichst viele Fakten aus dem Prozessgeschehen möglichst zeitnah an die Öffentlichkeit bringen und allen außerhalb des Gerichtssaals eine Arbeitsgrundlage geben. Au-

ßerdem berichteten wir in den Verhandlungspausen per Twitter vom Prozessgeschehen. Auf der Tribüne des Saals A 101 mussten wir auch die „Ohnmacht des bloßen Beobachters aushalten", wie Robert Andreasch seine Arbeit für NSU-Watch beschreibt: „Wenn ‚unten' Neonazi-Zeug*innen und Verfassungsschutzmitarbeiter*innen logen, dass sich die Balken bogen, konnten wir nur dokumentieren, nicht eingreifen." (...)

Unsere bundesweite Vernetzung mit ihren Teilen in den Bundesländern, so dezentral wir auch waren, hat erheblich dazu beigetragen, dass wir durchhalten konnten. Das ist eine der zentralen Erkenntnisse der Arbeit in allen NSU-Watch-Strukturen: die Wichtigkeit einer verlässlichen Struktur, des regelmäßigen Austausches und der gemeinsamen analytischen Arbeit am Thema. Diese trotz einiger personeller und struktureller Veränderungen und auch Auseinandersetzungen vorhandene Kontinuität gewährte den Erfolg unserer Arbeit.

Erfolge und Probleme

Denn bei aller Ernüchterung, bei all den Enttäuschungen, die sich über die Jahre einstellten, war die Arbeit von NSU-Watch trotzdem erfolgreich. Wir haben am Ende eben doch nicht nur ohnmächtig dokumentiert, nicht nur zugeschaut. Wir haben immer klar gemacht, worum es uns bei der kritischen Begleitung der Aufklärung geht. Wir wollten nicht nur neue Informationen über den NSU-Komplex erfahren und diese über unsere Protokolle der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Wir wollten dem Geschehen nicht neutral beiwohnen. Als Antifaschist*innen standen und stehen wir stattdessen klar auf der Seite der Angehörigen und Überlebenden.

Unsere ständige Anwesenheit und der stetige Informationsfluss aus dem Gerichtssaal in die sozialen Netzwerke sollte einerseits andere Medienvertreter*innen unter Zugzwang setzen, den NSU-Prozess mit mehr Ressourcen zu begleiten, als sie es normalerweise getan hätten. Bei einigen Sitzungen von Untersuchungsausschüssen waren wir sogar die einzige anwesende kritische Öffentlichkeit. NSU-Watch Baden-Württemberg formuliert das folgendermaßen: „Wir sind hier, wir schauen Euch auf die Finger, es ist uns nicht egal, was hier passiert." Andererseits sollten die Informationen, die wir sammelten, auch antifaschistisch und antirassistisch Aktiven bei der Arbeit helfen, es ging auch um eine Art Wissenstransfer. Mit diesem Anspruch haben wir berichtet und dokumentiert und Analysen erstellt. Wir haben, wenn dies gewünscht war, der Nebenklage zugearbeitet, ihr unser Wissen und unsere Archive zur Verfügung gestellt:

„Klar war jedoch: Es brauchte immer auch kritische Interventionen. Mit einfachem Monitoring, Beobachtung und Protokollierung war es für uns nicht getan. Auch deswegen, weil wir als zivilgesellschaftliche und antifaschistische Initiative natürlich auch Akteur*innen im NSU-Komplex vor 2011 und danach sind."

Unsere Pläne haben unterschiedlich gut funktioniert. Wir sind uns zum Beispiel nicht sicher, ob der Wissenstransfers zu Aktivist*innen in einem ausreichenden Maß funktioniert hat.

Sicher sind wir dagegen, dass wir gemeinsam mit anderen dafür gesorgt haben, dass sich das von der BAW gewünschte Narrativ über den NSU nicht einfach durchsetzen konnte. (...)

Es geht weiter

In jedem Fall verstehen wir NSU-Watch als eine Aufforderung an diejenigen, die in einem ähnlichen Bereich aktiv werden wollen. Eine Aufforderung, dem Staat auf die Finger zu schauen, ihn und die Gesellschaft durch Interventionen und Kampagnen unter Druck zu setzen und damit Aufklärung von rechtem Terror kritisch zu begleiten und voranzutreiben. Unsere eigene Arbeit weitete sich auch in den letzten Jahren über das Kernthema NSU hinaus aus. NSU-Watch Hessen begleitete den Prozess gegen John Ausonius, alias „Lasermann" aus Schweden, als dieser 2018 in Frankfurt wegen des 1992 verübten Mordes an Blanka Zmigrod vor Gericht stand.

NSU-Watch NRW beobachtete den Prozess wegen des Anschlags auf den S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf im Jahr 2000. Seit 2019 widmet sich NSU-Watch NRW außerdem dem Untersuchungsausschuss zum Fall Ahmad A., einem syrischen Ge-



Verbrecher Verlag
28. August 2020
1. Auflage
232 Seiten
Preis: 18,00 Euro
ISBN: 9783957324221

Neun Jahre nach der Selbstenttarnung ist die Aufarbeitung des NSU-Komplexes noch lange nicht abgeschlossen, die Gefahr des rechten Terrors bleibt schrecklich aktuell. NSU-Watch hat den NSU-Prozess beobachtet, jeden Tag protokolliert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das zentrale Anliegen des Buches von NSU-Watch ist, die rassistischen Strukturen, die den NSU hervorbrachten, ihn wissentlich oder unwissentlich unterstützten und so zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle zwischen 1998 und 2011 möglich machten, entlang der Geschehnisse und Akteur*innen des NSU-Prozesses in München aufzuzeigen. Trotz der vielen offen gebliebenen Fragen soll das Buch eine Zwischenbilanz bieten.

Der Blog NSU Watch wurde 2020 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet.



flüchteten, der 2018 unter ungeklärten Umständen in einer Gefängniszelle verbrannte.

NSU-Watch Sachsen war bei fast allen sächsischen Rechtsterrorprozessen der letzten Jahre dabei und machte die dortigen Ereignisse einer größeren Öffentlichkeit zugänglich: Gegen die Gruppe „Oldschool Society", „Gruppe Freital" oder „Revolution Chemnitz". (...)

Die Nebenklage, kritische Journalist*innen, engagierte Abgeordnete, Aktivist*innen, Antifaschist*innen, NSU-Watch – wir alle haben uns seit 2011 ein Wissen über den NSU-Komplex, über Neonazis, rechten Terror, Rassismus, die Polizei, den Verfassungsschutz und nicht zuletzt die deutsche Gesellschaft erarbeitet, das auch ein niederschmetterndes Urteil im NSU-Prozess nicht zunichtemachen kann. Gegen den Versuch des Gerichts, um jeden Preis die Botschaft zu vermitteln, der NSU sei Geschichte, stellen wir die Ergebnisse der Hauptverhandlung, der Untersuchungsausschüsse und unserer eigenen Recherchen: Der NSU war und ist ein Netzwerk und kein isoliertes Trio.

Nebenklageanwalt Alexander Hoffmann stellte bei der Kundgebung am Tag der Urteilsverkündung vor dem Gerichtsgebäude richtig fest:

„Ein deutsches Gericht hat sicherlich die Macht und die Möglichkeit darüber zu bestimmen, wie die Angeklagten die nächsten Jahre verbringen, ob jemand frei gesprochen wird oder nicht. Aber ein deutsches Gericht hat nicht die Deutungshoheit über das, was in den letzten 430 Tagen hier an Beweisaufnahme erfolgt ist. [...] Das Wissen über den Verfassungsschutz, staatlichen Rassismus, institutionellen Rassismus, das Wissen über die organisierten militanten Neonazis, das ist in der Welt, das ist geschaffen, das haben wir, das wird auch ein Urteilsspruch nicht aus der Welt schaffen."

Vom Tag der Urteilsverkündung ging trotz des enttäuschenden Urteils auch ein ermutigendes Zeichen aus. Am Abend des 11. Juli 2018 hatte ein antifaschistisches und antirassistisches Bündnis zu einer Demonstration unter dem Motto „Kein Schlussstrich" aufgerufen. Angeführt von Nebenkläger*innen und deren Anwält*innen zogen mehrere Tausend Menschen vom Gericht in der Nymphenburger Straße durch die Münchener Innenstadt. Die Stimmung vieler Demonstrant*innen war von Enttäuschung und Wut geprägt, doch zeigte die Demonstration, dass das Urteil, das so

sehr ein Schlussstrich sein will, kein Schlussstrich ist. In einem Redebeitrag buchstabierten wir das Motto und damit unseren eigenen Anspruch für die zukünftige Arbeit folgendermaßen aus:

„Wir schauen heute auch in die Zukunft. Wir lassen diesen Prozess, diesen Ort, der allzu oft ein Ort der Täter*innen war, hinter uns. Die Zukunft gehört den Angehörigen und Überlebenden, ihren Fragen, ihren Wünschen. [...] Vielleicht werden wir nie alles wissen, was den NSU-Komplex ausmacht. Aber wir können unser Möglichstes tun, um Lücken zu füllen. Das heißt für uns: Kein Schlussstrich."

In ihrem Plädoyer am 411. Verhandlungstag sagte die Nebenklägerin Yvonne Boulgarides: „Ich werde oft gefragt, wie ich diesem Prozess gegenüberstehe. Er ähnelt für mich einem oberflächlichen Hausputz. Um der Gründlichkeit genüge zu tun, hätte man die ‚Teppiche' aufheben müssen, unter welche bereits so vieles gekehrt wurde."

Dass eine Gesellschaft das nicht auf sich beruhen lassen kann, ist ein Antrieb für die weitere Arbeit von NSU-Watch.

Neue rassistische Mobilisierungen

Dieser Anspruch trifft aber auf eine veränderte politische Lage. Während wir an 438 Tagen über mehr als fünf Jahre im NSU-Prozess saßen, veränderte sich die gesellschaftliche Situation in Deutschland.

Im Saal A 101 standen uns die 1990er Jahre, die damalige Neonaziszene und die damalige rassistische Mobilisierung noch einmal vor Augen. Wir wurden auch an die ausbleibenden Konsequenzen für die Neonazis im NSU-Komplex von gesellschaftlicher, polizeilicher und juristischer Seite in den 1990er Jahren erinnert. Allein gegen den V-Mann Tino Brandt gab es über 35 Ermittlungsverfahren, von denen keines Konsequenzen für ihn hatte.

Doch vor der Tür des Saals wurden gleichzeitig rassistische und rechte Stimmen wieder lauter. Dieser Aufschwung von rechts setzte tatsächlich schon vor Beginn des Münchener NSU-Prozesses ein. Bereits ab Ende 2012 kam es wieder verstärkt zu rechten und rassistischen Kampagnen. Diese richteten sich zunächst gegen die Kämpfe von Geflüchteten gegen die Lagerunterbringung und die sogenannte Residenzpflicht. Nur ein Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU begann ein neuer Zyklus rassistischer Mobilisierung (...).

Zeitlich parallel zu dieser Zunahme rassistischer und rechter Gewalt entfaltete sich der Versuch der Behörden, den NSU-Komplex von seinen noch heute existierenden Strukturen und den ebenfalls noch andauernden Folgen abzutrennen und ihn zu einer abgeschlossenen Geschichte zu erklären. Eine weiter gehende Aufklärung des NSU-Komplexes wäre für den Staat durchaus möglich gewesen, ein anderer Prozess ohnehin (...). Nebenklagevertreterin Antonia von der Behrens weist jedoch darauf hin, dass das Urteil im Prozess wenigstens Klarheit darüber verschafft, was von diesem Staat zu erwarten ist:

„In der Rückschau muss es letztendlich wohl begrüßt werden, dass das Gericht keinen Kompromiss gewählt hat und die Nebenkläger*innen und ihre Aufklärungsinteressen nicht mit gefühligen Floskeln abgespeist und auch die Öffentlichkeit nicht mit ein paar zitierfähigen, die Bedeutung des Verfahrens anerkennenden Sätzen zufriedengestellt hat. In ihrer Rohheit hat die mündliche Urteilsbegründung an Klarheit nichts zu wünschen übriggelassen." (...)

Der NSU-Komplex ist nicht aufgeklärt

Und auch als am 2. Juni 2019 Walter Lübcke in Istha bei Kassel ermordet wurde, sahen wir und andere die Ähnlichkeit zu den Taten des NSU - viele erinnerten sich an die vorangegangene rechte Hetze gegen den Kasseler Regierungspräsidenten. Die wohl wortlose Hinrichtung Lübckes ließ an die Vorgehensweise des NSU denken. (...)

Stephan Ernst und Markus H., sein mutmaßlicher Mittäter, waren Teilnehmer der Demonstration in Chemnitz am 1. September 2018, während der die AfD den Schulterschluss mit der Naziszene auch auf der Straße vollzog. Hier traf also die politische Entwicklung auf einen Täter, der aus derselben Generation und der gleichen Szene stammte wie der NSU, der die 1990er Jahre als Bestätigung seines Rassismus erlebt hatte, der sogar über Verbindungen zum NSU-Netzwerk verfügte. Für uns stellt sich seitdem die Frage, ob bei einer angemessenen Aufklärung des NSU-Komplexes diese Tat vielleicht hätte verhindert werden können.

In den nicht einmal neun Monaten vom 2. Juni 2019 bis zum 19. Februar 2020 forderte rechter Terror in Deutschland 13 Todesopfer. Seit dem Ende des NSU-Prozesses wurden weltweit dutzende Menschen von Neonazis ermordet, dabei denken wir beispielsweise an die rassistischen Attentate von Christchurch und El Paso oder an den antisemitischen Angriff von Pittsburgh.

In Halle wurden am 9. Oktober 2019 zum höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur Jana L. und Kevin Sch. ermordet.

In Hanau wurden am 19. Februar 2020 Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz. Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu aus rassistischen Gründen ermordet, der Täter tötete im Anschluss seine Mutter und sich selbst.

Es sind kleine Veränderungen wahrnehmbar in der gesellschaftlichen Reaktion auf solche Anschläge. Nach dem Mord an Walter Lübcke gab es viele, die forderten, in Richtung eines rechten Motivs zu ermitteln. Nach Halle stellten sich etliche dem Einzeltäternarrativ entgegen, das von Politik und Behörden vorschnell ausgesprochen wurde. Nach Hanau wurde überraschend deutlich das rassistische Motiv der Anschläge benannt und die Namen der Ermordeten und die Stimmen ihrer Angehörigen standen zumindest bei manchen Berichten im Vordergrund. Doch diese Veränderungen sind bei weitem nicht umfangreich genug.

„Kein Schlussstrich" ist nicht nur eine Forderung sondern auch das Versprechen, mit dem NSU-Komplex nicht abzuschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass bei der Aufarbeitung rechten Terrors die Verantwortung der Täter*innen und auch der gesamten Strukturen, die die Taten erst ermöglicht haben, aufgeklärt werden. Rechte Ideologien und ihre Organisationen, bis hin zur AfD, müssen als Grundlage und Stichwortgeber rechten Terrors erkannt werden. •

TITEL

Die Herausbildung des NSU im Sommer der „Staatsantifa“

EIN GASTBEITRAG
VON MARKUS MOHR

Mitte September 2000 veröffentlichten der Tagesspiegel und die Frankfurter Rundschau das Ergebnis einer Recherche der Journalist*innen Frank Jansen und Heike Kleffner, in der die Zahl der von ihnen gezählten 93 Todesopfer rechter Gewalt seit dem Jahre 1990 die von der Bundesregierung erfassten um mehr als das Dreifache überstieg. Diesem Weckruf waren in den ersten sieben Monaten des Jahres 2000 elf durch Neonazis Ermordete vorangegangen: Auf den Straßen erschlugen sie Obdachlose, in Dessau Alberto Adriano aus Mosambik, das NPD-Mitglied Michael Berger erschoss in Dortmund drei Polizist*innen, nicht europäisch aussehende Ausländer wurden überall in der Republik angegriffen, jüdische Stätten geschändet, an der S-Bahn-Station Düsseldorf-Wehrhahn wurde eine Bombe gegen Sprachschüler*innen, darunter auch jüdische Auswanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, gezündet.

In Reaktion auf den anhaltenden Alltagsterror durch die extreme Rechte setzte in den Sommermonaten des Jahres 2000 in der politischen Klasse ein großes Rauschen ein. Politiker*innen und hochrangige Sicherheitsbeamte meldeten sich in den Medien ausführlich zu Wort und verurteilten dabei selbstredend als „fremdenfeindlich“ etikettierte Gewalt. Sie setzten dabei jedoch immer wieder die Behauptung, dass die Existenz einer sogenannten „Braunen Armee Fraktion“ weder nachweisbar noch zu befürchten sei, als eine Art Beruhigungsformel ein. Parallel dazu vollzog sich im Zusammenhang mit einer Vielzahl von öffentlichen Manifestationen der extremen Rechten, auf denen eine bewaffnete Politik propagiert wurde, die weitere Herausbildung des NSU. Er wurde durch Netzwerke aus „Freien Kameradschaften“, „Blood & Honour“ (B&H) und der NPD flankiert und unterstützt. Die politische Ebene reagierte auf die Dynamik im Neonazi-Spektrum mit dem Verbot von „Blood & Honour“ Mitte September 2000 und der Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD. Aber eben das sollte die weitere Formierung des NSU gar nicht tangieren. Doch der Reihe nach.

Spätestens seit dem verheerenden Bombenanschlag in Düsseldorfer-Wehrhahn Ende Juli 2000 drängte sich die Existenz von Neonazi-Terror in der BRD für eine kurze historische Sekunde in das Bewusstsein der politischen Klasse. Von Linken sollte das zeitgenössisch unter dem leicht despektierlich gemeinten Begriff eines sogenannten Bundesantifasommer gestellt werden.

Nachdem von dem Tagesspiegel-Journalisten Frank Jansen kommentiert worden war, dass die rechte Szene „an der Schwelle zum Terrorismus“ stehe[1], warnte auch die Bundesregierung „vor einer wachsenden Terror-Bereitschaft der rechten Szene.“ Für sie sprach der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, Ernst Uhrlau, schob jedoch mit dem Argument, dass es für Neonazi-Terror „kein großes Sympathisanten-Umfeld“ gebe, die beruhigende Mitteilung hinterher, dass „die Gründung einer ‚Braunen-Armee-Fraktion‘ – nach dem Vorbild der Rote-Armee-Fraktion (RAF) der siebziger und achtziger Jahre – (....) nicht zu befürchten“ stehe.[2] Damit folgte er ganz der Auffassung von BfV-Präsident Fromm, der in seinem ersten Interview im Amt auf die Frage, ob er denn „mit einer terroristischen Bedrohung von rechts“ nach Art einer „Braune Armee Fraktion“ rechne, replizierte: „So weit würde ich nicht gehen.“ Die „Rechtsextremisten“ verfügten nun mal „nicht über die Logistik, um etwas zu schaffen, das mit der RAF vergleichbar wäre.“ Immerhin aber: „Es gibt auch gewisse Ansätze für das Entstehen terroristischer Strukturen. Wir wissen von Neonazis, die sich auf den bewaffneten Kampf vorbereiten.“[3] Kurz darauf hakte Jansen beim BfV-Präsidenten noch einmal präzisierend nach: „Es gab die Sprengstoffanschläge auf das Galinski-Grab in Berlin und die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken. In Jena hob die Polizei 1998 eine Bombenwerkstatt aus. Allein die Region Berlin-Brandenburg ist seit September 1999 nur knapp drei Anschlägen entgangen. Kein Terrorismus?“ Antwort Fromm: „Wir sehen nicht, dass diesen Planungen, Anschlägen und Waffenfunden das Kon-



Foto: Christian Ditsch

NPD-Demonstration am 4. März 2000 in Braunschweig. Einerseits suchte „Blood & Honour" die Nähe zu legalen Organisationen wie der NPD. Andererseits ging es um die Propagierung terroristischer Untergrundstrukturen.

zept einer Gruppe zugrunde liegt, die damit systematisch und nachhaltig ein politisches Ziel verfolgt." Auf die Nachfrage, dass doch „auch Gruppen, die nicht so perfekt wie einst die Rote-Armee-Fraktion agieren, (...) zu terroristischen Aktionen fähig" sein könnten, negierte Fromm darauf indirekt bezugnehmend die Potenz von Neoazis zum Terror: „Zum Terrorismus im Sinne eines nachhaltig geführten politischen Kampfes gehört mehr als Gewalt und mehr als entsprechende Diskussionen: Führungspersonen, finanzielle Mittel, eine Strategie zur Überwindung des politischen Systems, Unterstützerszene, Logistik."[4]

Zu diesem Zeitpunkt wuchs aber die Bereitschaft bei der Bundesregierung auf die spätestens seit der großen Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München am 1. März 1997 anhaltenden Mobilisierungserfolge der NPD mit der Einleitung eines Verbotsverfahrens zu reagieren. Bis in das Jahr 2000 hatte die Partei ihre Mitgliederzahl auf über 6 000 verdoppelt. In einer Rede in dem Wahlkreis des NPD-Kandidaten Manfred Roeder in Stralsund rief der NPD-Vorsitzende Udo Voigt im August 1998 die anwesenden Skinheads indirekt zu der Aufnahme des bewaffneten Kampfes auf: „Kameradinnen und Kameraden, wenn damals Deutschland in Gefahr gewesen wäre, hätte ich auch als Vierzehnjähriger, wenn es hätte sein müssen, die Waffe in die Hand genommen, um mein Vaterland zu verteidigen. Und das erwarten wir von Euch auch. Deutschland ist in Gefahr! Deutschland wird von allen Seiten heute angegriffen."[5]

Auch so gewann die NPD Zulauf von Angehörigen der militanten „Freien Kameradschaften" und Organisationen wie „Blood & Honour". Ein Bericht des Tagesspiegel resümierte diese Entwicklung dahingehend, dass sich die Deutschland Division (B&H) etwa Ende 1999 der NPD in einer Weise genähert habe, dass es eine Zeitlang so aussah, „als wolle sich ‚Blood & Honour' der Partei als eine Art SA-Flügel andienen. Bei vielen Neonazi-Aufmärschen sind Anhänger der Bewegung mit schwarzen Fahnen mitmarschiert."[6] Der führende B&H-Aktivist Stephan Lange hatte das 1998 programmatisch in die Worte gefasst, dass es die Aufgabe sei, „Patrioten verschiedener Stilrichtung zu sammeln und zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf." In deutschen B&H-Publikation wurden inhaftierte Terroristen der Neonazi-Szene interviewt und umfänglich über „Wehrsportübungen" der einzelnen „Sektionen" berichtet. In dem Ende März 2000 fertig gestellten Magazin der B&H-Division Deutschland, dass von der Polizei sichergestellt wurde, waren Interviews mit Thorsten Heise und dem Autor der „Turner Diaries", William Pierce, enthalten. Auch der „Thüringer Heimatschutz" (THS) taucht darin mit einem Zitat aus Adolf Hitlers „Mein Kampf" auf: „Wer leben will, der kämpfe..."

Der Landesvorsitzende der NPD in Sachsen, Winfried Petzold beschrieb die Zusammenarbeit zwischen freien Kameradschaften und B&H mit seiner Partei als eine „Kultur des nationalen Widerstands". Er führte hier weiter aus, dass gegenwärtig in vielen Regionen „Mitteldeutschlands" nationale Szeneläden entstünden, die nebenbei als Treffpunkte dienten. Folglich bildeten sich im Umfeld solcher Stätten „national befreite Zonen", erklärte er und rief dazu auf, Strukturen zu schaffen, die „ein Überleben deutschdenkender Menschen in der Zukunft unter vielleicht noch schwereren Bedingungen" ermögliche. Begeistert stellte Petzold fest, dass die „Freien Kameradschaften" wichtige „Vorfeldorganisationen für unsere Partei" darstellten, um die „gut geschulten politischen Soldaten" zu adressieren, die in dem „zweifellos bevorstehenden Endkampf (...) aus voller Überzeugung bereit sind, im Notfall alles zu opfern, ja das Letzte zu geben."[7]

Im Diskussionsforum der Homepage des „Thüringer Heimatschutzes" fand sich am 9. Juni ein Beitrag, in dem es u.a. hieß: „Warum kriegen wir es eigentlich nicht gebacken, auch mal linksautonome Zentren in den Großstädten massiv anzugreifen, mit z.B. 200 bewaffneten Kameraden. Warum töten wir nicht mal ein paar Linke, damit sie sehen, dass sie nicht ungestraft gegen uns hetzen dürfen?!"[8] Einen Monat später, im Juli 2000, rief das internationale Neonazinetzwerk B&H über Internet mit einem von Erik Blücher unter seinem Pseudonym „Max Hammer" verbreiteten mehrseitigen Text zum bewaffneten Kampf in Deutschland auf. „Unsere revolutionäre Bewegung sollte sich auf die Rekrutierung politischer Soldaten konzentrieren, die bereit zur Schlacht sind. Die Zeit des Redens ist vorbei. Wir haben eine Ebene erreicht, wo jede Art von Aktion keiner Aktion vorzuziehen ist."[9]

Gut möglich, dass sich die im „Thüringer Heimatschutz" sozialisierten, in Sachsen dann mit logistischer B&H-Unterstützung untergetauchten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sprich: die „Jenaer Bombenbauer" von diesen Überlegungen angesprochen und inspiriert gefühlt haben könnten. Zu diesem Zeitpunkt wird in dem Antifa-Magazin „Der Rechte Rand" die wichtige Scharnierfunktion von B&H in der Gemengelage von „Teilen der NPD, der Freien Nationalisten, (und) dem sich unter den Begriffen ‚Anti-Antifa' und ‚Weißer Arischer Widerstand' firmierenden Terroruntergrund" hervorgehoben. Sie bilden „heute einen multifunktionalen Aktionsrahmen, in der Doppel- und Dreifachmitgliedschaften üblich sind und in dem sich die unterschiedlichen Ansätze, Optionen und Interessen ergänzen."[10] Diese Beschreibung passte mustergültig auf den Landesvorstand der NPD in Thüringen. Hier agierten in den Jahren 1999 - 2001 mit Tino Brandt und Ralf Wohlleben zwei bedeutende Helfershelfer des NSU. Im April 2001 sollte der Architekt des Prinzips der Kameradschaften in den 1990er Jahren, Frank Schwerdt, Vorsitzender der NPD Thüringen werden.

Mitte August 2000 erörterte das Nachrichtenmagazin SPIEGEL die möglichen Erschwernisse, die sich aus einem ein NPD-Verbot für „das operative Geschäft des Verfassungsschutzes" ergeben könnten. Dabei wurde zuversichtlich die These vertreten, dass nicht zu befürchten stehe, so unter Umständen in den Untergrund getriebene rechte Kader „dort schlechter beobachten" zu können. Der Grund: „Denn die traditionell bestens unterwanderten Rechten können ohne staatliche Begleitung kaum einen Schritt tun. Schon deshalb sind die Behörden sicher, dass sie jeden Versuch, eine wirkliche Terrorstruktur aufzubauen, früh erkennen würden."[11] Diese Aussagen erschienen etwa drei Wo-

chen vor dem Mordanschlag auf den Blumenhändler Enver Şimşek am 9. September 2000 in Nürnberg durch den NSU. Es ist auch heute noch eine viel diskutierte Frage, wie es genau geschehen konnte, dass „die traditionell bestens unterwanderten Rechten" den Sicherheitsbehörden so ein Schnippchen haben schlagen können.

Doch im Rückblick auf das Jahr 2000 suchten die Verfassungsschutzbehörden lieber nach einer, wie es das LfV Berlin unter der Leitung seines Innensenators und vormaligen Präsidenten des BfV Eckart Werthebach formulierte, „klassischen Terrorgruppe im Sinne von § 129 a StGB". Und was stellte sich dabei heraus? O-Ton LfV Berlin: „In Deutschland existiert keine rechtsextremistische Terrorgruppe im Sinne der 'Braunen Armee Fraktion'". Und in völliger Abstrahierung unter anderem auch dessen, was die drei Jenaer Bombenbastler*innen schon seit drei Jahren durch eine vielfältige Unterstützung durch ihre Kumpanen aus dem „Thüringer Heimatschutz" und ihre „Blood & Honour"-Kameraden in Sachsen erfolgreich realisiert hatten, zeigte sich das LfV Berlin wie bereits BfV-Präsident Fromm davon überzeugt , dass „die rechtsextremistische Szene weder über die erforderliche Logistik und die finanziellen Mittel, noch über (...) eine genügend stark entwickelte Unterstützerszene" verfüge. Mehr noch: „Es fehlt an der Entschlossenheit und Bereitschaft einzelner Rechtsextremisten, bewusst, planvoll und zielgerichtet den Schritt in die Illegalität zu wagen und aus dieser heraus regelmäßig schwerste Straftaten, insbesondere gegen Leib und Leben politischer Gegner, zu begehen."[12] Das mit diesen, sagen wir, phantasiereichen Ausführungen aber das Problem des organisierten Neonazi-Terrors nicht vom Tisch war, zeigt ein im Oktober 2000 gehaltener Vortrag des Rechtsextremismusforschers Richard Stöss: Darin wies er auf die herausragende Rolle der in 20 Ländern aktiven Organisation „Blood & Honour" hin. Diese Gruppierung, so Stöss, gelte „als Avantgarde der Neonaziszene, die regelmäßig Wehrsportübungen durchführte und feste Kontakte zu gewalttätigen Neonazigruppen vor allem in Skandinavien unterhielt." Von ihr werde offenbar eine Doppelstrategie verfolgt: Neben einer Annäherung an die durch das Parteienprivileg geschützte NPD, gehe es ihr um die „Schaffung von terroristischen Untergrundstrukturen." Dabei sei in Großbritannien „die Muttersektion von B&H schon früh unter den Einfluss der neonazistischen Terrorgruppe Combat 18 geraten, die als ihr 'bewaffneter Arm' gilt." Auch der Chef der norwegische Sektion, Erik Blücher („Max Hammer") propagiere den bewaffneten Kampf. Eine enge Kooperation bestehe auch zu den schwedischen Neonazis der „Nationalsocialistik Front" und der dortigen B&H-Sektion, schreibt Stöss. Und: „Schweden galt 1999/2000 nach vier Toten, vier Schwerverletzten und mehreren Anschlägen durch Neonazis als Zentrum und Drehscheibe der Neonazi-Bewegung in Europa". Zwischen führenden B&H-Aktivisten, darunter dem deutschen B&H-Chef Stephan Lange fänden offenbar regelmäßige Treffen statt. Gemeinsam sei ihnen „die Orientierung am historischen Faschismus bzw. Nationalsozialismus"[13]

Soweit der avancierte Stand antifaschistischer Recherche Ende des Jahres 2000. Zu diesem Zeitpunkt hatten die flüchtigen Jenaer Bombenbastler*innen bereits mehrere Überfälle zur Geldbeschaffung verübt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gestützt auf die Hilfestellung lokaler Neonazi-Netzwerke hatten sie Ende Juni 1999 einen Anschlag auf die Nürnberger Pilsbar verübt und Enver Şimşek am 9. September 2000 in Nürnberg erschossen. In Chemnitz erhielten die Mörder wahrscheinlich Unterstützung aus den Kreisen der B&H-Struktur in Sachsen.

Der Sommer der Staatsantifa, in dem ganz im Geist der Extremismusdoktrin zu keinem Zeitpunkt auf die Referenz zur RAF verzichtet wurde, war vorbei. Eine „rechtsextremistische Terrorgruppe" im Sinne der „Braunen Armee Fraktion", von der die Sicherheitsbehörden fortwährend schwadroniert hatten, ließ sich tatsächlich nicht auffinden. Dafür bildete sich in der „traditionell bestens" vom Verfassungsschutz „unterwanderten Rechten" der NSU. Und so waren im Jahresbericht des BfV für das Jahr 2002 die noch in den Jahren 2000/1 entdeckten „Ansätze" von Rechtsterrorismus – wie von Zauberhand – als „nicht erkennbar" markiert, verschwunden.

Ende Mai 2017 wurde bekannt, dass der B&H-Führer Stephan Lange spätestens seit dem Sommer 2000 für das BfV als Vertrauensmann tätig war. Von dem kundigen NSU-Rechercheur Dirk Laabs wurde aus diesem Anlass die Frage aufgeworfen, ob die vom BfV seit 1994 praktizierte Strategie die Führungsstruktur militanter Neonaziorganisationen quasi „aufzukaufen" und unter der faktischen Garantie von Straffreiheit in den eigenen Dienst zu stellen, letztlich am Beispiel der Terrorstruktur NSU gescheitert sei: „Unter den wichtigsten Unterstützern waren fast ausnahmslos „Blood & Honour"-Mitglieder und -Anhänger – die Gruppe also, die so massiv von den Verfassungsschutzämtern und der Polizei unterwandert war. Fast zwangsläufig waren unter den NSU-Unterstützern auch V-Personen."[14] Auch das ist eine gute Frage, die uns der Sommer der Staatsantifa aus dem Jahre 2000 für heute hinterlassen hat.

Rückblickend betrachtet erweist sich die Formulierung des Schweizer Journalisten Werner Bosshardt als hellsichtig, der seinen Beitrag im August 2000 unter dem Hinweis einer historischen Sekunde für die politische Skandalisierung von Tausenden von Neonazis begangener Gewaltdelikte mit „Die braune Suppe ist noch nicht ausgelöffelt" überschrieb. Dabei zitierte er die mit Blick auf Teile der bundesdeutschen Bevölkerung angestimmte Klage der Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin, dass es „zu viel klammheimliche Zustimmung und viel zu viel Wegschauen" zu Neonazi-Terror gebe.[15] Dass es genau diese „klammheimliche Zustimmung und viel zu viel Wegschauen" auch bei den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden gab, sollte dann Jahre später die Selbstenttarnung des NSU beweisen. •

1 Tagesspiegel vom 20.06.2000 **2** Focus vom 26.06.2000 **3** Welt am Sonntag vom 11.06.2000 **4** Tagesspiegel vom 15.07.2000 **5** ZDF-Fernsehmagazin Kennzeichen D am 2.9.1998 **6** Tagesspiegel vom 15.9.2000 **7** Sachsen Stimme (NPD) Januar – April 2000 **8** ak vom 23.11.2000 **9** AIB, PM vom 7.8.2000 **10** DRR Nr. 64 v. Mai/Juni 2000 **11** SPIEGEL vom 14.8.2000 **12** LfV Berlin, Jahresbericht 2000, Berlin 2001 **13** Richard Stöss, Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa / Referat Kongress der Deutschen Vereinigung Politischer Wissenschaft in Halle vom 4.10.2000 **14** AIB Nr. 116 vom 7.12.2017 **15** Berner Zeitung v. 3.8.2000

TITEL

Nicht verfolgte Spuren

Verbindungen zwischen dem NSU-Mord an Halit Yozgat und dem Mord an Walter Lübcke

EXIF RECHERCHE

Bei den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) kommt dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel eine besondere Bedeutung zu. Denn es war der Verfassungsschutz-Mitarbeiter Andreas Temme zum Tatzeitpunkt am Tatort.[1] Danach hörte die rassistische „Ceska-Mordserie“, der zwischen 2000 und 2006 neun Menschen zum Opfer gefallen waren, auf. Es liegt nahe, zwischen diesen beiden Fakten einen Zusammenhang zu vermuten.

Zum Mord an Halit Yozgat sind noch viele Fragen offen. Nur durch investigative und antifaschistische Recherchen kommen immer wieder neue Fakten ans Licht, die von den ermittelnden Behörden bis dato „übersehen“ oder unterschlagen wurden. Beispielhaft für die Versäumnisse und Vertuschungen stehen Personen aus der Kasseler Neonaziszene, die mit Halit Yozgat oder dem Tatort in Verbindung standen und zu denen sich keine oder nur spärliche Ermittlungen finden.

Die M.K.-Spur

In der Holländisches Straße 82, eröffnete im Frühjahr 2004 der 19-jährige Halit Yozgat ein Internetcafé. Am 6. April 2006 wurde er dort von den Mördern des NSU erschossen. Zum Zeitpunkt der Tat wohnte der Neonazi M. K. ebenfalls in der Holländischen Straße – keine 30 Meter entfernt. Auf M. K. stieß die Mordkomission spätestens 2008, als sie das Umfeld des Verfassungsschutz-Mitarbeiters Andreas Temme überprüfte. Eine ihrer Arbeitshypothesen war, dass Temme einer Gruppe angehört haben könnte, die die Mordserie begangen hatte. Die ErmittlerInnen analysierten dazu das Umfeld von Benjamin G., einem Neonazi der Kasseler Szene und V-Mann, den Andreas Temme geführt hatte. Temme hatte mit G. knapp eine Stunde vor dem Mord ein ungewöhnlich langes Telefonat geführt und sich wenig später zum Internetcafé von Halit Yozgat aufgemacht. So überprüfte die Polizei welche Bekannten von G. Verbindungen zum Tatort in Kassel und zu anderen NSU-Tatortstädte aufwiesen. G. kannte M.K., beide waren am 18. Juni 2000 an einem rassistischen Angriff in Hofgeismar beteiligt gewesen. Das Handy von M. K. war in den Tagen des Mordes an Halit Yozgat in der Funkzelle des Tatorts eingeloggt gewesen. Doch zu M. K. ist in dem dazugehörigen Auswertungs-Bericht außer seinem Namen, seinem Geburtsdatum und den Hinweis auf den Funkzellen-Treffer nichts zu finden. Nicht einmal seine Adresse in der Holländischen Straße 86 ist genannt.

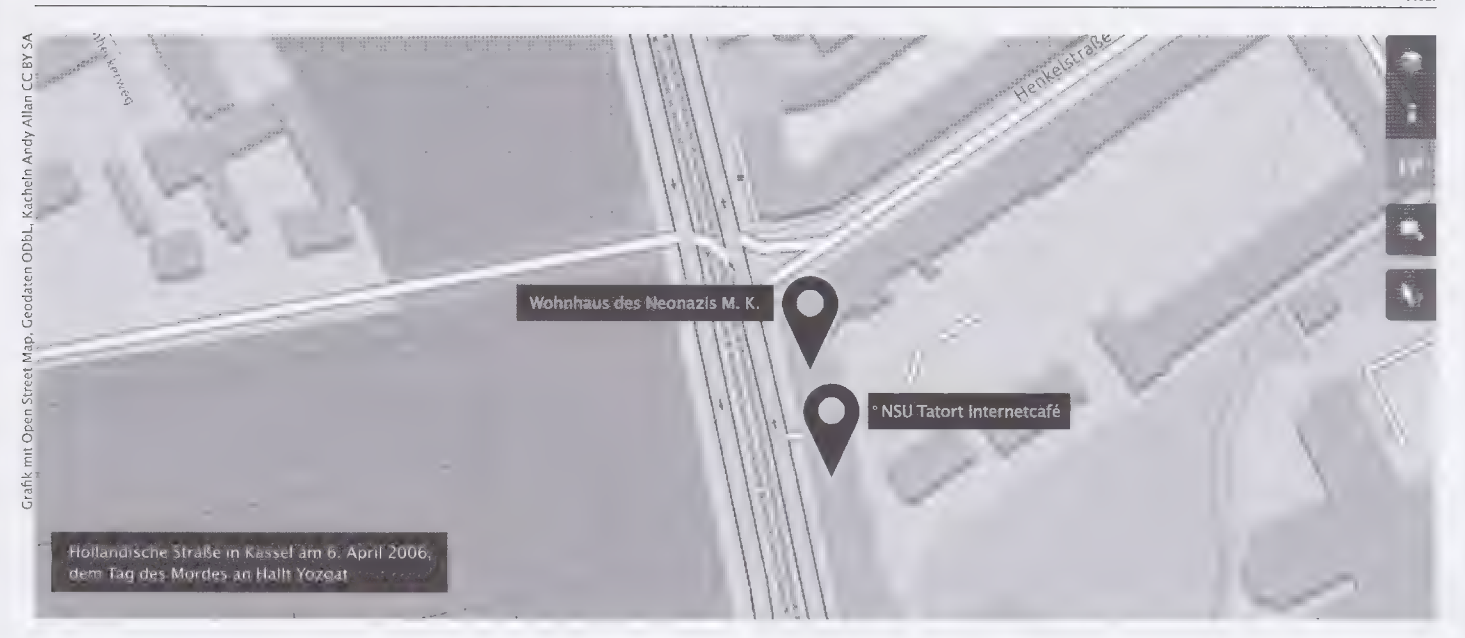
Es ist überaus brisant, dass eine Person aus dem politischen Freundeskreis von Benjamin G. in unmittelbarer Nachbarschaft des Tatorts wohnte. Vor allem, da es die Umstände der rassistischen Mordserie vermuten lassen, dass der NSU in den Städten der Morde HelferInnen hatte. Dies betraf insbesondere Kassel. In der Zwickauer Wohnung von Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos war eine Skizze des Internetcafés von Halit Yozgat gefunden worden, was zeigt, dass dieses im Vorfeld ausgekundschaftet worden war, möglicherweise von lokalen Neonazis.

Doch es lässt sich nicht feststellen, dass es in all den Ermittlungen im Fall Yozgat eine „Spur K.“ gegeben hat. Weder in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen noch im Münchner NSU-Prozess fiel jemals sein Name.

Die Görtz-Spur

Eine weitere unzureichend verfolgte Spur ist die Personalie Corryna Görtz. Sie war Anfang der 1990er Jahre aus Thüringen in den Raum Kassel gezogen und ein Bindeglied der militanten Naziszenen in Thüringen und Nordhessen. Der ehemalige Neonazi Michael See, der lange Jahre mit ihr vertraut war, war sich in seiner Aussage vor dem hessischen NSU-Untersuchungsausschuss sicher, dass sie zu Böhnhardt, Mundlos und anderen Personen der Jenaer Szene Kontakt gehabt hatte. In einer „Bildmappe rechtsextremistischer Gewalttäter im Freistaat Thüringen“, die das Landeskriminalamt Thüringen 1997 als internes Fahndungsmittel erstellt hatte, ist Corryna Görtz neben Beate Zschäpe als einzige Frau aufgeführt.

Auf die formale Frage im hessischen Untersuchungsausschuss, ob sie das Internetcafé von Halit Yozgat kenne, antwortete sie mit „Ja“. Görtz erzählte, dass sie als Freigängerin in der JVA Baunatal Ende des Jahres 2005 mehrfach das Internetcafé



Holländische Straße in Kassel am 6. April 2006, dem Tag des Mordes an Halit Yozgat

besucht hatte, um dort Musik herunterzuladen oder Handykarten zu kaufen. Die Frage, warum sie sich ausgerechnet diesen Ort ausgesucht hatte, konnte sie nicht überzeugend glaubwürdig beantworten.

Görtz hatte im Oktober 2004 aus dem Gefängnis heraus an den hessischen Verfassungsschutz geschrieben, angeblich um Informationen über ein Aussteigerprogramm zu erhalten. Wie ihre Kontaktaufnahme zum VS weiter verlief, ist nicht bekannt. Es wäre naheliegend, dass sich daraufhin Temme, sein Vorgesetzter oder seine Kollegin, die zu dritt im Kasseler Büro des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz für „Rechtsextremismus" zuständig waren, mit ihr in Verbindung setzten.

Temme war Stammgast in dem Internetcafé von Yozgat gewesen. Die Ermittlungen ergaben, dass sich Temme mit seinen Spitzeln aus der Neonaziszene in verschiedenen Kasseler Internetcafés verabredet hatte. Temmes VS-Team in Kassel führte um das Jahr 2006 mindestens fünf V-Personen in der Kasseler Neonaziszene. Von diesen ist bislang nur Benjamin G. namentlich bekannt geworden.

İsmail Yozgat erinnerte sich daran, das Temme nicht ausschließlich allein ins Internetcafé kam. Er sei auch einmal in Begleitung einer Frau gewesen. In einer Aussage gibt İsmail Yozgat an, dass die beiden einen sieben- bis achtjährigen Jungen dabei hatten. Corryna Görtz hat einen Sohn in dem beschriebenen Alter. Auch wenn İsmail Yozgats Beschreibung der Frau ansonsten nicht unbedingt auf Görtz schließen lässt, so hätte genau geprüft werden müssen, ob sie diese Frau gewesen war. Doch findet sich bei Görtz hierzu kein Ermittlungsvorgang.

Corryna Görtz bewegt sich seit mindestens Anfang der 1990er Jahre im militanten Kern der Neonaziszene. Bereits 1992 wurde sie in Detmold (Ostwestfalen) als Bewohnerin des Zentrums der 1992 verbotenen neonazistischen Kaderorganisation „Nationalistische Front" (NF) festgestellt. Sie arbeitete im NF-eigenen Klartext-Verlag. 1994 unterzeichnetet sie namentlich als „Sekretariat" von Thorsten Heise, damals niedersächsischer Landesvorsitzender der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Corryna Görtz ist der neonazistischen Szene bis heute verbunden.

Im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss berichtete Oliver P., ein ehemals führender und mittlerweile ausgestiegener Kasseler Neonazi, Görtz habe in der Szene bzw. in seinem Freundeskreis über die Notwendigkeit gesprochen, Sprengstoff zu beschaffen und Bomben zu bauen. In einer anderen Quelle heißt es, Görtz habe ein kleines Heftchen mit Bombenbau-Anleitungen in Umlauf gebracht, das „Giftpilz" hieß.

Die Borchardt-Spur

Corryna Görtz soll zeitweilig mit dem Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt, bekannt als „SS-Siggi", liiert gewesen sein. In der Bekanntschaft von Görtz und Borchardt zeigt sich eine Verbindung von Kassel nach Dortmund, die alarmieren muss. Denn die beiden letzten Morde der „Ceska-Serie" des NSU, am 4. April 2006 in Dortmund an Mehmet Kubaşık und am 6. April 2006 in Kassel an Halit Yozgat, stehen in zeitlichem Zusammenhang. Zudem: Der Mord an Mehmet Kubaşık geschah in der Dortmunder Nordstadt wenige hundert Meter vom Wohnort von Borchardt entfernt. Und in der Zwickauer Wohnung des NSU-Kerntrios, die Beate Zschäpe vor ihrer Flucht in Brand gesetzt hatte, fanden sich Reste einer Schachtel jener Munition, die in der Mordserie des NSU verwandt worden war. Handschriftlich war auf die Schachtel „Siggi" geschrieben worden. Aus dem bekannt gewordenen Personenkreis um das Kerntrio des NSU ist kein „Siggi" bekannt. Es ist unklar, auf wen sich diese Notiz bezieht. Der Journalist Tobias Großekemper, der diese Geschichte recherchierte, schreibt: „Ob Borchardt mit dieser Schachtel etwas zu tun hatte, konnte nicht geklärt werden. Er wurde offiziell nie vernommen."[2]

Görtz und Borchardt im Geheimdienst-Sumpf ?

Michael See sagte vor dem hessischen NSU-Untersuchungsausschuss: „Corryna Görtz war im Prinzip wie ich überall mit drin. Es würde mich auch nicht wundern, wenn irgendwann mal rauskommen würde,

dass Corryna Görtz auch für irgendeinen Geheimdienst gearbeitet hat". Die ParlamentarierInnen des hessischen NSU-Untersuchungsausschuss verfügten über Hinweise, dass Corryna Görtz von 2000 bis 2003 während eines Aufenthaltes in Österreich für einen österreichischen Geheimdienst gespitzelt habe. Bei diesbezüglichen Fragen berief sich Görtz auf ein Aussageverweigerungsrecht und ein Zeugnisverweigerungsrecht und als ihr dies nicht zugestanden wurde, wich sie aus und lavierte herum. Viele BeobachterInnen sahen durch ihre Reaktion den Verdacht der Geheimdienst-Tätigkeit erhärtet. Dass im Fall Görtz vertuscht wurde, wird allein daran deutlich, dass der Verfassungsschutz 2009 ihre Personalakte vernichtete, obwohl Görtz im selben Jahr bei einem Neonazikonzert der Polizei als Ansprechpartnerin diente. Auch lief im selbem Jahr ein Ermittlungsverfahren gegen sie wegen Bedrohung und Sachbeschädigung, weil sie zusammen mit einem anderen Neonazi in Thüringen einen Szene-Aussteiger drangsaliert haben soll. Die Linkspartei zitiert in ihrem Sondervotum zum Abschlussbericht des hessischen Untersuchungsausschuss vom 17. Juli 2018 aus einem Kurzvermerk des hessischen VS aus dem Jahr 2005: „Seit 2000 liegen keine Erkenntnisse über extremistische Aktivitäten der Görtz mehr vor. Görtz scheint vor allem durch materielle (Versandhandel) und private (Vater ihrer Kinder, sonstige Partner) Motive in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt gewesen zu sein. Ein politischer Hintergrund stand vermutlich nie im Vordergrund. Politische Aktivitäten gingen in der Regel von ihren Partnern [...] aus." DIE LINKE kommentiert dies treffend: „Dieser Kurzvermerk ist irritierend. Das LfV unterstellt einer Rechtsextremistin, die durch die Kaderschule der NF [...] gegangen ist, und Broschüren zum Bombenbau verfasst hat, dass ein politischer Hintergrund bei ihr nie im Vordergrund gestanden habe, sie quasi ‚Anhängsel' von männlichen Aktivisten gewesen sei. Diese Unterschätzung von weiblichen Neonazis ist zwar ein häufig anzutreffendes Phänomen, in dieser Deutlichkeit, formuliert durch eine Sicherheitsbehörde, aber völlig abstrus."

Im Sommer 2018 wurde bekannt, dass auch Siegfried Borchardt seit vielen Jahren mit dem VS kooperieren soll. Die Ruhrnachrichten berufen sich dabei auf die Aussage eines ranghohen Verfassungsschützers, der am Rande des NRW-NSU-Untersuchungsausschusses bemerkt hatte, dass Borchardt „für ein paar Flaschen Schnaps durchaus für Gespräche gut gewesen sei".[3]

Die Hartmann-Spur

Neun Wochen nach dem Mord an Halit Yozgat wurde der Neonazi Markus Hartmann auf das Kasseler Polizeipräsidium vorgeladen, um zu diesem Fall befragt zu werden. Die Polizei hatte festgestellt, dass Hartmann auffallend häufig eine Internet-Seite angeklickt hatte, die über den Mordfall und die Ermittlungen berichtete. Die Polizei wollte von ihm wissen, woher sein Interesse am Fall Yozgat rührte. Es war eine Routinebefragung, die nur wenige Minuten dauerte. In knappen Sätzen erzählte Hartmann, dass ein Nachbar von ihm, mit dem er bekannt sei, ein Freund von Halit Yozgat gewesen sei und dass er über diesen Halit Yozgat auch einmal kurz kennengelernt habe. Dieser Nachbar habe ihm von dem Mord erzählt und da er Halit Yozgat ja flüchtig kannte, habe ihn der Fall interessiert. Dem Beamten, der die Befragung durchführte, reichte das aus, nach vier Fragen und Antworten durfte Markus Hartmann gehen. Der Beamte notierte auf dem Spurenblatt: „Nicht weiter relevant, als abgeschlossen anzusehen." In keiner Frage an Hartmann findet sich eine Andeutung, die auf seine neonazistischen Aktivitäten und Gesinnung zielte. Dabei kann dem Polizisten nicht entgangen sein, dass sein Gesprächspartner seit den 1990er Jahren zum Kern der Kasseler Neonaziszene gehörte. Selbst als nach der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 der Fall Yozgat nochmals aufgerollt wurde, wurde die Spur Markus Hartmann offenbar nicht mehr aufgegriffen.

Verbindungen zu Stephan Ernst und „Combat 18"

Die Generalbundesanwaltschaft (GBA) wirft Hartmann aktuell Beihilfe zum Mord an Walter Lübcke vor. Die Frage steht im Raum, ob er oder Stephan Ernst oder eine andere Person aus dem hier beschriebenen Personenkreis auch beim Mord an Halit Yozgat eine Rolle gespielt haben könnte. Auch gibt es Hinweise auf eine mögliche Anbindung einiger Personen an die Kreise um „Combat 18". Erste Querverbindungen zwischen einigen Personen wurden mittlerweile bekannt. Anhand einer polizeilichen Personen- und Fahrzeugkontrolle lässt sich nachvollziehen, dass z.B. M.K. und der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke, Stephan Ernst, am 25. August 2002 in Dransfeld bei Göttingen wahrscheinlich zusammen unterwegs gewesen waren. Für diesen Tag war in Dransfeld eine Demonstration der Jugendantifa angekündigt gewesen, die kurzfristig abgesagt worden war. Einige Neonazis waren dennoch angereist. Die PolizistInnen notierten u.a. die Personalien von M.K. Aus den Notizen der Polizeikontrolle lässt sich ablesen, dass M.K. auch zusammen mit dem Kasseler Neonazi Stanley Röske unterwegs war. Später wurde Röske einer der Chefs der Gruppe „Combat 18 Deutschland", die im Januar 2020 verboten wurde. Auch Görtz und Röske kennen sich aus dem harten Kern der Neonaziszene in Kassel der 1990er, bereits 1995 waren sie zusammen zu einem Treffen der Neonazivereinigung HNG e.V. gereist.

Als der Kasseler Neonazi Mike S., der sich in den vergangen Monaten als Freund von Stephan Ernst zu erkennen gab, am 23. Januar über Facebook fragte, wie er mit einer Zeugenvorladung des Bundeskriminalamts im Fall Lübcke umgehen solle, gab ihm Görtz den Tipp: „Nur mit Anwalt!!!! Ich weiss wovon ich rede...". Aus einem weiteren Facebook-Post geht hervor, dass sich die beiden noch am selben Tag trafen.

Parallelen zwischen den Morden an Halit Yozgat und Walter Lübcke

Die Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke ähneln sich sehr. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass Ernst aus der Dunkelheit auf Lübcke zuschlich, der kurz vor Mitternacht auf der Veranda seines Hauses eine Zigarette rauchte. Ohne ihn anzusprechen soll ihn Ernst mit einem Schuss aus ein bis zwei Meter Entfernung ermordet haben. Der NSU-Mord in Kassel


Foto: NSU-Watch

Am 17. August 2002 posierte Stephan Ernst (mitte) mit schwedischen Neonazis beim neonazistischen „Rudolf Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel.

gleicht ebenso einer Hinrichtung, auch hier geht man davon aus, dass die Mörder wortlos auf den arglosen Halit Yozgat zugegangen waren und ihm in den Kopf schossen. Zum Mord an Lübcke wie auch zu den „Ceska-Morden" bekannte sich (bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011) niemand. Zudem stellt sich im Fall Lübcke die Frage, warum der oder die Mörder die Mordwaffe aufhoben – wie der NSU. Die Polizei fand sie in einem Depot, das Stephan Ernst in einem ersten, später widerrufenen, Geständnis genannt hatte. Die Frage steht im Raum, ob geplant oder angedacht gewesen war, mit dieser Waffe weitere Morde durchzuführen.

Unaufgeklärte Mordversuche

Auf dem Computer von Stephan Ernst wurde eine Liste mit potentiellen Zielen gefunden, die zwischen 2001 und 2007 angelegt worden war. Darin befinden sich Daten von über 60 Objekten und Personen im Raum Kassel. Dies zeigt, dass militante Kasseler Neonazis bereits in den frühen 2000er Jahren „Feindeslisten" angelegt hatten. Somit gerät insbesondere ein Mordversuch an einer Person ins Blickfeld, dessen Namen und Anschrift sich auf dieser Liste befindet.

Die antifaschistische Zeitung Lotta berichtet darüber im Sommer 2019: „Am 20. Februar 2003 schossen Unbekannte auf das frühmorgens erleuchte Fenster eines damals 48-jährigen Lehrers, der sich über Jahre öffentlich gegen Rechts engagiert hatte. Die Kugel aus einer hochkalibrigen Waffe verfehlte nur knapp seinen Kopf. Er habe den Lufthauch gespürt, sagte der Betroffene der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen. Es ist für diesen Anschlag kein anderes Motiv denkbar als ein neonazistisches. TäterInnen wurden nie gefasst, es ist nicht einmal ein angemessener polizeilicher Ermittlungsvorgang festzustellen."

Zwei Jahre zuvor gab es bereits einen ähnlichen Angriff: Am Abend des 6. August 2001 waren BewohnerInnen, darunter auch Kinder, eines linken Wohnwagenplatzes am Kasseler Hafen dreimal beschossen worden. Ein Bewohner gab Alarm, die anderen löschten die Lichter und gingen in Deckung. Es folgten noch zwei Schüsse. Am nächsten fand ein Bewohner gegenüber auf der anderen Flussseite drei Patronenhülsen des Kalibers 9 mm. Brisant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass es von dem Platz an der Fulda, von dem aus die Schüsse abgegeben wurden, nur ca. fünf Fußminuten zum Haus sind, in dem Markus Hartmann wohnte. Zwar war er zum Zeitpunkt der Schüsse dort nicht gemeldet, wohnte aber mindestens davor und danach in der Wohnung. Von dort sind es nur gute fünf Minuten zu Fuß bis zum Spazierweg am Fuldaufer, von dem aus geschossen wurde.[4]

Stephan Ernst gilt mittlerweile als Verdächtiger für ein weiteren Tötungsversuch in der Region. Ahmed I., der in einer Unterkunft für Geflüchtete in Lohfelden bei Kassel lebte, wurde am Abend des 6. Januar 2016 nach Verlassen der Unterkunft von einem vorbeifahrenden Radfahrer ohne Vorwarnung ein Messer in den Rücken gestoßen. Ahmed I. wurde lebensgefährlich verletzt und behielt schwere Schäden.[5]

Nicht-Wollen oder Nicht-Können ?

Bei allen „übersehenen" Ermittlungsansätzen stellt sich die Frage: Kann polizeiliches Handwerk tatsächlich so miserabel sein? Oder wurden die Ermittlungen zu diesen Personen ausgebremst? Oder wurden Erkenntnisse und Ermittlungsergebnisse den Gerichten und Untersuchungsausschüssen vorenthalten, was einer Vertuschung gleich kommt? Der Fall Temme steht exemplarisch für die dubiose Rolle der Geheimdienste und die Hilflosigkeit aller Versuche hier Licht ins Dunkle zu bekommen. Er macht wenig Hoffnung auf eine Aufklärung, was z.B. der Geheimdienst bezüglich Görtz zu verbergen hat bzw. in welchen Zeiträumen ihres bewegten Szenelebens sie für welche Behörde gearbeitet hatte. •

1 Vgl. AIB 105: „Wir wollen keine Wiederholung der Vergangenheitsbetrachtung" **2** Vgl. Ruhrnachrichten: „Die im Dunkeln sieht man nicht – Eine Geschichte über den Rechtsextremismus in Dortmund seit 1982" von Tobias Grossekemper, 04.07.2018. **3** ebd. **4** Vgl. nsu-watch.info: „Blickpunkt Kassel: Alte Fälle, neue Fragen", 25.06.2020 **5** Vgl. AIB 126: Sonja Brasch: „Kein Netzwerk gesucht"

NS-SZENE

Im brandenburgischen Spreewaldort Burg hat ein Neonazi eine Gaststätte und ein Hotel übernommen

Grützwurst im Deutschen Haus

Die Gemeinde Burg liegt idyllisch in der Spreewaldlandschaft, 100 Kilometer südlich von Berlin und nur eine zwanzigminütige Autofahrt von der Lausitzmetropole Cottbus entfernt. Ein Magnet für den Tourismus - sorbische Folklore, die Spreewaldtherme und reichlich Gelegenheit für Paddelsport und Kahnfahrtromantik.

In der Region gibt es allerdings neben einem ausgeprägten Heimatbewusstsein auch einen verankerten Neonazismus. 22 Prozent der Stimmen holte die brandenburgische AfD bei den Kreistagswahlen im Jahr 2019. Aus Burg kommt der Kreisvorsitzende der Lausitzer NPD, Benjamin Mertsch. Im Nachbardorf Leipe stakst NPD-Kader Falk Haffner als „Haffi der Fährmann" höchstpersönlich Tagesausflügler durch die Spreekanäle.

Jetzt sind zwei touristische Anziehungspunkte in Burg von einem militanten Neonazi übernommen worden. Das „Deutsche Haus", ein Restaurant, das im 17. Jahrhundert als Zollhaus gebaut wurde und dazu das Biohotel „Kolonieschänke", benannt nach dem Burger Ortsteil Kolonie. Beide Einrichtungen werden seit neuestem von Daniel Grätz, tief verwurzelt in der regionalen Neonaziszene, betrieben.

Das Geld für den Kauf des „Deutschen Haus", der bereits im April 2020 abgewickelt wurde, kommt direkt aus der Region. Grätz besorgte sich dafür einen Kredit über 700.000 Euro von der Sparkasse Spree-Neiße. Im Verwaltungsrat der Bank sitzen der Cottbuser Oberbürgermeister und der Landrat des Kreises. Für die „Kolonieschänke" schloss Grätz einen Betreibervertrag mit dem Besitzer Olaf Schöpe ab. Dieser ist Präsident des Landesverbandes des Dehoga, dem „Deutschen Hotel- und Gaststättenverband". Der brandenburgische Verfassungsschutz habe auf den Hintergrund von Grätz erst hingewiesen, als die Deals schon unter Dach und Fach waren. Verpächter Schöpe stehe „für Weltoffenheit, Gastfreundschaft und Toleranz", beeilte sich der Dehoga zu erklären und verwies auf die Verbandsmitgliedschaft im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg". Schon gleich nach den Geschäftsabschlüssen deutete sich an, dass unter dem Betreiber Grätz in den beiden Traditionshäusern nicht nur Geld für Neonazis und deren Netzwerke verdient und szenenahe Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern dass auch die Entstehung von neuen informellen Neonazitreffpunkten droht. An Himmelfahrt 2020 nutzte eine Gruppe Neonazis das „Deutsche Haus", um dort lautstark den „Vatertag" zu feiern. Die Gaststätte bietet obendrein Räumlichkeiten, die sich auch zur Ausrichtung von Konzerten eignen würden.

Gegenüber der Presse äußerte sich Grätz selbst nur widerwillig, und behauptete, dass er völlig „unpolitisch" sei. Allenfalls habe er als Mitglied der Fanszene von Energie Cottbus ein paar „Jugendsünden" begangen.

Solche Schutzbehauptungen sind leicht zu widerlegen. Teilnahmen von Grätz an Events der Neonaziszene sind auch für die jüngste Vergangenheit belegt. Beim Neonazi-Kampfsportturnier „Tiwaz" in Grünhain war er 2018 genauso dabei wie beim Festival „Schild und Schwert" 2019 in Ostritz und bei den „Tagen der Nationalen Bewegung" im gleichen Jahr in Themar. Er gehört zum militanten Neonazismus im Raum Cottbus, in dem seit langem Rechtsrock, Hooliganismus, Kampfsport, Ge-



Foto: Presseservice Rathenow

Daniel Grätz am 21. April 2018 in Ostritz beim „Schild und Schwert Festival" der NPD.

schäftemacherei und Politik, Gewalt und organisierte Kriminalität miteinander verwoben sind. Die aktuelle Mischszene wurzelt in der 2012 verbotenen Neonazi-Gruppe „Spreelichter" und überschneidet sich mit den lokalen „Identitären", mit der rassistischen Kampagne „Zukunft Heimat" und ihren Ablegern und somit auch mit der Brandenburger AfD. Ein Foto aus der Jahresmitte 2019 zeigt Grätz zusammen mit Größen der Cottbuser Türsteher- und Neonaziszene. In der Gruppe auf diesem Foto steht auch Martin Miethke, ein Cottbuser Neonazi und Bodybuilder, der sich als Verkäufer von Fitnessartikeln mit einem Ladengeschäft selbstständig gemacht hatte. Anfang März 2020 wurde Miethke in Cottbus unter weiterhin ungeklärten Umständen erschossen.

Grätz hingegen war zeitweise verantwortlich für das Bekleidungsgeschäft „Blickfang", in bester Lage in der Cottbuser Innenstadt angesiedelt. In dem Laden werden hauptsächlich Artikel der aus dem

Milieu stammenden Marke „Label 23" verkauft. Mit der Marke und dem „Blickfang" ist der Kickboxer und Kampfsportler Markus Walzuck verbunden. Der Laden war vor Jahren einer der Schauplätze von handfesten Auseinandersetzungen im kriminellen Milieu der Stadt. Nachdem der „Blickfang" 2013 mit Feuerlöschern verwüstet wurde, beteiligte sich Walzuck führend an einem Überfall auf ein Mitglied der Hells Angels. Der Rocker wurde niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. 2014 stand Walzuck mit zwei weiteren Tatbeteiligten vor Gericht und erhielt eine fünfjährige Haftstrafe.

Seit 2018 wird gegen Mitglieder dieser Szenerie unter dem Namen „Kampfgemeinschaft Cottbus" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Allein im Raum Cottbus werden ihr 400 Personen und in der Stadt selbst 170 Personen zugerechnet. Es seien Überfälle auf Journalist*innen geplant worden, die kritisch über den Rechtsextremismus der Region berichtet hatten. Zudem geht es um Körperverletzungen, Verstoß gegen das Waffengesetz, Steuerhinterziehung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Administrator einer zentralen Handychatgruppe war der lokale „Identitären"-Anführer Markus Wisheit.

Um Beweise zu sichern, erfolgten im April 2019 Razzien bei insgesamt 19 Beschuldigten. Es traf auch den mitterweile ermordeten Miethke, Kampfsportler Walzuck – und den Neugastronomen Grätz. Durchsucht wurden unter anderem Objekte in Frankfurt (Oder) und in Kühlungsborn (Mecklenburg-Vorpommern), wo Grätz Bekleidungsgeschäfte mit dem Namen „Frauenzimmer" betreibt. Man darf also schlussfolgern: So ganz harmlos und unpolitisch, wie der Geschäftsmann Daniel Grätz sich darzustellen versucht, ist er tatsächlich nicht.

Die beiden Einrichtungen in Burg ergänzen derweil das Portfolio der Immobilien und Geschäfte, die der regionalen Neonaziszene zur Verfügung stehen. In Lübben trainiert die neonazistische „Northsidecrew" Kampfsport in einer ehemaligen Discothek. In Cottbus unterhält das Rechtsrocklabel „Rebel Records" den „Devils Right Hand Store". Der „Blickfang"-Laden ganz in der Nähe wird genauso weiterbetrieben. Nur mit der „Mühle", die „Zukunft Heimat" ein paar Häuser weiter Mitte 2018 einrichtete, wollte es nicht so recht klappen. Zur Jahresmitte 2020 musste der „patriotische Bürgertreffpunk" wieder schließen. Das AfD-Bürgerbüro, dass sich im gleichen Gebäude befindet, ist allerdings noch in Betrieb.

Für Grätz' Gewerbe in Burg könnte derweil das Neonazi-Geschäftsmodell von Lindenau Pate gestanden haben. In diesem Südbrandenburger Ort hat vor einigen Jahren der ehemalige „Blood & Honour"-Anhänger Sebastian Raack seinen Lebensmittelpunkt und seine Geschäfte verlegt. Sein Rechtsrocklabel „One People One Struggle" (OPOS) und die Neonazi-Kleidungsmarke „Greifvogel Wear" vertreibt Raack von dort aus. Zudem hat er die „Parkgaststätte" übernommen und einen Pizzabringdienst „Pizza 18" eröffnet. Neonazigeschäfte auf der einen Seite und Fremdenverkehr und Gastronomie auf der anderen gehen in Südbrandenburg offenbar ganz gut zusammen. •

Kein Schloss für „Identitäre" in Sachsen

Im Herbst 2019 waren Anhänger der „Identitären Bewegung" (IB) unterstützt von einem Leipziger IT-Unternehmer im Landkreis Mittelsachsen auf Immobiliensuche. Und das beinah erfolgreich: Der Kaufvertrag für das Schloss in Reinsberg war bereits unterschrieben, als die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht wahrnahm und das ehemals als Hotel genutzte Objekt selbst erwarb. Zuvor war bekannt geworden, dass der Käufer das Objekt an die „Identitären" weitervermieten wollte. Ziel der IB dürfte gewesen sein, das Schloss als Veranstaltungs- und Wohnraum für ihr neurechtes Netzwerk zur Verfügung zu stellen. Laut dem Recherche Twitter-Account „Rechercheplattform zur Identitären Bewegung" sollen die beiden „Identitären"-Kader Phillip Thaler und Till Lucas Wessels bei der Besichtigung der Immobile dabei gewesen sein. Ersterer ist Teil eines Projektes der IB namens „Schanze Eins", welches den Kauf von Immobilien zum Ziel hat. Ob die Aktivitäten in Reinsberg mit dem Projekt in Zusammenhang stehen, bleibt jedoch nur Vermutung. Unterstützung beim Kauf des Schlosses Reinsberg erhielten die IB-Kader von dem IT-Unternehmer Nicolas Schulmann. Schulmann ist kein Unbekannter: Auf dem Wohn- und Firmensitz des ehemaligen Piratenparteimitglieds im Schlosspark Knauthain fanden bereits mehrere Neofolk-Veranstaltungen statt, wie das „Fire & Sun-Festival". Neofolk ist eine besonders unter der neuen Rechten beliebten Musikrichtung. Wenig verwunderlich, dass die Konzerte in Knauthain u.a. von Götz Kubitschek und Ehefrau Ellen Schenke („Ellen Kositza") besucht wurden, wie das Musikmagazin „Rolling Stone" in einer Reportage berichtete. Es geht bei solchen Konzerten nicht nur um Musikkonsum, sondern auch um Netzwerkpflege. Auf Bildern der 2016er-Ausgabe des Festivals sind der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer, der Pressesprecher der 2014 ausgeschiedenen NPD-Fraktion Thorsten Thomsen und Carsten Müller, Begründer der völkischen Vereinigung „Orphische Kreise" zu erkennen. Müller sprach 2017 auch bei PEGIDA in Dresden. Die Verstrickungen des IT-Unternehmers Schulmann in rechte Kreise zeigte sich wenig später erneut. Auf einen Tweet des „Antifa Recherche Teams Dresden" in dem Nicolas Schulmann namentlich mit dem Hauskauf in Verbindung gebracht wurde, antwortet dieser mit einer Unterlassungserklärung durch die Anwaltskanzlei Höcker. Der Chef der Anwaltskanzlei Ralf Höcker ist auch ehemaliger Chef der Werte Union, sowie bekannter Medienanwalt u.a. der AfD. Auf der ersten Messe der „freien Medien", welche 2019 von der AfD Fraktion in Berlin organisiert wurde, hielt Höcker hielt einen Vortrag unter dem Titel „Flood them with shit – überschwemmt sie mit Scheiße". •

NS-SZENE

Die Ermittlungen zur Neonazi-Anschlagserie in Berlin stagnieren seit Monaten. Dennoch wurden in den letzten Wochen immer wieder neue Details bekannt, die erklären könnten, woran das liegt.

Neukölln-Komplex wird immer komplexer

Es wurde als großer Erfolg der Sonderermittler der BAO Fokus beim Berliner LKA verkauft: Man habe Ende 2019 eine verschlüsselte Festplatte des Hauptverdächtigen der Anschlagserie, dem Neuköllner Neonazi Sebastian Thom geknackt, hieß es in den Medien. Auf dieser wurde eine über 500 Personen umfassende Datensammlung zu politischen Gegner*innen gefunden. Möglicherweise ein wichtiges Indiz in den seit Jahren stagnierenden Ermittlungen gegen rechten Terror in Neukölln und anderen Berliner Bezirken, bei dem über 50 Anschläge auf PKWs und Wohnungen von Nazigegner*innen verübt wurden.[1] Zumal diese zuletzt mehrfach durch Skandale überschattet wurden, wie z.B. ein Politiker der Linken, der nicht vor einem Anschlag gewarnt wurde, obwohl Neonazis unter den Augen von LKA und Verfassungsschutz diesen ausspähten.[2]

Schnell wurde allerdings klar, keineswegs hat sich hier langer Ermittlungseifer ausgezahlt, sondern die Daten wurden bei einer späteren Durchsicht der Festplatten im Papierkorb des Betriebssystems entdeckt. Angeblich waren die Datensätze bei einer ersten Auswertung kurz nach der Beschlagnahme Anfang 2018 übersehen worden.

„Der ist AfD-Wähler"

Nicht übersehen, aber einfach ignoriert hat zudem der leitende Staatsanwalt Uwe Storm einen bemerkenswerten Vermerk in den Akten zu dem Ermittlungskomplex: „Also die Staatsanwaltschaft ist auf unserer Seite, der ist AfD-Wähler", schrieb der zweite Hauptverdächtige der Serie Tilo Paulenz zu seinem Neuköllner AfD-Kollegen Jörg Kapitän per Telegram-Messenger am 27. März 2017 nach einer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft. Zu diesem Zeitpunkt war sich Paulenz nicht bewusst, dass gegen ihn wegen der Anschlagsserie ermittelt wird bzw. werden würde. Er wurde lediglich als Zeuge nach einer Auseinandersetzung um einen AfD-Infostand angehört. Insofern lässt sich ausschließen, dass er absichtlich den betreffenden Staatsanwalt korrumpieren wollte, wie Lobbygruppen aus der Justiz sofort mit Bekanntwerden des Vorgangs lancierten. Zu diesem Zeitpunkt sah er den Staatsanwalt noch nicht als einen Gegner. Bei diesem handelt es sich um den damaligen Leiter der politischen Abteilung 231 bei der Berliner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Matthias Fenner. Dieser macht offenbar keinen Hehl um seine politische Gesinnung, so wird er in der Behörde wahlweise als „rechtskonservativ" (Tagesspiegel) bzw. „stramm rechts" (taz) bezeichnet. Sein jahrelanges „Engagement" bei Ermittlungen gegen Linke führte oft zu absurdesten Strafverfahren, u.a. wurde 2017 eine antifaschistische Fahrraddemo zu einer „kriminellen Vereinigung" nach §129 verklärt.[3]

Fenner hatte als Staatsanwalt bereits vor längerer Zeit dienstlich mit Paulenz zu tun: Am 4. April 2003 attackierte eine Gruppe von rund 20 Neonazis in Südneukölln mit Baseballschlägern und Flaschen mehrere Personen aus rassistischen Motiven. Unter den Verdächtigen war auch Paulenz. Nach über drei Jahren Ermittlungen wurden lediglich drei Beteiligte angeklagt. Als der Lokalsender RBB im Jahr 2006 Fenner fragt, ob sich angesichts der langen Verfahrensdauer die Justiz „im Tiefschlaf" befände, erklärt er, „dass die personellen und sachlichen Ressourcen der Strafverfolgungsbehörde und der Gerichte begrenzt" seien.[4] Fenners Überlastung überrascht nicht, in dieser Zeit zog er gleich mehrere Verfahren gegen Antifaschist*innen an sich und versuchte aufwändig, diese zu kriminalisieren.[5]

Obwohl der Auswertungsbericht mit Paulenz' Einschätzung von Fenner als AfD-Wähler bereits am 27. Februar 2019 verfasst wurde, tat Staatsanwalt Storm nichts mit dieser Information über seinen Abteilungsleiter. Erst als die Nebenklageanwältin eines Betroffenen Teile der Akte einsehen konnte, fiel der Sachverhalt auf. Sie legte Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft ein, die daraufhin Fenner und Storm in andere Bereiche umsetzen ließ.

„dienstlich nicht begründbare Anfragen"

In einem Zwischenbericht der BAO Fokus vom Februar 2019 heißt es, man hätte „einen möglichen Informationsabfluss aus der Polizei Berlin in rechtsextremistische Kreise" überprüft, indem alle Abfragen aus der Polizeidatenbank über Betroffene ausgewertet wurden und käme zu dem Schluss, dass es „keinen Hinweis auf missbräuchliche Datenabfragen" gebe. Dem widerspricht die Berliner Datenschutzbeauftragte. Sie kritisierte im August öffentlich den mangelnden Aufklärungswillen der Behörde zu dubiosen Datenabfragen über Betroffene der Anschlagsserie. Denn anders als von der BAO behauptet, gab es bei mindestens zwei Betroffenen, die sich an die Datenschutzbeauftragte wandten, sehr wohl Abfragen durch Polizisten, die sich



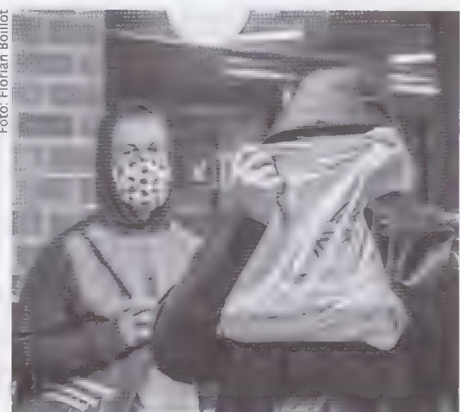


Foto: Florian Boillot

Links: Oberstaatsanwalt Matthias Fenner
Rechts: Die Hauptverdächtigen der Anschlagsserie Sebastian Thom und Thilo Paulenz am 31. August 2020 in Berlin vor Gericht

nicht „nachvollziehbar dienstlich begründen" ließen. Konkret handelt es sich um diverse Abfragen durch zwei Beamte vom LKA 52, Staatsschutz PMK-links sowie von einem dritten Beamten, zu dem die Auskunft gesperrt sei. Anlass für die Überprüfung war, dass trotz kürzlichem Adresswechsel die Täter zeitnah die neue Anschrift zweier Betroffener herausbekamen und Morddrohungen wie „9 mm für [...]" und „Kopfschuss" sprühten. Die Polizei verweigert bislang die weitere Aufklärung.

Ein politischer Wille bei Verantwortlichen, diesen unkontrollierten Datenabfluss aus Polizeidatenbanken zu unterbinden, ist beim rot-rot-grünen Berliner Senat nicht zu erkennen. Seit Jahren thematisiert die Datenschutzbeauftragte dieses Problem, spricht davon, dass „regelmäßig unberechtigte Abrufe in POLIKS durch Polizeimitarbeitende gemeldet" werden sowie das „derzeitige System der Personensuche" sogar komplett „rechtswidrig" sei.[6] So konnte der Polizist Sebastian K. mit seinen Helfer*innen Ende 2017 Drohbriefe an linke Aktivist*innen zusammenstellen.[7] Mindestens fünf Personen fanden sich sowohl dort, als auch in Thoms Datensammlung.

Bei Observationen „auffällig zurückgehalten"

Gänzlich untätig blieb der Staat nicht, bislang brachte die Überwachung mittels abgehörter Telefonate und Observationen durch mindestens zwei Behörden (LKA und Verfassungsschutz) aber wenig. Jedoch wurden Thom und Paulenz im August 2017 dabei beobachtet, wie sie in Südneukölln Parolen für Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß gesprüht hatten. Im August 2020 sollte deswegen ein Prozess stattfinden, allerdings war dieser gleich am ersten Verhandlungstag geplatzt. Die LKA-Observatoren hatten keine Aussagegenehmigungen von ihren Vorgesetzten. Wieder wird deutlich, die Behörden wollen ihre Methoden und Vorgehensweisen um jeden Preis geheim halten. In diesem Fall wurde es der Richterin bei der Befragung des zweiten Beamten zu viel. Sie vertagte den Prozess auf unbestimmte Zeit, bis eine erweiterte Aussagegenehmigung vorliegt.

Auch ein zweiter Prozess wurde mithilfe angeblicher Beobachtungen von Angehörigen des LKA 64 angestrengt, allerdings gegen linke Aktivisten. Sie sollen im Jahr 2017 mit Plakaten über die rechten Gewalttäter in Südneukölln informiert haben. Eine Lappalie, die nicht mal die örtlichen Beamten als Straftat beurteilten und lediglich einen Tätigkeitsbericht anfertigten. Dennoch strengten die Staatsanwaltschaft unter Fenner und das LKA 52 Hausdurchsuchungen und einen Prozess an, der jedoch in sich zusammenfiel. Nach zwei Stunden Verhandlung sagte der Richter: „Ich bin nicht der Meinung, dass das hier ein Verfahren hätte werden sollen. Freispruch ist das einzig Richtige."

Ebenfalls durch Observationen, allerdings vom Verfassungsschutz wurde im März 2017 ein bemerkenswertes Treffen aktenkundig. Eigentlich wurde anderswo ein Neonazi beschattet, der schließlich unvorhergesehen nach Südneukölln in das „Ostburger Eck" fuhr. Erst dort wurde klar, wen er dort trifft: Sebastian Thom und andere Neonazis. Als die Personen das Lokal verlassen, notieren sich die Verfassungsschützer das Kennzeichen des PKW desjenigen, der mit Thom zusammen den Ort verlässt. Dabei handelte es sich um Andreas ‚Pit' W., seines Zeichens MEK-Beamter beim LKA 6, zuständige ebenfalls für Observationen. Der Fall sorgte kurzzeitig für Aufregung bei Politik und lokalen Medien, allerdings fanden sich auch für diesen Fall wie üblich verschiedenste Ausreden aus dem Apparat. Es steht Aussage gegen Aussage, Aufklärungswille ist derzeit nicht erkennbar. Interessant ist jedoch, was „Die Zeit" von einem Verfassungsschützer gesagt bekam: „Immer, wenn es Observationen gab, haben sich die beiden Hauptverdächtigen auffällig zurückgehalten".[8] Sprechen Berliner LKA und Verfassungsschutz wie in anderen Bundesländern ihre Observationen ab, um sich nicht in die Quere zu kommen? Das zumindest ausgerechnet in dem Fall, wo sich der VS nicht in Neukölln angekündigt hatte, solch ein Zusammentreffen beobachtet wird, hinterlässt viele Fragen.

Kein Ende in Sicht

Die jüngste Entwicklung bildet eine erneute Durchsuchung der BAO Fokus bei Thom Anfang September 2020, allerdings nicht wegen der Anschlagsserie, sondern weil er 5.000€ Corona-Soforthilfe veruntreut haben soll. Durchsuchungen fanden bei Thoms Meldeadresse in Gropiusstadt sowie seinem Wohnort bei seiner Lebensgefährtin Michaela K. in Rudow statt. Datenträger und Bargeld wurden beschlagnahmt.

Zudem ist für Ende September ein Abschlussbericht der erfolglosen BAO Fokus angekündigt. Innensenator Geisel will dann eine externe Kommission mit zwei bis drei auswärtigen Experten den Fall untersuchen lassen. Namen nannte er bislang keine. •

1 Vgl. Rechter Terror in Berlin-Neukolln, AIB 119 **2** Vgl. Berlin. Neonazi-Anschläge unter Aufsicht?, AIB 121 und Neonazis & Polizei. Immer wieder Berlin-Neukolln, AIB 127 **3** Vgl. Berlin: Repression nach antifaschistischer Fahrradtour, AIB 126 **4** RBB-Abendschau vom 24.04.2006 **5** Soligruppe Christian S. 2006: https://web.archive.org/web/20060810151921 www.freechristian.de.vu/ **6** Jahresbericht 2019 der Datenschutzbeauftragten **7** Vgl. Drohbrief aus dem Polizeicomputer, AIB 122 **8** Flächenbrand, DIE ZEIT Nr. 37 vom 3. September 2020

BRAUNZONE

Comics von Rechts: Zwischen Parteiprogramm und Allmachtsfantasien

Die Comic-Branche wächst. Sie ist eine der wenigen Sparten im Buchhandel, die Gewinne verzeichnen kann. Denn das Medium konnte in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum an Prestige gewinnen und sich in eher bürgerlichen Kreisen etablieren. Das nutzen zunehmend rechte Akteur*innen, um mit Comics für ihre Zwecke zu werben oder ihre menschenverachtenden Phantasien auszuleben.

Comics der Berliner AfD-Fraktion

Von Mai 2017 bis Oktober 2018 erschienen sieben vierseitige Comics auf der Homepage der Berliner AfD-Fraktion - animiert auch auf Youtube und Facebook zu finden - unter dem Namen „Emilia and friends". Emilia hat die Gestalt eines Vogels und ist überzeugte AfD-Anhängerin. Immer wieder belehrt sie ihrem Freund Erik, der die Grünen wählt, zu politischen Themen: Die notwendige Abschaffung der Umweltzone, die Berliner Finanz- und Wohnungspolitik oder die Kriminalität am Alexanderplatz. Dabei werden nur wenige menschenfeindliche Stereotype ausgelassen. So sind die gezeichneten Kriminellen in der zweiten Folge gewalttätige Geflüchtete, die Menschen bestehlen und sexuell übergriffig sind. In der siebten Folge geht es um Berliner Schulen, in denen Kinder kaum deutsch sprechen und die Integrierte Sekundarstufe alle am Lernen hindert. Erwachsene begehen in ihren späteren Berufen grobe Fehler, da sie in der Schule halt nichts gelernt haben. So schafft es Emilia immer wieder ihren völlig ahnungslosen Kumpel Erik von den politischen Zielen der AfD zu überzeugen. Gezeichnet hat sie die Illustratorin Livnat. Ein Name, der sonst nirgends auftaucht. V.i.S.d.P. ist Georg Pazderski, ehemaliger Geschäftsführer der AfD Berlin (2013), Bundesgeschäftsführer (2013 - 2015) und seit September 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

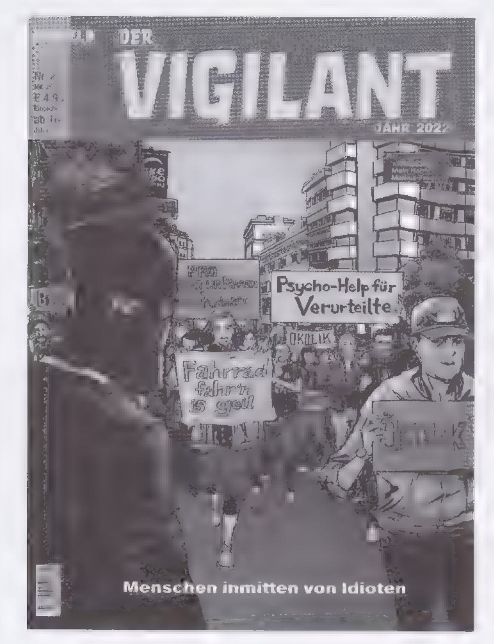
Von Höcke zum Münchner Kindle

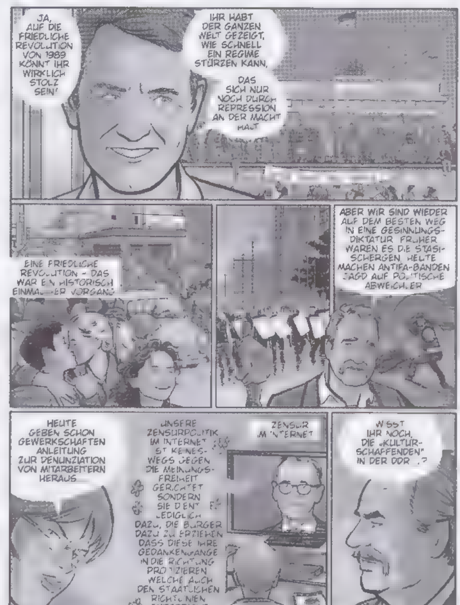
Ein Comic aus Thüringen, zwei Personen unterhalten sich: „Aber das darf man heute ja nicht mehr laut sagen...", sagt die eine. Plötzlich steht Björn Höcke vor ihnen und gibt ihnen recht: Die Meinung in Deutschland sei von Gleichschaltung in den Medien und Blockparteien diktiert. Die DDR wird als Referenz herangezogen: Deutschland sei auf „dem besten Weg in eine Gesinnungs-Diktatur." Früher die Stasi, heute „machen die Antifa-Banden Jagd auf politische Abweichler", so der besorgte Bürger. Höcke hat die Lösung, denn die Wahl der AfD käme einer friedlichen Revolution gleich.

Der Zeichner des im September 2019 erschienen Webcomics ist Gehard Schlegel. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass er seit 2013 auch Illustrator für die von der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) in Auftrag gegebenen Zeichentrickfilme mit dem Münchner Kindle ist. Dort sieht man das Münchner Kindle Menschen retten und Verhaltensregeln erklären. 2014 kandidierte Gerhard Schlegel für die AfD bei der Stadtratswahl München auf dem Listenplatz 73. Schlegel ist Teil vom Laska Comix Verlag in München, veröffentlicht dort Comics und Kinderbücher und arbeitet in der Werbung. Außerdem zeichnet Schlegel für die Liga Deutscher Helden. Superhelden-Comics aus Deutschland, einem Comicprojekt, das trotz seines abschreckenden Namens viele professionelle und auch linke Comiczeichner*innen vereint.

Vorbild Österreich

Vorbild für diese AfD-Comics dürfte das Nachbarland Österreich gewesen sein. Dort hatte Heinz-Christian Strache schon vor Jahren das Medium für sich entdeckt: Von 2009 bis 2015 verschickte die FPÖ die Comics „Blauer Planet, Sagen aus Wien und Sagen aus Österreich" an junge Wähler*innen. In den Comics tritt Strache als Superheld „HC Stra-Che" in hellblauem Anzug auf und lässt es sich neben russischen Oligarchinnen, ähh... Nymphen in heißen Quellen gut gehen. Im Wahlkampf-Comic von 2010 „Sagen aus Wien", das vom Freiheitlichen Bildungsinstitut herausgegeben wurde und in einer Auflage von 550.000 erschien, wird ein Kind von „HC Stra-Che" dazu aufgefordert, einem Mustafa mit einer Steinschleuder eine „aufzubrennen". Im gleichen Heft wird ein grün-roter Basilisk mit einem Mundwasser bekämpft. Auf der Flasche steht Odal, statt Odol. „Odal - Monatsschrift für Blut und Boden" war ein NS-Blatt, das ab 1939 von Walther Darre herausgegeben wurde, der u. a. das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) der SS leitete. Die Odal-Rune steht für „Blut und Boden" war im NS das Symbol der Reichsbauernschaft, der Hitler-Jugend und diente der SS als Divisionsabzeichen. Die Grünen klagten wegen des Comics auf Verhetzung. Das Verfahren gegen die FPÖ wurde später eingestellt.





Links: Cover der zweiten „Vigilant"-Ausgabe
Rechts: Ausschnitt aus Björn Höckes AfD-Wahlkampfcomic

Karikaturen für die FPÖ-Zeitung „Zur Zeit", die wegen eines analogen Zeichenstil auf den gleichen Zeichner hindeuten, sind mit „Hotte" signiert. „Hotte" ist Horst Grimm, der eher ein Phantom in der Comic-Szene ist. Grimm zeichnete ebenfalls für „Die Republikaner" (REPs) und die NPD. So lässt sich u. a. der Comicstrip „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma" (2014 im Newsletter „Klartext" der NPD Sachsen erschienen) zu Grimm zurückverfolgen, der die dort vermerkte „comixfabrix" leitete.

Rechte Rächer: Der Vigilant

Auch außerhalb parteifinanzierter Comics finden sich zunehmend rechte Themen in Comicform. Mitte April 2020 erschienen die ersten zwei Bände einer neuen Comicreihe namens „Der Vigiliant". Entworfen hat sie Eric Zonfeld (Zonfeld-Comics). Die Geschichte spielt 2020: Die „Blockpartei Ökolix" terrorisiert Deutschland mit „Zuhälterei, Wirtschaftskriminalität und Gutmenschentum". Es gibt ein Ministerium für „Kinder, Familie und Sexualisierung", Rechte werden auf der Straße ermordet und die Presse – der verlängerte Arm der Regierung – berichtet, dass es Selbstmord sei. Der Vigiliant ist ein Rächer (vgl. AIB 61), der Menschen überwacht und ermordet. Er ist Projektionsfläche rechter Mord- und Gewaltphantasien. Das erinnert an Bürgerwehren und die Terroranschläge von NSU, Breivik und Rathjen. Die Comics erschienen wie bereits vorherige Bücher von Zonfeld im HJB-Verlag. Der HJB-Verlag ist bekannt für seine rechte Science-Fiction-Veröffentlichungen. Ein Genre, das eine Mischung aus Verschwörungsmythen, rechtem Gedankengut und Eso-Nazi-Phantasien à la Axel Stoll bedient. Der Verlag vertreibt auch die Bücher des Schweizer Unitall-Verlages, der bekannt ist für seine Veröffentlichung „Stahlfront". Eine Romanreihe, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurde. Das Verwaltungsgericht Köln urteilte, „der Inhalt der Bücher [reize] zum Rassenhass an, verherrliche bzw. verharmlose die Idee des Nationalsozialismus, glorifiziere die Mitglieder der SS und diskriminiere Homosexuelle" (Urteil VG Köln, 11. Oktober 2011). Während der Autor behauptet, es handle sich um Satire, zeigt die Platzierung im HJB-Verlag deutlich worum es eigentlich geht: Rechte Gewalt- und Allmachtsfantasien unter dem Deckmantel der satirischen Kunst.

Hydra-Comics aus Dresden

Neu ist auch der Comicverlag Hydra-Comics. Eingetragener Geschäftsführer ist der ehemalige Bundesvorsitzende des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten" (JN) Michael Schäfer, der auch in der Kameradschaft „Wernigeroder Aktionsfront" auffiel. Im Marvel-Universum ist Hydra eine obskure, esoterische Geheimorganisation, die zur Zeit des Nationalsozialismus als Wissenschaftabteilung der SS gegründet wurde. Obwohl der Verlag noch nichts veröffentlicht hat, wird fleißig auf Social-Media-Kanälen geworben. Das erste Heft soll drei Geschichten von drei Zeichnern enthalten. Namen werden nicht genannt. Hydra-Comics behaupten, dass sie all jenen ein Zuhause bieten, die im vermeintlich linken Mainstream nicht mehr zu Wort kommen. Auch andere machen Werbung: In einem Youtube-Video spricht Alexander „Malenki" Kleine von den „Identitären" in Leipzig, über Comics von Frank Miller, aus dessen Graphic-Novel „300" die „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) ihren Ruf „Ahu!" entlehnten. Im Hintergrund ein Plakat von Hydra-Comics und ein „Einprozent"-Shirt. Hofiert wird der Verlag auch vom „Arcadi-Magazin" und „Sezession", die beide über die Neugründung berichteten. Letztere erklärt die Intention der Rechten, sich nun intensiver mit dem Medium Comic auseinanderzusetzen, damit, dass diese als Erweiterung rechter ‚Pop-Kultur' und für die einfache Vermittlung rechter Ideologien fungieren könnten.

Das lässt sich auf alle der beschriebenen Comics übertragen: Die Rechten bedienen sich eines Mediums, das als leicht zugänglich, kinder- und jugendfreundlich gilt. Wer die Zielgruppe der Comics sein soll, bleibt dabei völlig offen. Die Informationen, zum Beispiel über die geplanten Verkehrsveränderungen in Berlin („Emilia & friends") oder die Analogien zur DDR, sind zu spezifisch oder veraltet, um für Kinder oder Jugendliche spannend zu sein. Die meisten Zeichnungen haben wenig qualitativen Anspruch und die Panelstruktur ist durchweg langweilig. Die Stories sind flach, ihr Message durchschaubar. Das Medium Comic wird hier lediglich benutzt, um Wahlkampf zu betreiben und Gewalt- und Allmachtsfantasien auszuleben. •

BRAUNZONE

Recherchen zeigen, wie sich Mitglieder der Leipziger Burschenschaft Germania in geheimen Chats auf einen „Tag X“ vorbereitet haben.

Burschenschafter rüsteten zum „Rassenkrieg“

MARTIN LEONOW

Die Germania in Leipzig ist die „älteste Burschenschaft in Sachsen“. Dort finden sich „Freunde fürs Leben“, sie sichern einander „Erfolg in Studium und Beruf“. Wer die Website der pflichtschlagenden Verbindung aufruft und solche Sätze liest, wähnt sich bei einem urkonservativen Karrierenetzwerk. Einen ganz anderen Eindruck des Männerbundes, in dem man schwarz-weiß-rote Bänder trägt, hinterlassen jedoch die aufwändigen Recherchen, die seit Juni 2020 durch die Tageszeitung „taz“, das MDR-Magazin „Exakt“, die antifaschistische Rechercheplattform „Sachsen-Anhalt rechtsaußen“ und den „Informationsdienst zur AfD in Sachsen“ veröffentlicht wurden. Inhalte bislang unbekannter Facebook-Gruppen, zahlreicher Chatnachrichten und umfangreichen Mailverkehrs aus dem inneren Zirkel der Burschenschaft zeigen, dass einige Mitglieder bereits vor mehreren Jahren begonnen haben, ein Prepper-Netzwerk aufzubauen – mit einem ausgeprägten Faible für Uniformen und Waffen, voll von rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Parolen. Die Auswertung des Materials im Umfang von tausenden Druckseiten legt nahe, dass dahinter mehr steht als bloße Gewaltphantasien.

Ausgangspunkt der internen Planungen waren zwei Facebook-Chatgruppen, die im September 2015 eingerichtet worden sind. Unter den Stichworten „Zuflucht“ und „Endkampf“ tauschten sich eine Handvoll „Alter Herren“ und teils auch deren Partnerinnen über eine gemeinsame Krisenvorsorge aus. Jene Krise, das war zu dieser Zeit die wachsende Zahl von Geflüchteten, ergänzt um die eigene Überzeugung, damit einem finalen „Rassenkrieg“ entgegenzugehen. Das Narrativ war keine Erfindung der Germanen. Sie hatten wiederholt PEGIDA-Versammlungen in Dresden besucht, die damals neuen Zulauf erhielten und in deren Umfeld die Idee virulent wurde, „Bürgerwehren“ aufzustellen.

Die Überlegungen der Leipziger Bundesbrüder klangen zunächst noch defensiver: Wie schlägt man sich durch, wenn die Ordnung ins Chaos kippt? Die Chats kreisten zunächst um den Vorschlag, besonders lang haltbare Nahrungsvorräte anzulegen und einen Zufluchtsort zu schaffen, an den man sich zurückziehen kann, wenn der Tag X anbricht. Diesen Ort hat man im Landkreis Nordsachsen auf dem Grundstück des „Alten Herrn“ Jörg K. gefunden, der dafür warb, es Geflüchteten „so schwer wie möglich zu machen“. Fotos zeigen, dass in dem kleinen Dorf Equipment, u. a. Konserven in einer Art Vorratskammer eingelagert wurde, die offenbar weiter aufgefüllt werden sollten. Die Gespräche drehten sich bald auch um die Beschaffung von Waffen und Munition sowie das Abzweigen verschreibungspflichtiger Medikamente. Im Fall des Falles würde man von diesem kleinen Stützpunkt aus den gesamten Ort übernehmen und sich mit einem „militärischen Arm“ verschanzen. Die BewohnerInnen wären vor die Wahl gestellt worden: „Wer nicht mitmacht, hat zwei Tage Zeit das Dorf zu verlassen“, und wer nicht Folge leistet, müsse mit „Kopfschuss“ rechnen.

Im Chat wurde bald eine Sammelbestellung für Teleskopschlagstöcke organisiert. Einige Beteiligte gaben zudem offen zu erkennen, dass sie bereits Waffen- oder Jagdscheine besitzen, und sie hatten Tipps parat, wie man sich waffenrechtliche Erlaubnisse erschleichen könnte, etwa durch gefälschte Schießnachweise. Der Tonfall schwankte zwischen anscheinend scherzhafter Kraftmeierei und kühler Ernsthaftigkeit. Manches erinnert an das „Nordkreuz“-Netzwerk, und tatsächlich gab es im Germanen-Umfeld eine Verbindung zum militaristischen Verein „Uniter“. Es gibt außerdem Aufnahmen, auf denen augenscheinlich Schießübungen mit einem Schnellfeuergewehr zu sehen sind. Für das Waffentraining der Germanen wurde mutmaßlich eine Anlage im sachsen-anhaltischen Landkreis Wittenberg genutzt, die zu dieser Zeit keine Betriebserlaubnis hatte. Vorher war dieselbe Anlage auch durch die Bundeswehr verwendet worden. Einige Soldaten, die dort schossen, kamen von einer Dienststelle des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), des Geheimdienstes der Bundeswehr. Dieser behauptet heute, von den verdeckten Aktivitäten der Germanen nichts mitbekommen zu haben.

Dabei waren einige der Schlüsselpersonen jahrelang aktive Reservisten, dienten teils sogar als Funktionäre in Reservistenverbänden, nahmen an Wehrübungen teil und erhielten Auszeichnungen der Truppe. Einer, der eingeweiht war, schaffte es im

Frühjahr sogar in den Corona-Krisenstab des sachsen-anhaltischen Burgenlandkreises: Gunnar G.. Abseits offizieller Termine posierte man für Fotos in Flecktarn, ergänzte die Uniform mal mit den schwarz-weiß-roten Bändern der Germania, mal mit einem „Eisernen Kreuz", das nach 1945 nicht mehr verliehen wurde. Damit würde kaum rechnen, wer die Mitgliederliste der Burschenschaft überfliegt. Rund 50 Personen sind darauf verzeichnet, neben den „Alten Herren" auch ungefähr ein dutzend „Aktivitas", die noch studieren. Die meisten Bundesbrüder scheinen fest im zivilen Leben zu stehen, sie üben angesehene Berufe aus, viele sind Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Immobilienmakler und Unternehmer, einige daneben auch sozial engagiert. So könnte man leicht übersehen, dass ihre Verbindung immer noch dem völkisch-nationalistischen Dachverband „Deutsche Burschenschaft" angehört. Auf den zweiten Blick fällt denn auch auf, dass auf der Mitgliederliste der bekannte Chemnitzer Neonazi Maik O. steht oder beim Germanen-Nachwuchs der Name Paul Rzehaczeks, aktueller Bundesvorsitzender des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationalisten", auftaucht.

Ab April 2016 wurde auf andere Kommunikationskanäle, etwa verschlüsselte Messengerdienste, ausgewichen. Ein E-Mail-Konvolut, das eine zeitlich viel größere Zeitspanne abdeckt, enthält allerdings keine Hinweise, dass später ein Gesinnungswandel eingetreten wäre. Gerade unter denen, die vorher für den „Rassenkrieg" rüsten wollten, blieben Grußformeln wie „Heil und Sieg", verbale Ausfälle über „Kanacken" und das „Judensystem" durchaus üblich. Unter den E-Mails ist auch eine Nachricht, die Christopher L. ein „Alter Herr" der Gemanen, der in Leipzig als Rechtsanwalt arbeitet, im Frühjahr 2015 an rund zwei Dutzend Bundesbrüder sandte. Darin schlug er recht unumwunden vor, sich eine Linken-Landtagsabgeordnete („Drecksvieh") vorzuknöpfen – oder sich ersatzweise an ihrer Mutter zu vergreifen. Im Empfängerfeld dieses Gewaltaufrufs steht die Mailadresse eines weiteren Juristen Axel K., der ebenfalls auf der Germania-Mitgliederliste auftaucht. Er war damals für die Staatsanwaltschaft Leipzig tätig und dort unter anderem für die Verfolgung rechtsmotivierter Straftaten zuständig, heute ist er Richter am Landgericht Leipzig. Dem MDR sagte der Mann, er habe die Mail nie gelesen. Tatsächlich hatte damals niemand darauf geantwortet, jedenfalls nicht direkt. Doch rund ein halbes Jahr später kam es zu einem Anschlag auf die Eltern der Landtagsabgeordneten. Über Nacht griffen bis heute unerkannt gebliebene Täter deren Wohnhaus mit Steinen an, die teils im Inneren landeten. Die Ermittlungen verliefen im Sande und wurden erfolglos eingestellt.


Screenshot idas.noblogs.org

Stolz mit „Eisernem Kreuz" auf der Brust: Der mutmaßliche Wortführer Michael Volker S. Er pflegte enge Verbindungen zu sächsischen AfD-Abgeordneten – bis hin zum Vizepräsidenten des Landtags.

Erfolgreich ging es für einige Germanen weiter, die auch Protagonisten des Gewalt-Chats waren, so etwa für den Leipziger Michael S. Er zog 2016 nach Magdeburg und begann dort, für die damals neue AfD-Landtagsfraktion zu arbeiten. Als Referent für Arbeit, Soziales und Integration schrieb er Anfragen, Anträge und Reden. Zudem wirkte er am Aufbau der parteinahen „Friedrich-Friesen-Stiftung" mit. Neben S., der die Stimmung bei seinem Arbeitgeber als „ausgelassen hitleristisch" bezeichnete, wurde mit Hannes R. ein weiterer Leipziger Germane für die sachsen-anhaltische Fraktion tätig, beide sind offenbar auch mit sächsischen Funktionär*innen und Mandatsträger*innen der Partei bekannt. Als in diesem Sommer erste Medienberichte über die Germania-Aktivitäten erschienen sind, stellte sich heraus, dass das Germanen-Duo schon aufgestiegen war, sie hatten es mit der AfD bis in den Bundestag geschafft.

In Sachsen-Anhalt wurden die Recherchen inzwischen zum Thema einer Landtagsdebatte. AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner sagte dabei, er könne „in keinen Kopf eines Mitarbeiters schauen". Sein Fraktionskollege Robert Farle nannte die Berichte eine „alte Zeitungsklamotte". Auf der Germania-Website erschien unterdessen eine Stellungnahme, der zufolge man „überrascht" von den Chatinhalten „einiger weniger Mitglieder" sei. Der Altherrenverein habe davon keine Kenntnis gehabt und billige die inkriminierten Äußerungen nicht. „Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die betroffenen Personen, soweit ihnen der Vorwurf eines persönlichen Verschuldens gemacht werden konnte, nicht mehr Mitglieder unseres Vereins sind", heißt es weiter. Die Formulierung lässt offen, ob überhaupt jemand ausgeschlossen wurde. Die Burschenschaft existiert weiter, nur einige Social-Media-Profile verschwanden. Verfassungsschutzbehörden erklärten auf Medienanfragen, dass ihnen die Germanen-Aktivitäten nicht aufgefallen seien. Die Burschenschaft wird durch das zuständige sächsische Landesamt für Verfassungsschutz auch nicht beobachtet – trotz nachweisbarer Verbindungen einiger Mitglieder etwa zur „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" und den „Identitären".

Die sachsen-anhaltische Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, die Staatsanwaltschaft Leipzig einen Prüfvorgang – unter anderem wegen möglicher Verstöße gegen das Waffenrecht, aber auch im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Eltern der Landtagsabgeordneten. Passiert ist bis zuletzt noch nichts. •

mehr Informationen:
lsa-rechtsaussen.net
idas.noblogs.org

ANTIFA

Ein strategisches Resümee der Gruppe Redical[M] (Göttingen) und dem Antifa AK Köln nach 4 Jahren NIKA-Kampagne

Zwischen Scheitern und Aufbruch

Vor mittlerweile vier Jahren hat sich die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) gegründet, um aus der allgemeinen Ratlosigkeit in der antifaschistischen Linken nach dem sog. „Summer of Migration“, dem Pogrom in Heidenau und dem Aufstieg der AfD 2015 raus und in die Offensive zu kommen. Klar war: Der rechte Rand ist nicht genug, um AfD und ihren Helfershelfern konsequent zu begegnen. Antifa sollte anders gemacht werden. Aus den Analysen der Krisen- und Austeritätsjahre 2008 ff. sollten Strategien gegen den Rechtsruck als Folge des Krisennationalismus abgeleitet werden. Es folgten auf der einen Seite eventpolitische Aktionen, andererseits Proteste gegen die autoritäre Formierung von Staat und Gesellschaft. Gleichzeitig begann ein Aufbau- und Vernetzungssprozess regionaler Antifa-Strukturen in einigen Bundesländern unter dem NIKA-Label. Den Einzug der AfD in den Bundestag und die Landesparlamente konnten wir allerdings nicht verhindern, die Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, wie auch die neuen Polizeigesetze in NRW, Niedersachsen und Bayern nicht aufhalten. Mit Maleranzügen, manchmal auch schwarzen Jacken, Plakaten, Kleister, Akkuschraubern und Brettern, aber auch Massenblockaden und Farbeiern, hat die NIKA-Kampagne es jedoch immer wieder geschafft Nadelstiche im Rechtsruck zu setzen, junge Leute zu politisieren und gemeinsam mit vielen Anderen die Normalisierung der AfD nachhaltig zu stören.

Krisennationalismus und Soziale Spaltungen

Mit der Banken- und Finanzkrise von 2008 und den Folgen der Austeritätspolitik vorwiegend im Süden Europas, die bis heute deutlich zu spüren sind, hat sich ein spezifischer Nationalismus und Rassismus entwickelt. Er hat den Aufstieg rechtskonservativer bis faschistischer Programme in ganz Europa (und darüber hinaus) angetrieben. Wo Massenarbeitslosigkeit, fehlende soziale Absicherungen und Alternativslosigkeit zum Trauerspiel des Oben und Unten im Kapitalismus tiefe Furchen in der Lebensrealität hinterlassen, hat die Rechte ihre Chance gesucht. Schon an Sarrazins sozialchauvinistischen Thesen war abzulesen, woraus sich das politische Programm der „neuen Rechten“ speisen würde: Der sog. „schlanke Staat“ setzt die Konkurrenz als grundsätzliches Sozialprinzip besonders grausam durch. Verlierer*innen sind Migrant*innen, Geflüchtete, Frauen und Queers, die im Vergleich zu ihren mehrheitlich deutschen, männlichen Konkurrenten schlechtere Bedingungen und Chancen auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft, gesellschaftlicher Repräsentation und Anerkennung haben. Sie werden hierdurch leicht zum Feindbild wandelbar, denn Konkurrenz bringt klassenübergreifend Gewinner*innen und Verlierer*innen hervor. Die Chefetagen deutscher Unternehmen, als auch Mitarbeiter*innen kleiner Betriebe nehmen die rassistischen Diskurse auf und treten weiter nach unten. Sozialchauvinisten wie Thilo Sarrazin versuchen genau dieses Prinzip, um gepart mit völkischen und biologistischen vermeintlich wissenschaftlichen Thesen, dieses Oben und Unten – Gewinnen und Verlieren in der Konkurrenz – zu verewigen. Mit Claims wie „Soziale Kämpfe statt Volksgemeinschaft“, aber auch der feministischen Ausbuchstabierung der NIKA-Kampagne und den Aktionen gegen Abschottung und Festung Europa, wollten wir diesen Analysen Rechnung tragen. Wo Abwehrkämpfe zu kurz greifen, wird gute Zusammenarbeit mit unseren feministischen und antirassistischen Genoss*innen gebraucht. Mit der Debatte um die sog. „neue Klassenpolitik“, gibt es zudem eine Wiederbesinnung der Linken, aktuelle Potentiale anhand eines ausdifferenzierten Klassenbegriffs zu erarbeiten. Gezeigt hat sich: die globalen feministischen Kämpfe, wie auch die Kämpfe um Migration bieten – gerne verbunden mit Fragen von Gerechtigkeit und Klassenkampf- gute Ansatzpunkte, um breit aufgestellt gegen die Rechten vorzugehen.

Über das Bürgertum und andere Wiederholungstäter

Rechte brauchen Nährboden: Die AfD erlebte zwar immer wieder einige Konjunkturschwankungen, konnte sich lange aber weitgehend ungestört durch die Haltungen und Handlungen des liberalen Bürgertums etablieren. Die verheerenden Strategien der Sozialdemokrat*innen, die stets den Dialog mit der AfD gesucht haben, um sie in mittelklassigen Talkshows zu „entlarven“, sind offensichtlich gescheitert. Statt über die AfD zu reden wurde stets mit ihr geredet. Die anfänglichen Skandale und Tabubrüche wurden zur immer grausameren Normalität. Ob der Schießbefehl auf Geflüchtete an den EU-Außengrenzen oder die Lagerisierung von Geflüchteten unter menschenverachtenden Bedingungen – was für einen anfänglichen Auf-



schrei sorgte, wurde in der Folge von bürgerlichen Parteien umgesetzt. Die AfD schien zum festen Ansprechpartner der allgemeinen politischen Öffentlichkeit zu werden. Doch der Fall Kalbitz und die nun aufgrund des jahrelangen antifaschistischen Drucks drohende Beobachtung der ganzen AfD durch den VS zeigen, was hilft: gute Recherche, langfristiger Druck, keine Kompromisse mit Faschisten. Hier heißt es dranbleiben: Die Festung Europa hat Helfershelfer, diese gilt es immer wieder zu markieren und anzugreifen. Antifa bleibt Handarbeit.

Weitermachen

Mit der NIKA-Kampagne ging es von Beginn an auch darum, Chancen und Potentiale gegen den Rechtsruck zu pushen und den radikalsten Teil in den Bewegungen gegen das Polizeigesetz, bei der Seebrücke und Unteilbar zu bilden. Wie gut uns das gelungen ist, ist streitbar. Neben den zumindest Teilerfolgen der breiten Bündnisse gegen die Polizeigesetze beispielsweise in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen konnte deren Durchsetzung zwar nicht verhindert werden, der öffentliche Druck zwang die Gesetzgeber aber zu einer Abschwächung. Auch durch die Seebrücke konnten die Abschiebezentren der CSU unter Seehofer in ihrer bayrisch-barbarischen Konzeption nicht vollständig umgesetzt werden. Mit der Verbindung Antifa & Antira, z.B. beim gemeinsamen Block mit dem „NSU-Tribunal" und „We'll Come United" bei der Unteilbar-Demo in Dresden im August 2019, haben wir versucht, aus den Fehlern zu lernen und dem mehrheitlichen Schweigen der deutschen Antifa in Bezug auf den NSU und der rassistischen Debatte um „Dönermorde", aber auch den nachwirkenden Erfahrungen aus Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda zumindest ein Stück weit Rechnung zu tragen. Der Kontakt zu Basisinitiativen und Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete hat sich verbessert. Die letzten pogromartigen Ausschreitungen konnten nicht verhindert werden. Gewachsene Reisebereitschaft und Feuerwehrpolitik sind wichtiger Bestandteil einer spontanen und aktionistischen Antifa-Bewegung, können ihr Potential wiederum nur entfalten, wenn sie in eine verbindliche Organisierung und einen politischen Resonanzboden eingebettet sind. Wir wollen aber gewiss nicht so tun, als ob wir in der Lage wären rechts-terroristische Attentate mit der aktuellen Stärke der antifaschistischen Bewegung zu verhindern. Im Gegenteil: Halle, Hanau, Kassel und der NSU 2.0 zeigen uns, wo unsere Schwächen liegen und wo wir versagen.

Handlungsschritte

Antifaschistische Praxis, die sich aus den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ableitet, sollte ein paar Punkte mitdenken: Antifa braucht Resonanzboden und Vernetzung. Die vielerorts entstandenen Initiativen in Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt in Deutschland stellen die Schnittstelle zwischen staatlichen Antifa-Strukturen, Selbstorganisation von Migrant*innen und radikalen Kräften dar. Wenn wir in die Offensive kommen wollen, müssen wir in die lokalen Auseinandersetzungen intervenieren und ansprechbar werden. Wenn unzählige Neonazis bewaffnet im Untergrund sitzen und sich rechtsterroristische Attentate häufen, darf der Diskurs nicht im Für und Wider von Blockaden stecken bleiben. Das bedeutet auch Faschist*innen klar zu benennen und den Diskurs um vermeintlich gemäßigtere Teile der AfD anzugreifen – und sie als das zu bezeichnen, was sie tatsächlich sind: das organisatorische Rückgrat des neuen Faschismus. Und es bedeutet auch kreativ und erfinderisch in unseren Aktionsformen zu sein. Mit der Verknüpfung von Antifaschismus mit Antirassismus und Feminismus sind in den letzten Jahren verschiedene erfolgsversprechende Projekte entstanden und so werden wir vielleicht in Zukunft besser unserer Aufgabe nachkommen: dem Rechtsruck konsequent entgegentreten, auf der Straße, im Wahlkampf und vor den Parlamenten. •

ANTIFA

Für einen internationalen Antifaschismus!

EIN GASTBEITRAG VON „NS-VERHERRLICHUNG STOPPEN"

Das Kardiogramm, welches einen Herzstillstand abbildet, ist vielen Antifaschist*innen aus den Mobilisierungen gegen die Heß-Aufmärsche zu Beginn der 2000er Jahre in Erinnerung geblieben. Es steht für das vorzeitige Ableben von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, der 1987 durch einen erfolgreichen Suizid ein letztes Mal das Heft in die Hand nahm. Die Stärke der 2001 ins Leben gerufenen Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen" war neben der erfolgreichen Mobilisierung gegen die Neonazi-Aufmärsche eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Mythen, die ihren Ursprung in der Propaganda alter Nazis haben und bis heute in breite gesellschaftliche Teile hineinwirken. Dazu gehört die Erzählung der Stadt Dresden als Opfer des „alliierten Bombenterrors", der Mythos der „sauberen Wehrmacht", die zu rechten Heldengedenken wie in Halbe (Brandenburg) führten ebenso wie die Erzählung des „Friedensfliegers Heß" und seiner angeblichen Ermordung durch die Alliierten. Zumindest in Deutschland war es seit dem Ende der Großaufmärsche in Dresden, verschiedener Heldengedenken wie in Halbe oder dem Opfermythos um das „Rheinwiesenlager" in Remagen dank vielfältiger antifaschistischer Interventionen ruhiger geworden und der mobilisierende Effekt von Aktionen mit NS-Bezug hatte abgenommen. Dies lag neben dem Widerstand auf der Straße auch an staatlichen Maßnahmen wie dem sogenannten Wunsiedel-Urteil, das ein Verbot von Aufmärschen mit NS-Bezug zumindest rechtlich möglich machte. Dass Antifaschist*innen gut beraten sind, nicht auf staatliche Verbote zu hoffen, haben die Heß-Aufmärsche 2017 in Berlin-Spandau und 2018 durch Berlin-Friedrichshain und Berlin-Lichtenberg gezeigt. Als die Neonaziszene im Jahr 2017 bundesweit mobilisierte, um 30 Jahre nach dessen Tod ein Revival der Heß-Aufmärsche zu initiieren, fing der Puls vergessener Nazimythen wieder zu schlagen an. Antifaschist*innen sind seitdem wieder mehr gefordert, sich mit der Verherrlichung des Nationalsozialismus inhaltlich wie praktisch auseinanderzusetzen.

Vernetzung von Neonazis in Europa

Im Windschatten der in allen europäischen Ländern stärker werdenden autoritären rechten Parteien und Bewegungen haben sich in den letzten Jahren neofaschistische Bewegungen etabliert. Ihren Schwerpunkt haben sie in Osteuropa, insbesondere in den Ländern, die während des Zweiten Weltkrieges aktiv mit Nazi-Deutschland zusammengearbeitet haben. Dort finden jährlich internationale Neonazi-Großveranstaltungen mit international angereisten Mitgliedern der extremen Rechten statt, auf denen Kriegsverbrecher und Massenmörder des Nationalsozialismus gefeiert und geehrt werden. Neben dem Gedenken an lettische Kollaborateure und Angehörige der Waffen-SS in Riga (Lettland) sind auch der „Lukov-Marsch" in Sofia (Bulgarien) und der „Tag der Ehre" in Budapest (Ungarn) fester Bestandteil im jährlichen Eventkalender von Neonazis aus ganz Europa. Strukturen wie „Blood &Honour", „Hammerskins" sowie als Parteien getarnte Kameradschaftsstrukturen von „Der III. Weg" und „Die Rechte" aus Deutschland beteiligen sich jedes Jahr an diesen Events. Der dortige kontinuierliche internationale Austausch und das gewonnene Selbstbewusstsein finden auch in Deutschland in einer Neuauflage neonazistischer Aufmärsche mit klaren NS-Bezug ihren Ausdruck. Für deutsche Neonazis sind diese internationalen Veranstaltungen von besonderer Bedeutung, denn dort können sie in aller Öffentlichkeit zu den Leitbildern, Parolen, Losungen und Symbolen des NS-Regimes stehen. Seit 1997 versammeln sich jährlich tausende Neonazis aus ganz Europa im Februar zum sogenannten „Tag der Ehre" in Budapest. International angereisten militanten Rechten wird dort eine Art Gedenkwoche bestehend aus Demonstrationen, RechtsRock, NS-Folklore und Leistungssport geboten (Vgl. AIB 122). In diesem Jahr kamen etwa 500 TeilnehmerInnen in den Városmajor-Park in Budapest. Im Anschluss an die dortige „Gedenkstunde" folgt noch eine Art „Wehrsport-Übung". Auf den bis zu 60 Kilometer langen Marschwegen nach Szomor stellen die Teilnehmenden den „Ausbruch" der eingekesselten NS-Soldaten vom Februar 1945 nach. Dieses Gedenkformat wird als Wanderung durch die Buda-Hügel in „historischen Uniformen" auch im offiziellen Verzeichnis touristischer Führungen gelistet. Laut Presseberichten gibt es dafür sogar staatliche Zuschüsse. Dass Neonazis die „Wanderung" nutzen, um NS-Insignien zur Schau zu stellen, stört da nicht. Weil ihnen für das Zeigen von NS-Symbolen keine Strafe droht, können sie sich offen zu erkennen geben. Zur Erinnerung: 1945 wurde erfolglos versucht, aus einem Kessel





Fotos Presseservice Wien

Auf historischen Marschwegen können Neonazis den erfolglosen Ausbruch vom Februar 1945 in „historischen Uniformen" nachstellen. („Führerbild" und Stempelsammlung inklusive).

der Roten Armee zu entkommen. Angesichts der vorrückenden Roten Armee ignorierten die Angehörigen von Wehrmacht, Waffen-SS und kollaborierenden ungarischen Kampfverbänden den direkten Befehl zum Ausharren. Zur politischen Legendenbildung eignet sich diese militärische Niederlage eigentlich kaum. Deshalb wird seit 1997 kontinuierlich daran gearbeitet, die Fahnenflucht in einen Akt der Verteidigung Europas vor den vorrückenden Kommunisten umzudeuten. Die ungarische Regierung ist eine der treibenden Kräfte des Geschichtsrevisionismus in Europa. So wirbt Premierminister Victor Orban unter anderem dafür, den realexistierenden Sozialismus mit dem Faschismus gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung ermöglicht es den Staaten, die mit dem NS-Staat Deutschland vorsätzlich kollaboriert haben, sich zu Opfern gleich zweier Regime zu erklären. Eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Nationalismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Sozialdarwinismus findet deshalb nicht statt. Stattdessen werden LGBTIQ*, Rom*nja, Sinti*zze und Jüd*innen zu Sündenböcken gemacht und antisemitische, antiziganistische, sowie trans- und homofeindliche Rhetorik sind fester Bestandteil ungarischer Politik. So formt die Geschichtspolitik Ungarns die historischen und gesellschaftlichen Grundlagen für einen reaktionär-autoritären Staatsumbau und versucht diese auch auf europäischer Ebene zu etablieren. Es verwundert daher nicht, dass Victor Orbans Partei „Fidesz" innerhalb der „Europäischen Volkspartei" (EVP) dafür wirbt, das Bündnis nach rechts zu erweitern.

Die Neuauflage einer antifaschistischen Dauerkampagne

Seit einigen Jahren wächst der Widerstand gegen das jährliche Neonazi-Großevent in Budapest. Getragen von lokalen Antifaschist*innen, studentischen Aktivist*innen, Rom*nja, LGBTIQ*-Personen, subkulturellen Zusammenhängen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gibt es sichtbare und hörbare Gegenproteste. Einen Aufruf antifaschistischer Aktivist*innen aus Budapest, sich gemeinsam über nationale Grenzen hinweg zu organisieren, um der internationalen neonazistischen Mobilisierung effektiv entgegenzutreten, haben antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen daher zum Anlass genommen, die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen" wiederzubeleben. Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, widerständige Strukturen gegen das rechts-nationale Orban-Regime in Ungarn zu unterstützen und ein lokales Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes in Budapest auf die Beine zu stellen. Seit 2019 haben mehrere Vernetzungstreffen mit Genoss*innen aus Budapest und Sofia stattgefunden. Im Januar diesen Jahres luden die Berliner Gruppen PostKom, Antifa Westberlin, North East Antifa und die Berliner VVN/BdA Aktivist*innen aus Ungarn und Bulgarien nach Berlin ein, um mit ihnen über ihre Erfahrungen aus den Gegenprotesten zum „Tag der Ehre" in Budapest und dem „Lukov-Marsch" in Sofia zu sprechen. Auf dem Kongress unter dem Motto „Sprete Fashizma" (Faschismus stoppen) wurde gemeinsam die Idee einer länderübergreifenden Vernetzung diskutiert und konkretisiert.

Im Zentrum der gemeinsamen Idee steht seitdem die Organisierung einer internationalen antifaschistischen Gegenmobilisierung zum „Tag der Ehre" im Februar 2021 in Budapest. Die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen" wird sich in erster Linie um die Vernetzung und den Austausch mit lokalen Aktivist*innen bemühen, aber auch über konkrete Aktionen gegen rechte Strukturen in Ungarn berichten. Sie setzt auf die internationale Solidarität und soll als Graswurzelkampagne Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft verbinden und ihre Kämpfe vereinen, um eine dauerhafte internationale Vernetzung von unten zu ermöglichen. Gegenseitiges Vertrauen ist dafür die Grundlage. Durch die Zusammenarbeit von Rom*nja, LGBTIQ* und antifaschistischen Zusammenhängen und gemeinsam mit Gruppen aus Österreich, Tschechien, Polen und Bulgarien soll der gesellschaftliche Widerstand gegen Nazi-Glorifizierungen in Europa vernetzt, gestärkt und sichtbar gemacht werden und ein handlungsfähiges Netzwerk von Aktivist*innen über Landesgrenzen hinweg entstehen. •

Interessierte Antifaschist*innen sind ausdrücklich eingeladen, sich an der Kampagne zu beteiligen.

nsverherrlichungstoppen.blogsport.eu
nsverherrlichungstoppen@riseup.net

DISKUSSION

#Antifa: Diskurskampf und Mindeststandards

Im Editorial der letzten Ausgabe bilanzierten wir die immer wiederkehrenden Versuche, den Begriff des Antifaschismus zu skandalisieren oder auf der anderen Seite zu verflachen, zu entwenden, zu entwerten, umzudeuten und zu vereinnahmen. Es ist deshalb notwendig, den Begriff zu schärfen und ihn zu verteidigen. Denn ihm gegenüber steht nicht weniger als ein mörderischer Rassismus, getragen von einem breit aufgestellten rechten Diskurskampf. Bereits im Zuge der Affäre um den frei erfundenen Mordversuch an AfD-Mann Frank Magnitz durch vermeintliche Antifaschisten hatte es Friedrich Burschel im AIB 122 treffend auf den Punkt gebracht: „Während bis auf höchste Ebene ein Geschrei um antifaschistische Gruppen anschwillt und ein Verbot von Roter Hilfe und Antifa gefordert wird, ignoriert eine bürgerliche Mitte mit ihren Medien schlicht, wie sehr sie mal wieder von der in Teilen offen neofaschistischen AfD für ihre Zwecke eingespannt wird. Den Kitt liefert dafür der traditionelle deutsche Antikommunismus (...). Während bei rassistischem und rechtem Terror das Auge stets fest zugedrückt bleibt, gilt schon der geringste Verdacht auf der Linken als rechtskräftiges Urteil."

Antifa – Militanz – Aufregung

Die medialen Aufreger, die einem konsequenten Vorgehen gegen Neonazis folgen, gehen an den Adressaten – der Antifa – weitestgehend ungehört vorbei. Was okay ist: Die Antifa hat keinen Sprecher und organisiert sich in unterschiedlichsten Formen. Sie kann weder jedem gefallen, noch kann sie von Allen immer verstanden werden, sie will im Wesentlichen wirksam sein. Die meisten Betroffenen von Neonazigewalt und solidarische Strukturen wissen es eh: Wer sich und andere vor Neonazigewalt schützen will, muss sich mit Selbstschutz im weiteren Sinne beschäftigen. Die Polizei ist sowieso kein Partner und die Medien können schnell zu Gegner*innen werden. Auf die eigene Kraft zu vertrauen heißt aber auch, solidarische Strukturen zu schützen, die stellvertretend angegangen werden – insofern diese nicht vorschnell einknicken und sich mit Distanzierungen aus der Schusslinie zu bringen versuchen. Bei Auseinandersetzungen mit Neonazis stehen vermehrt Teile der „Zivilgesellschaft" medial unter Beschuss, einige sind damit überfordert. Die Kampagne „Kein Ort für Nazis" aus Berlin-Neukölln schlussfolgert daher: „Selbst von AfD-Trollen und staatlichen Förderungen unter Druck gesetzt, wird sich bei jedem unglücklich stolpernden Nazi von einer lang erprobten und halbwegs erfolgreichen Praxis im Kampf gegen Neonazis distanziert. Als fader Ausweg ertönt gleichzeitig der Ruf nach den Sicherheitsbehörden".

Zwar gibt es in der bürgerlichen Mitte eine Erwartungshaltung, etwas gegen den fortschreitenden Rechtsruck in der Gesellschaft unternehmen zu müssen. Sobald sich im Kampf gegen Neonazigewalt aber die konkrete Frage „Wer und Wie?" stellt, scheint vieles von Stimmungs- und Meinungsschwankungen abzuhängen. Auf der einen Seite werden Bundesverdienstkreuze verliehen, auf der anderen Seite erleben wir Stigmatisierungen von Antifaschist*innen, die den Aufrufen der Zivilgesellschaft Folge leisten und sich Neonazis aktiv widersetzen. Die Einhegung von antifaschistischem Protest in zivilgesellschaftliche Organisationen ist dabei oft Teil des Problems geworden. Wer das Glück hat, einen spannenden und akzeptabel bezahlten Job in einer interessanten Institution der Zivilgesellschaft zu ergattern, wird durch diese Institution im eigenen Verständnis und Aktivismus mehr verändert, als sie*er die Institution verändern wird. Die ständige Unsicherheit und Abwägung darüber, wie aktiv dann noch in der Öffentlichkeit gegen Neonazis vorgegangen werden kann, wenn ein solcher Job in Aussicht steht, können robusten Antifaschismus hemmen und zur Handlungsunfähigkeit führen. Darüber hinaus kommt es im Nachgang von offensiven antifaschistischen Aktionen gegen Neonazis oft zu eiligen Distanzierungen durch sich als antifaschistisch bezeichnende Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Der Grund für diese vorschnellen Distanzierungen liegt meist darin, die nachfolgenden gegen diese Akteur*innen gerichteten Kampagnen oder Shitstorms abzuwehren. Gleichzeitig besteht die wahrscheinlich nicht unberechtigte Angst, dass staatliches Wohlwollen und Förderungen künftig ausbleiben könnten, wenn nicht vorauseilend Distanz oder sogar Abscheu proklamiert wird. Der Rechtsruck nimmt aber nicht durch Wegducken ab – vielmehr ist jede Distanzierung ein Zeichen dieses Prozesses und unnötige Selbstbeschränkung. Distanzierungen tragen gerade nicht zur Legitimierung der Akteur*innen selbst bei, sondern vertiefen ein Misstrauen in deren Handlungsfähigkeit und beschädigen das Verhältnis zur eigenen Basis. Berliner Antifa-Gruppen richteten sich deshalb mit einem Handout „10 Punkte für antifaschistische Courage" insbesondere an Akteur*innen wie Stiftungen, Bildungsträger und sich als kritisch verstehende Medien. Sie verstehen dies aber auch als einen an aktive Antifa-

Foto: Black Mosquito



schist*innen gerichteten Leitfaden und wenden sich an alle, die ihre Meinungen auf Twitter vorschnell kundtun zu müssen:

1. Keine vorauseilende Entsolidarisierung: Soll heißen, sich nicht voreilig und um erwartetem Druck von Rechts zu entgehen, von antifaschistischen Aktivist*innen zu distanzieren. Bevor die Sachlage geklärt ist, ist jegliche Distanzierung unnötig und kontraproduktiv. Vielmehr heißt es Ruhe bewahren und prinzipiell solidarisch sein.

2. Die rechtsstaatlichen Mindeststandards nicht relativieren: Es gilt die Unschuldsvermutung. Gerade von bürgerlichen Akteur*innen erwarten wir, zumindest diesen rechtsstaatlichen Standard als gesetzt zu betrachten und Personen nicht vorzuverurteilen oder ihre Persönlichkeitsrechte durch umfassende Weitergabe von Informationen zu ihrem Arbeits- oder Privatleben zu verletzen.

3. Linke und rechte Militanz sind nicht das Gleiche: Während rechte Gewalt und Terror als Mittel der Unterdrückung dienen, richtet sich linke Militanz genau gegen diese Unterdrückung. Sie stellt sich als Gegenmacht zu dieser realen Bedrohung dar. Es ist noch ein weiter Weg bis hin zu einer befreiten Gesellschaft und bis dahin sehen es viele Linke als ihre Aufgabe an, die Handlungsfreiheit von Neonazis einzuschränken. Dazu gehört es, ihnen ihre Strukturen und Ressourcen zu nehmen und das persönliche Sicherheitsgefühl zu untergraben, um sie politisch handlungsunfähig zu machen.

4. Widerstand gegen Neonazis ist vielfältig: Lange Zeit herrschte die Einsicht, dass der Kampf gegen Neonazis sich vielfältiger Aktionsformen bedient, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Über die jeweilige strategische Eignung kann gestritten werden, ohne Aktionen den antifaschistischen Gehalt abzusprechen. Ein gemeinsamer Kampf fordert gegenseitige Akzeptanz und nicht Gleichmacherei.

5. Solidarischer Umgang im Kampf: Solidarität bedeutet eine wohlwollende Prüfung der Fakten und Befragung der Betroffenen bevor öffentlich Stellung genommen wird. Dazu gehören auch die Fähigkeit, differenzierte Kritik – anstatt pauschaler Distanzierungen – abgeben und entgegennehmen zu können, ohne gleich den gemeinsamen Kampf in Frage zu stellen.

6. Skepsis gegenüber polizeilichem Handeln: Der NSU-Komplex hat aufgedeckt, dass (vermeintliche) Paranoia oft Wirklichkeit ist. Die offensichtliche Verstrickung staatlicher Institutionen in den rechten Terror hat weder zu einem Umbau der Sicherheitsorgane noch zur politischen Einsicht geführt. Gerade angesichts der fehlenden Lehren aus dem NSU-Komplex ist eine grundlegende Skepsis gegenüber polizeilichem Handeln erforderlich.

7. Grundsätzliche Kritik an den Geheimdiensten: Geheimdienste als Institutionen wurzeln in der Vorstellung, Gefahren für die Gesellschaft würden von konspirativ agierenden Extremist*innen an isolierten Enden der Gesellschaft ausgehen. Diese Konzeption hat sich als grundfalsch erwiesen. Zudem neigen Geheimdienste in Struktur und Arbeitsweise zu autoritärem Denken, weshalb sie Gefahren nur links ihres eigenen Standpunkts beziehungsweise von „außerhalb" eindringend erkennen können. Die fatalen Fehleinschätzungen zum NSU, die Beteiligung von V-Personen an der NSU-Unterstützung und die mehr oder weniger direkte Unterstützung rechter Strukturen durch den VS fordern dessen Abschaffung und nicht den weiteren Ausbau der Kompetenzen.

8. Keine unbedachte Zusammenarbeit mit der Polizei: Sich nicht auf polizeiliche Informationen zu verlassen oder vermeintlich neutrale Informationen an sie weiterzugeben, ist geboten, um sich und andere zu schützen. Die Polizei verfolgt eigene politische Interessen, nutzt soziale Medien und Ermittlungsergebnisse um die eigene Agenda voranzubringen. PR-Kampagnen sollten Antifaschist*innen nicht auf den Leim gehen und unbedarft Informationen beisteuern. Stattdessen sollten eigene Recherchen angestellt werden.

9. Medien haben die Aufgabe der Informations- und Meinungsweitergabe, der Kritik und Begleitung des öffentlichen Diskurses. Die betreffenden Akteur*innen stehen in der Verantwortung, keinen „medialen Rufmord" gegen Antifaschist*innen zu ermöglichen und das eigene Handeln kritisch zu überprüfen. Dazu gehört, keine Polizei-Zuarbeit zu leisten und einen (medialen) Strafverfolgungseifer nicht weiter zu potenzieren.

10. Auch wenn in den (sozialen) Medien eifrig spekuliert wird, heißt es an allererster Stelle: tief durchatmen. Wenn ihr euch schon äußern müsst, dann sprecht nur von euch selbst, nicht im Allgemeinen. Kommentiert nicht alles, wonach ihr gefragt werdet, sondern nur, wovon ihr Ahnung habt. Untereinander Kritik zu üben ist richtig und wichtig – in einem geeigneten Rahmen. •

RASSISMUS

Oury Jalloh

Unter den Tod im Polizeigewahrsam soll ein Schlussstrich gezogen werden

CHRISTIAN JAKOB

Es gäbe vieles, sehr vieles, was sich einem Dokument voranstellen ließe, in dem es um den qualvollen Tod eines Menschen in den Händen der Polizei geht. Die beiden Juristen Jerzy Montag und Manfred Nötzel, die im Auftrag des Landtags von Sachsen-Anhalt die Ermittlungen zum Tod des Sierra Leoners Oury Jalloh untersuchten, entschieden sich, in ihrer „Vorbemerkung" folgendes zu schreiben:

„Er war kein besonders gesetzestreuer Mensch und hatte bereits mehrfach gegen Strafgesetze verstoßen. Er konsumierte und handelte mit illegalen Drogen und war bereits mehrfach im polizeilichen Gewahrsam und in Untersuchungshaft eingesessen. Immer wieder, auch an seinem Todestag, war Ouri Jallow [sic] erheblich alkoholisiert."

Es erscheint den beiden Juristen also am allerwichtigsten, daran zu erinnern, dass Jalloh, der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Zelle des Dessauer Polizeireviers verbrannte, ein Gesetzesbrecher war.

Acht Monate hatten Montag, lange Bundestagsabgeordneter der Grünen und Nötzel, einst Generalstaatsanwalt von München, sich mit dem Fall befasst. Ihren 303 Seiten dicker Bericht trägt zur Aufklärung nichts bei. Die Vielzahl von Indizien, die auf Mord hindeuten, widerlegen Montag und Nötzel selbst nicht, meist bewerten sie sie nicht einmal. Vieles sei zu lange her, heute nicht mehr zu klären, nicht eindeutig bewiesen, könne von den Ermittlungsbehörden so oder so ausgelegt werden. Polizei und Landesregierung werden zwar heftig kritisiert, die Justiz aber entlastet.

Diese war in dem Fall lange von einem Suizid ausgegangen. 2017 nahm die Staatsanwaltschaft Dessau jedoch Mordermittlungen auf, nachdem eine Sachverständige Hinweise darauf gefunden hatten, dass Jalloh in dem Polizeirevier angezündet worden sein muss. DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hatte daraufhin einen förmlichen, öffentlich tagenden Untersuchungsausschuss in dem Fall beantragt – und zwar während das Mordermittlungsverfahren noch lief. Doch das hatte die regierende Kenia-Koalition abgelehnt und stattdessen Montag und Nötzel als juristische „Berater" eingesetzt.



„Das gesamte Handeln der Polizei am 7. Januar 2005 sei fehlerbehaftet und rechtswidrig gewesen", sagt Montag nun. „Wären diese Fehler unterblieben, dann wäre Oury Jalloh mit allergrößter Wahrscheinlichkeit noch am Leben."

Die beiden listen die Rechtsverstöße detailliert auf: Einer der Dessauer Polizisten hätte schon am Tag des Todes „völlig unglaubhafte" Angaben zu angeblichen Problemen bei der Personalienfeststellung Jallohs gemacht, heißt es in ihrem Bericht. Die Beamten hätten „Zwangsmaßnahmen" – sprich: körperliche Gewalt – gegen Jalloh eingesetzt, ohne ihm dies vorher anzudrohen. Sie haben ihm Blut abnehmen lassen, ohne dass ein Richter dies entschieden hätte. Sie haben ihn ohne richterliche Entscheidung in Gewahrsam genommen. Sie haben ihn auf dem Rücken auf einer Liege fixiert. Und sie haben Jalloh nicht „fortdauernd beobachtet". Alles rechtswidrig. Wolle man nicht davon ausgehen, dass die Unklarheiten bei den Personalien nur vorgeschoben seien, um Jalloh „widerrechtlich in Gewahrsam zu halten, sind jedenfalls erhebliche Fehler in der Dienstausübung (...) als ursächlich für die Freiheitsentziehung erkennbar," schreiben sie. Weit weniger Klarheit bietet ihr Bericht was die juristische Aufarbeitung des Todes angeht.

Eines der großen Rätsel dabei ist das Feuerzeug, dass Jalloh laut der Justiz benutzt haben soll, um sich selber anzuzünden. Es wurde erst mehrere Tage nach dem Brand in der Zelle gefunden. An seinen verschmorten Resten wurden nur „tatortfremde Fasern" gefunden, sowie nur

DNA-Spuren, die nicht von Jalloh stammen. Die Staatsanwaltschaft hatte unter anderem behauptet, dass die Fasern und DNA-Spuren auch etwa von Gutachtern oder Polizisten stammen könnten, die die Feuerzeugreste später in den Händen hielten. Überprüft wurde das nie. Nötzel und Montag halten diese Bewertung durch die Staatsanwälte dennoch für „zumindest vertretbar", schreiben sie nun.

Am 4. April 2017, nach 12 Jahren, schreibt der Dessauer Oberstaatsanwalt Folker Bittmann in einem Vermerk, Jalloh sei wohl vor Ausbruch des Feuers schon tot gewesen, vermutlich sei er angezündet worden. Dies legten mehrere Gutachter nahe, die Bittmann konsultiert hatte. Das Motiv könnte nach Auffassung Bittmanns gewesen sein, dass dem Asylbewerber zuvor zugefügte Verletzungen vertuscht werden sollten. Bittmann benennt zwei konkrete Verdächtige aus den Reihen der Dessauer Polizei.

Kurz darauf wird ihm der Fall entzogen und an die Staatsanwaltschaft Halle abgegeben. Montag und Nötzel schreiben, dies werde „bis heute als Eingriff dargestellt, der eine verfolgungseifrige Staatsanwaltschaft (Dessau-Roßlau) und deren Leiter ausgebootet habe und an eine andere Staatsanwaltschaft (Halle) übertragen worden sei, die das Ermittlungsverfahren ohne weiteres umstandslos eingestellt habe. Dahinter könne nur die Absicht stehen, das Verfahren unter allen Umständen zu beenden und so sei es ja dann auch gekommen." Doch diese Lesart sei „sachlich und rechtlich unzutreffend."

Zum einen habe Bittmann selber in Halle um Unterstützung gebeten. Zum anderen sei es richtig, die Ermittlungen nicht in Dessau laufen zu lassen, wo die Staatsanwaltschaft gegen die Polizei der eigenen Stadt hätte ermitteln müssen. „Mindestens vertretbar", urteilen Nötzel und Montag.

In Halle aber wurde die Akte schon bald zugeklappt. Bittmann habe die Ergebnisse der Gutachter eben anders interpretiert als sie, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Halle damals. Auch daran haben Nötzel und Montag nichts auszusetzen. Der zuständige Hallenser Staatsanwalt Weber habe „nachvollziehbar und völlig richtig die Lage bewertet."



Fotos Tim Luddemann

Vor allem während des ersten Gerichtsverfahrens in Dessau ab 2007 hatten Polizisten offensichtlich gelogen, darauf hatte vor allem der damalige Richter Manfred Steinhoff hingewiesen. Die Polizisten später, im Lichte der neuen Gutachten, erneut zu der Sache vernehmen, halten Montag und Nötzel für sinnlos: „Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, die den Schluss zulassen, dass neuerliche Vernehmungen zu neuen Erkenntnissen führen würden."

Lange stand die Frage im Raum, warum Polizisten überhaupt einen Brand in der Zelle hätten legen sollen. 2018 legte die Initiative Gedenken an Oury Jalloh ein medizinisches Gutachten vor, dass belegte, dass Jalloh kurz vor seinem Tod schwer am Schädel verletzt wurde. „Diese Verletzungen könnten theoretisch ein Motiv gewesen sein, ihn nachträglich zu ermorden", schreiben dazu Montag und Nötzel. Doch es gebe „heute keine Möglichkeiten, diese Verletzungen einzelnen Polizeibeamten zuzuordnen und damit auch nicht, einzelnen Beamten gegenüber den Vorwurf eines Verdeckungsmordes zu erheben." So einfach ist das.

Insgesamt sehen die beiden „keine offenen Ermittlungsansätze". Soweit Ermittlungen „nicht oder nicht sorgfältig genug durchgeführt wurden, lassen sich die Versäumnisse heute nicht mehr nachholen." Ein neues Mordverfahren sei praktisch „nur noch im Falle eines glaubwürdigen Geständnisses oder einer neuen glaubwürdigen Aussage eines Zeugen" möglich.

Montag und Nötzel „übernehmen die Täterversionen und vernachlässigen den Korpsgeist" in der Polizei, schreibt die Initiative Gedenken an Oury Jalloh. „Entgegen der vorliegenden Beweislage wollen auch sie keine weiteren Ermittlungsansätze erkennen können." Klar erkennbare Widersprüche blieben unberücksichtigt – etwa das Gutachten zu den Schädelverletzungen. Jalloh habe kein Feuerzeug gehabt und könne das Feuer nicht selbst gelegt haben, die Rekonstruktion des Brandbildes sei erwiesenermaßen nicht ohne die Verwendung von Brandbeschleunigern zu erreichen.

Ist der Bericht der beiden der Schlussstrich unter der Aufarbeitung des Falls? Keineswegs.

Seit im Juli 2020 das Justizministerium in Magdeburg die unbeaufsichtigte, vertrauliche Befragung der StaatsanwältInnen durch Montag und Nötzel als „verfassungswidrig" ablehnte, will auch die SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den die Linke seit 2018 fordert, mittragen. Für diese Legislaturperiode ist es dafür zu spät. Der Ausschuss dürfte etwa im Herbst 2021 seine Arbeit aufnehmen.

Möglicherweise wird die Arbeit des Ausschusses doch noch ein Gerichtsverfahren flankieren. Denn Mamadou Saliou Diallo, der Bruder des Toten, hat einen Antrag auf Klageerzwingung eingereicht. Dieser wurde zwar im Oktober 2019 vom OLG Naumburg als unzulässig und unbegründet zurückgewiesen. Diallo hat dagegen aber Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben, über die noch nicht entschieden ist. •

RASSISMUS

Ausnahmedasein im Ausnahmezustand

Abschiebungen, Lager und Covid-19

August 2020. Nachts um drei kommen die PolizistInnen und nehmen den Vater sowie die sieben Kinder mit. Sie werden nach Serbien abgeschoben. Die Mutter liegt wegen einer Risikoschwangerschaft im Krankenhaus und weigert sich, mit der Familie gemeinsam abgeschoben zu werden. Am nächsten Tag verlässt sie gegen den Rat der Ärzt*innen das Krankenhaus und reist „freiwillig“ nach Serbien ab. Seit dem 15. Juni 2020 gilt Serbien als Corona-Risikogebiet.

Im ersten Halbjahr 2020 wurden 4.616 Menschen aus Deutschland abgeschoben, weniger als die Hälfte des Vorjahreszeitraums (11.496). Allerdings wurden im gleichen Zeitraum 12.188 Menschen an der Einreise gehindert, also „zurückgewiesen“ und 1.051 wurden nach „illegaler“ Einreise „zurückgeschoben“. Im 1. Halbjahr 2019 wurden 6.707 Menschen zurückgewiesen und 1.525 zurückgeschoben. Die rückläufigen Abschiebezahlen werden also durch die gestiegenen Zurückweisungen und -schiebungen nahezu ausgeglichen.

Ein Trend, der BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) und Heimatministerium freuen dürfte, denn billiger als Abschiebung ist nur, wenn niemand ins Land kommt. So hatte der Unternehmensberater McKinsey bereits 2016, im Auftrag des BAMF, ausgerechnet, dass die Kosten einer Abschiebung in etwa den Kosten von 65 Tagen Aufenthalt eines „Ausreisepflichtigen“ in Deutschland entsprechen. Sobald also der Aufenthalt eines Asylsuchenden um 65 Tage verkürzt werden kann, rechnet sich eine Abschiebung. McKinsey empfahl daher, in die „Rückführung und insbesondere die freiwillige Rückkehr von Ausreisepflichtigen zu investieren, um die Dauer des Aufenthalts in Deutschland zu verkürzen.“ Durch „restriktivere Duldungsanwendung“, „konsequentere Rückführung“ und „Förderung der freiwilligen Rückkehr“ lasse sich die Anzahl der Rückkehrer „deutlich erhöhen“.

Auch könnten durch „zentrale Unterbringung von Ausreisepflichtigen auf Landesebene Verantwortlichkeiten örtlich gebündelt und die Effektivität der Organisation und Durchführung von Rückführungen erhöht werden. Eine solche Unterbringung könnte ggf. mit den Ankunftszentren verknüpft werden.“ Schon 2016 zeichnete McKinsey also die Blaupause für Seehofers AnkER-Zentren (Ankunft, Entscheidung und Rückführung) in denen Menschen „willkommen“ geheißen werden, während zwei 6-Bett-Zimmer weiter Menschen mit Polizeigewalt abgeschoben werden.

Juli 2020. Nachts um drei werden bis zu 200 Menschen, darunter viele Familien mit Kleinkindern, aus dem Bett geholt und per Sammelcharter in die Republik Moldau abgeschoben. Eine der abgeschobenen Frauen befand sich in einer noch nicht abgeschlossenen Chemotherapie, hat einen künstlichen Darmausgang. Seit dem 15. Juni 2020 gilt die Republik Moldau als Corona-Risikogebiet.

2018 wurde zwar die Zusammenarbeit von BAMF und McKinsey eingestellt, viele „Optimierungen“ haben es dennoch ins Gesetz geschafft. Unter den zahlreichen Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre sind besonders das „Asylpaket II“ (März 2016) und die beiden „Hau-Ab-Gesetze“ erwähnenswert. Das Asylpaket II beschleunigt und „vereinfacht“ Abschiebungen auch schwer kranker Menschen. Nur noch bei lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankungen ist eine Aussetzung der Abschiebung möglich, vorausgesetzt es existiert keine „inländische Gesundheitsalternative“ im Zielstaat. Bis auf wenige Länder der Welt trifft das wohl nirgendwo zu. Auch gelten Posttraumatische Belastungsstörungen seither nicht mehr als schwerwiegende Erkrankung und stellen somit kein Abschiebungshindernis mehr dar.

Das „Hau-Ab-Gesetz I“ (Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, Juli 2017) ermöglicht den Bundesländern, alle Asylsuchende, einschließlich Kinder, für die Dauer ihres Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Bereits länger in Deutschland „geduldete“ Personen dürfen seither ohne vorherige Ankündigung abgeschoben werden.

Die bis heute umfänglichste Gesetzesverschärfung wurde mit dem „Hau-Ab-Gesetz II“ (Geordnete-Rückkehr-Gesetz, August 2019) beschlossen. Die Verpflichtung zur Wohnsitznahme in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde von sechs auf 18 Monate ausgeweitet, weniger Geflüchtete werden auf die Kommunen verteilt. Mit der „Duldung light“ werden Geflüchtete weitgehend entrechtet. Eine neue „Mitwirkungshaft“ von bis zu 14 Tagen kann verhängt werden, wenn Asylsuchende angeordnete Termine nicht wahrnehmen. Die europarechtswidrige Unterbringung von Abschiebegefangenen in normalen Gefängnissen wird in nationales Gesetz ge-



meißelt und Polizist*innen dürfen jetzt ohne richterlichen Beschluss die „Wohnung" von Geflüchteten betreten.

Juni 2020. Nachts um drei kommen die Polizist*innen und legen den Eltern Handschellen an, die Familie wird nach Georgien abgeschoben. Die drei ältesten Kinder wurden in Deutschland eingeschult, die jüngeren sind hier geboren. Der einjährige Sohn ist schwerkrank, braucht Medikamente. Die Eltern werden einzeln, getrennt von den acht Kindern, zum Flughafen gebracht.

Mit dem „Hau-Ab-Gesetz-II" steigen die Bewohnerzahlen in den Lagern. In der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung stieg die Zahl der Internierten innerhalb von drei Monaten um 1 000 Menschen. 2018 lebten bereits über 200 000 Menschen in Lagern (44 207) oder Sammelunterkünften (170 492).

Mit Covid-19 kamen Kontaktverbot, überfüllte Notaufnahmen, die Debatte über das Triage-Verfahren. Menschen wurden angehalten, Abstand zu halten und auf Hygiene zu achten – Privilegien, die in vollen Lagern mit Gemeinschaftsduschen und Mehrbettzimmern nicht umsetzbar sind. Zum Ausnahmezustand des Lagerdaseins kommt der Ausnahmezustand wegen Covid-19. Laut einer Studie der Uni Bielefeld liegt die Ansteckungsrate in 42 untersuchten Sammelunterkünften bei durchschnittlich 17 Prozent, was in etwa der Ansteckungsgefahr auf einem Kreuzfahrtschiff in Quarantäne entspricht. In 30 von 42 Sammelunterkünften wurde nach Corona-Ausbrüchen Kollektivquarantäne, auch für gesunde, verhängt. Dies führt oft zu einer Ketten-Quarantäne. Fälle von ein bis zwei Monaten Kettenquarantäne sind keine Seltenheit. Nicht ohne Grund warnt das Robert-Koch-Institut (RKI) vor sogenannten „Vollquarantänen" und ruft zu Einzelunterbringung und Trennung von Infizierten und Gesunden auf.

März 2020. Ein Afghane wird in einem bundesweiten Sammelcharter nach Afghanistan abgeschoben. 2017 wird er auf einem Berliner S-Bahnhof rassistisch beleidigt und zusammengeschlagen. Der Hauptverdächtige ist Polizeibeamter der inzwischen aufgelösten Sonderkommission „Rex", die gegen rechte Gewalt in Neukölln „ermittelte". Das Verfahren gegen die rechten Schläger findet nun ohne den Nebenkläger statt.

Göttingen: Geflüchtete wurden unter polizeibewachte Kollektivquarantäne gestellt.

Als Maßgabe für eine gelungene Asylpolitik gilt spätestens seit dem McKinsey-Bericht die Zahl der Abschiebungen. Mit immer härteren Mitteln werden Abschiebungen in Bürgerkriegsländer und Corona-Risikogebiete durchgesetzt. Die Zahl der Abschiebehäftlinge steigt, oft sitzen sie zu Unrecht in Haft. Mit immer mehr Beamt*innen und drastischeren Mitteln wie Fesselungen werden Abschiebungen auch gegen Widerstand durchgesetzt. Schwerkranke bleiben in Kliniken zurück, während ihre Familien nachts abgeschoben werden.

Während sich „Covidioten" über die „Einschränkung ihrer Grundrechte" beschweren können, vegetieren hunderttausende Menschen in Lagern und Sammelunterkünften, ohne das Privileg eines eigenen zu Hause, in ständiger Angst, nachts um drei gewaltvoll abgeschoben zu werden – oder sich mit Covid-19 zu infizieren. Gesellschaftliches Triage-Verfahren, kann man das vielleicht nennen. •

GESCHICHTE

Die Angst vor schwarzen Besatzungssoldaten in Deutschland in den 1920er Jahren

Fear of a black Planet

■ Deutschland, 1920er Jahre. Das nationale Ego war stark verunsichert. Vor kurzem noch Kolonialmacht mit Ambitionen auf Weltherrschaft – und nun standen schwarze Soldaten im eigenen Land als Besatzungsmacht. Waren vielleicht doch nicht die Anderen die kulturlosen Wilden ohne Zivilisationsstandards, sondern – man selber?

Der Soziologe Max Weber fand drastische Worte: „Ein Heer von Negern, Ghurkas und allem barbarischen Lumpengesindel der Welt" würde Deutschland verwüsten. Auch Reichspräsident Friedrich Ebert ließ sich nicht lumpen. Die Verwendung „farbiger Truppen niederster Kultur als Aufseher über eine Bevölkerung von der hohen geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung der Rheinländer" würde die Gesetze der europäischen Zivilisation verletzen.

Von weißen Soldaten hätte man sich also noch etwas sagen lassen – von schwarzen Soldaten aus den Kolonien jedoch? Niemals.

Was war geschehen?

Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg verloren und musste aufgrund des Versailler Vertrages Reparationszahlungen leisten. Die linksrheinischen Gebiete sollten für 15 Jahre besetzt werden. Zur Blamage der besiegten Deutschen wurden auch schwarze Soldaten aus den französischen Kolonien eingesetzt. Dies bildete den Ausgangspunkt für einen Sturm rassistischer und antifranzösischer Propaganda zu Beginn der der 1920er Jahre.

„Schwarze Gefahr", „fremdrassige Truppen", „Schwarze Schmach am Rhein", „Schwarze Pest in Europa" und eine „Entehrung der weißen Rasse" waren die in der Presse, auf Flugblättern und auf Kundgebung am häufigsten gebrauchten Begriffe. Das Bündnis ging dabei von ganz rechts bis weit in liberale Kreise. Lediglich die USPD und die KPD hielten sich aus dieser rassistischen Kampagne heraus.

Neben der „Schmach" von „Wilden" besetzt zu werden stand besonders die Sexualität im Vordergrund. Die Kampagnen machten immer wieder auf die „Gefahr" einer „Rassenmischung" aufmerksam, welche die „rassische Reinheit" der Deutschen bedrohen würde.

Besonders zynisch: Während der Deutschen Kolonialzeit waren sexuelle Übergriffe von deutschen Kolonisten auf schwarze Frauen noch mit dem Begriff „Tropenkoller" bagatellisiert worden. Das merkwürdige Klima habe wohl dazu geführt, dass der deutsche Mann sich habe hinreißen lassen. Ihm konnte man also nichts vorwerfen. Bei der Besetzung des Rheinlandes wurden nun angebliche sexuelle Übergriffe besonders hervorgehoben. Deutsche Frauen würden systematisch „geschändet" – Vergewaltigungen würden häufig vorkommen und aufgrund der „Triebhaftigkeit" der „schwarzen Bestien" geschehen. Dabei konnte die deutsche Regierung auf Unterstützung aus dem Ausland bauen. Aus Großbritannien, Dänemark, Italien, Frankreich solidarisierten sich einflussreiche Persönlichkeiten mit der deutschen Kampagne gegen die „Schwarze Schmach" – und belegen damit eindrücklich, dass der Rassismus nicht nur eine wirkmächtige deutsche, sondern eine europäische Ideologie war. Schwedische Frauenverbände sammelten über 50 000 Unterschriften gegen die Stationierung von schwarzen Soldaten in Deutschland.

Eine besonders wirkmächtige Unterstützerin der Kampagne war die Amerikanerin Ray Beveridge (1878–1960). Rassistisch und germanophil sprach Sie auf zahlreichen Kundgebungen und füllte ganze Säle. Um die „Rassenschande" zu dokumentieren, ließ sie sich mit schwarzen Kindern fotografieren und veröffentlichte diese Bilder dann als Postkarten. Zur NSDAP hatte Beverdige von Beginn an enge Verbindungen und wurde noch 1942 von der Reichskanzlei der Führers für ihre großen „Verdienste um das Reich" finanziell unterstützt.

Die Kampagne war besonders deshalb so erfolgreich, da sich die Kategorien Rasse, Nation und Geschlecht verbanden. Der Zusammenhalt der „weißen Rasse" wurde beschworen (wodurch sich auch rassistische ausländische Protagonisten gewinnen ließen), die Abwehr des Angriffs auf die „Deutsche Frau" versprach klassen- und geschlechtsübergreifend Bündnisse. Neben dem vordergründigen Zweck, die französische Besatzungsmacht international zu ächten, basierte die rassistische Stoßrichtung auf tiefen Überzeugungen und Vorurteilen.

Die Kampagne und Wirkmächtigkeit gegen die „Schwarze Schmach" beschränkte sich daher nicht nur auf Kundgebungen und Flugblätter. In Romanen, Filmen, Zeitungen Gedichten, Karikaturen und Zigaretten-Sammelbildchen tauchte das Stereotyp des barbarischen und vergewaltigenden Schwarzen immer wieder und wie selbstverständlich auf. Diese Bilder prägten daher eine ganze Generation. Der Schriftsteller Klaus Mann berichtete davon, dass er als Kind jahrelang davon über-



Foto: Paul Castelnav, Médiatheque du Patrimoine, Dist. RMN -Grand Palais

Eine Gruppe senegalesischer Militärangehöriger bei einer Pause in Saint-Ulrich (Frankreich) am 16. Juni 1917

zeugt gewesen sei, dass „Marokkaner" während der Besatzungszeit dutzende Mädchen und Jungen vergewaltigt hätten und auch vor einer Pferde-Stute nicht halt gemacht hätten.

Adolf Hitler machte die Juden für die gezielte Stationierung der schwarzen Soldaten verantwortlich. Damit hätten diese die „weiße Rasse" schwächen und eine leichter beherrschbare „niedere" Rasse züchten wollten.

Vorurteil und Wirklichkeit

Diese weltweit mit allen Mitteln und Methoden geführte Kampagne hatte in der Realität nur eine äußerst schmale Basis. Tatsächlich begingen die Kolonialregimenter nachweislich weniger Delikte als andere Regimenter. Auch die Zahl der schwarzen Soldaten in Deutschland war relativ gering: Waren es zu Beginn noch ca. 25 000 nicht-weiße Soldaten (ca. 1/3 der französischen Truppe), sank diese Anzahl bis 1927 auf nur noch 2 000 Männer. Die Aufregung die also um diese Truppen geschürt wurde stand in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Präsenz im Alltag. Die Pazifistin Lilli Jannasch schrieb bereits 1921, dass die Vorwürfe völlig substanzlos seien: Übergriffe seien Einzelerscheinungen, insgesamt sei die Bevölkerung vor Ort sehr gut mit den schwarzen Soldaten ausgekommen. Letztere hätten auch häufig hungernden deutschen Kindern etwas von Ihren Mahlzeiten abgegeben - und wenn es doch mal zu Liebschaften zwischen den schwarzen Soldaten und weißen Deutschen kam, beruhten diese meist auf gegenseitigem Einverständnis.

Doch all diese Fakten taten der Kampagne keinen Abbruch - Das Horrorbild vom „Schwarzen Monster" hatte sich in der antifranzösischen Propaganda als so wirkungsvoll gezeigt, dass man diese nicht wegen entgegenstehender Realitäten aufgab.

Verfolgungen im Nationalsozialismus

Die Propaganda hielt sich noch in den gesamten 1920er Jahren - auch als es fast schon keine schwarzen Soldaten im Rheinland mehr gab. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten ab 1933 sollte auch die „Schmach" der Rheinlandbesatzung revidiert werden. An den ehemals stationierten schwarzen Soldaten konnte man sich nicht mehr rächen, da diese längst abgezogen waren. Also hielt man sich an deren Kinder. Eine, durch keinerlei gesetzliche Grundlage, eingerichtete Kommission fahndete ab 1937 nach Nachkommen von schwarzen- und nicht-schwarzen Eltern und ließ über 400 dieser Kinder und Jugendlichen zwangssterilisieren. Dabei konnte das NS-Regime bereits auf Listen zurückgreifen, die noch während der demokratischen Weimarer Republik angelegt worden waren. Die beteiligten Ärzte wurden nach dem Krieg zwar vor Gericht gestellt - aber durchgängig freigesprochen. Teilweise erreichten Sie hohe medizinische Posten in der BRD, z.B. als Vorsitzende der Ärztekammer.

Mit der Niederlage der Deutschen Wehrmacht rückten erneut Schwarze Soldaten in Deutschland ein - diesmal als Soldaten der US Army. Doch diesmal wurde keine Kampagne hiergegen entfacht. Stattdessen standen die Rotarmisten im Mittelpunkt der westdeutschen Propaganda. Und auch hier waren es (tatsächlich vorgekommene, aber in der Propaganda heillos übertriebene) Übergriffe auf Frauen, die die Gemüter am meisten erregte. •

GESCHICHTE

„Ich werde ihnen nie verzeihen und das nie vergessen."

Der Hamburger Stutthof-Prozess 2019/20

ADRIAN STUMPP

Von den Besatzer_innen zunächst als Gefangenenlager eingerichtet, wurde Stutthof, einen Tag nach dem deutschen Überfall auf Polen am 2. September 1939, Anfang Januar 1942 zum Konzentrationslager. Die vom SS-Lagerpersonal geschaffenen und aufrechterhaltenen Lebensbedingungen der Häftlinge zielten auf deren psychische und physische Vernichtung. Ab Mitte 1944 wurde das KZ Stutthof auch Schauplatz systematischer Vernichtungsaktionen. Deutsche Täter ermordeten zwischen Juni und Dezember 1944 mindestens 1 000 Menschen, v. a. Jüdinnen und Juden, in einer Gaskammer und einem für Vergasungen umgebauten Eisenbahnwaggon. Darüber hinaus erschossen sie jüdische Häftlinge in der im Krematorium befindlichen Genickschussanlage und mordeten mit Giftinjektionen. Insgesamt töteten die Nazis etwa 65 000 Menschen in Stutthof, ca. 28 000 davon waren Jüdinnen und Juden.



Barracken des Konzentrationslagers Stutthof nach der Befreiung 1945

Ein unbeteiligter Täter

Am 17. Oktober 2019 begann der Prozess gegen den ehemaligen SS-Wachmann Bruno Dey, der wegen dessen Minderjährigkeit zum Tatzeitpunkt vor der Jugendstrafkammer des Hamburger Landgerichts geführt wurde. Die Anklage warf Dey vor, durch seinen Wachdienst im KZ Stutthof in der Zeit vom 9. August 1944 bis 26. April 1945 Beihilfe zum Mord an mindestens 5 230 Menschen geleistet zu haben. Mit 17 Jahren wurde der gelernte Bäcker Dey zur Wehrmacht einberufen, als frontuntauglich eingestuft und zum Wachdienst nach Stutthof abkommandiert. Er zählte zu einer Gruppe von rund 500 Wehrmachtssoldaten, die ab Juni 1944 zur Verstärkung der Wachmannschaften in Stutthof eingesetzt und in die Waffen-SS übernommen wurden. Der SS-Schütze Dey leistete mindestens Wachdienst in der Postenkette um das Lager, auf den Wachtürmen und bei der direkten Bewachung von Häftlingen auf Arbeitskommandos. Er war mit einem Karabiner bewaffnet und hatte die Aufgabe Fluchten und Aufstände zu verhindern.

Vor Gericht versuchte sich der 93-jährige Angeklagte von Beginn an als willenloses Opfer äußerer Umstände zu inszenieren. Gegen die Übernahme in die SS und den KZ-Wachdienst habe er sich nicht wehren können. Sein Wille habe nicht gezählt und als Soldat habe er Befehle ausführen müssen. Bruno Dey räumte ein, auch auf dem Wachturm neben dem Krematorium und der Gaskammer gestanden

zu haben. Vom systematischen Morden wollte er jedoch nichts mitbekommen haben. Lediglich bei Gesprächen von Kameraden habe er „munkeln" gehört, dass in Stutthof Menschen vergast würden. Einmal habe er selbst gesehen, wie eine Gruppe von Häftlingen in die Gaskammer geführt worden sei. Erst als sie im Gebäude waren, habe er „Schreie und Poltern" gehört, aber nicht gewusst, dass es sich um Vergasungen handele. Und überhaupt: Was hätte er schon dagegen machen können? Wenn er versucht hätte sich versetzen zu lassen, so behauptete Dey, wäre auch kein Mensch gerettet worden. Angesichts dieser zynischen, verharmlosenden und auf Selbstentlastung zielenden Aussagen blieben die Beileidsbekundungen des Angeklagten reine Makulatur. 75 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem in dieser Zeit angehäuften gesellschaftlichen Wissen um die deutschen Verbrechen, an denen sich Dey direkt beteiligt hatte, griff der Angeklagte auf bewährte Formen deutscher Schuldabwehr zurück und präsentierte sich als unbeteiligter und zu Unrecht auf der Anklagebank sitzender alter Mann. Sein Selbstmitleid gipfelte in der gleich zu Prozessbeginn getätigten Aussage: „So habe ich mir mein Alter nicht vorgestellt!"

Die Stimmen der Überlebenden

Auch in diesem NS-Verfahren waren es die Überlebenden, die die verschleiernden Erklärungen der Täter aufbrachen und den mörderischen KZ-Alltag schonungslos schilderten. Der polnische Widerstandskämpfer Marek Dunin-Wasowicz, der im Mai 1944 aus dem Warschauer Pawiak-Gefängnis nach Stutthof deportiert worden war, erinnerte sich an die allgegenwärtigen Leichen im Lager, die neben den Häftlingen beim Appell auf dem Boden gelegen hätten und von Gefangenen in überladenen Wagen zum Krematorium gezogen worden seien. Der jüdische Überlebende Abraham Korisky schilderte die permanenten Misshandlungen durch die Wachmannschaften, die schon bei seiner Ankunft im Lager im August 1944 auf die Menschen mit Gewehrkolben eingeprügelt und Schüsse in die Luft abgegeben hätten, um die Neuankömmlinge einzuschüchtern. Rosa Bloch, die im Juli 1944 aus dem KZ und früheren Ghetto Kaunas nach Stutthof verschleppt worden war, erklärte vor Gericht, wie sie von einem SS-Mann mit einem Stuhl niedergeschlagen worden sei, weil sie versucht hatte bei der Essensausgabe etwas mehr Suppe zu erhalten. Bloch beschrieb wie allmächtig das Wachpersonal auftrat, das Häftlinge ständig hätte kontrollieren und töten können. An die Täter von Stutthof gerichtet, sagte sie: „Ich werde ihnen nie verzeihen und das nie vergessen."

Die Morde von Neustadt

Ende April 1945 ließ die SS das KZ Stutthof endgültig räumen. Etwa 2 000 Häftlinge wurden auf zwei Kähne gesperrt. Als Bewacher an Bord befand sich auch Bruno Dey. Nach mehrtägiger Fahrt über die Ostsee erreichte der Räumungstransport am 2. Mai 1945 Neustadt/Holstein. Am Strand von Pelzerhaken kam es dann zu einem der zahlreichen Verbrechen der Kriegsendphase. SS-Männer aus Stutthof und Neustädter Marinesoldaten ermordeten hier am Morgen des 3. Mai 1945 mindestens 257 KZ-Häftlinge. Die Frage nach der Rolle von Bruno Dey bei diesem Massaker war im Verfahren ausgeklammert worden. Dey erklärte, dass er mit einem Gewehr bewaffnet am „Einsammeln" von Häftlingen beteiligt gewesen sei und Leichen auf einen LKW geladen habe. Wie dieses „Einsammeln" ablief, schilderte der jüdische Überlebende David Ackermann, der die Räumung von Stutthof mitmachen musste. Ein SS-Mann habe Häftlinge, die erschöpft auf dem Boden saßen, unmittelbar neben ihm mit Genickschüssen getötet. Die Wachen trieben die Häftlinge anschließend nach Neustadt und erschossen diejenigen, die nicht mehr mithalten konnten.

Das Urteil

Am 23. Juli 2020 wurde Bruno Dey wegen Beihilfe zum Mord in 5 232 Fällen und Beihilfe zum versuchten Mord in einem Fall zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Die Richterin betonte, dass der Angeklagte seine Schuld nicht erkannt und seine Funktion in Stutthof lediglich als die eines Beobachters interpretiert habe. Den Versuch seine Taten mit einer angeblichen Befehlssituation zu rechtfertigen, ließ das Gericht nicht gelten. Das verschwindend geringe Strafmaß resultierte auch aus dem Vorhaben, das Verfahren angesichts des Alters des Angeklagten zügig abzuschließen. Die Verteidigung hatte angekündigt, bei einer Bewährungsstrafe auf eine Berufung verzichten zu wollen.

Das mittlerweile rechtskräftige Urteil hat einen neuen Maßstab bei der juristischen Bewertung von NS-Verbrechen gesetzt. Der Angeklagte wurde nicht nur verurteilt, ohne dass ihm konkrete Taten nachgewiesen werden konnten, sondern auch für den gesamten Zeitraum seines Wachdienstes in einem Konzentrationslager. Die Urteile gegen John Demjanjuk 2011 und Oskar Gröning 2015, die den bis dato notwendigen Einzeltaten-Nachweis in NS-Prozessen obsolet werden ließen, waren noch an die Tätigkeit in einem reinen Vernichtungslager, wie im Fall Demjanjuk Sobibor, und an zeitlich eingrenzbare Vernichtungsaktionen, wie bei Gröning die „Ungarn-Aktion" 1944 in Auschwitz-Birkenau, gebunden. Das Hamburger Landgericht gelangte nun zu der Erkenntnis, dass auch die Lebensbedingungen in einem Konzentrationslager vom ersten Tag der Inhaftierung ein „grausames Sterben" für die Häftlinge bedeutet hätten. Diese Erkenntnis ist nicht neu und wird von Überlebenden seit 75 Jahren kontinuierlich in die Öffentlichkeit getragen. Deutsche Gerichte hatten jedoch kein Interesse daran, ihnen zuzuhören und NS-Täter strafrechtlich zu belangen.

Ob das Urteil von Hamburg für weitere NS-Prozesse richtungsweisend sein wird, ist mehr als fraglich. Lediglich in einem der aktuell noch 14 bei deutschen Staatsanwaltschaften anhängigen Ermittlungsverfahren gegen ehemaliges KZ-Personal wurde bisher eine Anklage zugelassen. Prozesse werden weiterhin verschleppt und durch ihr hohes Alter können sich die Beschuldigten den Verfahren oftmals erfolgreich durch Verhandlungsunfähigkeit entziehen. Die deutsche Justiz, so hat es die Stutthof-Überlebende Judith Meisel auf den Punkt gebracht, hat NS-Täter wie Bruno Dey sieben Jahrzehnte in dem Glauben gelassen, in ihrem Leben nichts falsch gemacht zu haben. •



Der Mordanschlag in Solingen

Ein weiterer „Betriebsunfall“ des Verfassungsschutzes?

Wurde der mörderische Brandanschlag auf ein Solinger Mehrfamilienhaus im Jahr 1993 durch den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen nicht nur begünstigt, sondern hat dieser die Aufklärung des Anschlags auch sabotiert? Seit langem bekannt ist: Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen war mit dem Neonazi-V-Mann Bernd Schmitt den rassistischen Mördern sehr nahe[1]. Neu ist: Er scheint mit einem weiteren V-Mann in der Antifa-Szene einiges dafür getan zu haben, um diese Verbindung zu verschleiern. Wir haben uns schon fast daran gewöhnt: Verfassungsschützer_innen tun was sie tun, weil sie glauben oder eher wissen, dass sie es können. Sie tun es unkontrolliert, ohne Ende und vollkommen entgrenzt in Bezug auf


Foto: Sir James in der Wikipedia auf Deutsch (CC BY-SA 2.0 DE)

ein Bewusstsein für die Handlungskonsequenzen. Am Ende wurde einmal mehr die extreme Rechte gestützt, auf Kosten der Opfer neonazistischer Gewalt. Als Fazit angesichts der Morde gegen die Familie Genç und anderer Ermordeter in NRW bleibt erneut: Der VS und mit ihm der Staat hat mit gemordet. Und er hat in diesem Fall versucht mittels Einsatz von geheimdienstlichen Mitteln genau das zu vertuschen, um den Skandal nicht auffallen zu lassen. Ungeschickt, weil das Wissen um die Rolle ihres V-Mannes da eigentlich schon dank der „Antifa NRW-Zeitung" unvermeidbar in der Welt war. Für die bespitzelten Autonomen dennoch schmerzhaft, weil die nachrichtendienstliche Quelle namens Pietsch eine angesetzte staatliche „V-Person" war, der in dieser Rolle an Schäbigkeit kaum zu überbieten ist. In seinem Fokus waren Antifaschist_innen und autonome Strukturen, es galt offenbar die linke Szene in Wuppertal und Solingen unter Kontrolle zu haben und ihr dort den einen oder anderen Denkzettel zu verpassen. Kurzum, vor uns liegt eine weitere verdammte Schlapphut-Saga, die viel darüber sagt, dass staatliche Institutionen rassistische Morde nicht verhindern, Antifaschist_innen aber kriminalisieren, verprügeln und bespitzeln. Weil der Staat es kann, weil er niemandem Rechenschaft schuldig ist, weil er in der Lage ist Skandalisierungsversuche „wegzulabern". Mit einem anlässlich des 27. Jahrestages des Mordanschlags in Solingen im Mai 2020 veröffentlichten (Teil) Interview – in dem die abgeschaltete V-Mann-Quelle Johannes Pietsch einem Journalisten seine eigene Sicht auf die Geschehnisse darlegt – wurde das Vorgehen des Geheimdienstes rückwirkend öffentlich gemacht.[2]

Der Brandanschlag

Am 29. Mai 1993 wurde ein Wohnhaus in Solingen aus rassistischen Motiven in Brand gesteckt. Gülüstan Öztürk (12 Jahre), Saime Genç (4 Jahre), Hülya Genç (9 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre) und Gürsün Inçe (27 Jahre) starben. Einige der Täter besuchten regelmäßig die Kampfsportschule „Hak Pao"[3], die vom V-Mann Bernd Schmitt geleitet wurde.[4] Pressebekannt wurde in diesem Zusammenhang bereits: „Vermutlich seit 1990 agierte Schmitt klammheimlich als V-Mann des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Er war Spitzel der Abteilung VI des Düsseldorfer Innenministeriums (...)."[5] Nicht ermittelt wurde, welchen Einfluss der V-Mann der Neonaziszene zuvor auf die Täter genommen hatte. Bekannt war, dass er die rechten Jugendlichen in die Nähe und damit in Kontakt mit organisierten Neonazis brachte. Knapp 25 Jahre später ging ein (ehemaliger) Spitzel mit dem Decknamen „Kirberg"- der von 1990 bis 2000 antifaschistischen Zusammenhängen ausforschte – mit einer Art Lebensbeichte auf Journalist_innen zu. In einem Interview erklärt dieser: „In Solingen war es eher der Fall, dass Tatsachen/Gerüchte/Aktionen, die Bernd Schmitt betreffen können, umgehend von mir erfasst wurden, um diese intern im Ministerium zu besprechen. Wie geschildert, war dem Innenministerium (IM) bewusst, dass Bernd Schmitt zu diesem Zeitpunkt bereits nicht „nachrichtendienst-ehrlich" tätig war."[6] Die Erzählungen des Spitzels, dass er quasi auf höherer Beamtenebene an Einschätzungen im Ministerium beteiligt war, ist unglaubwürdig. Dennoch: Ein Nachweis darüber, dass der Neonazi-Spitzel Schmitt seinen Arbeitgebern gegenüber nicht „ehrlich" gewesen war, hätte für das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Problem bedeutet. Das Magazin „Der SPIEGEL" schrieb damals: „Falls sich herausstellt, dass der V-Mann die stramm rechten Jungen politisch verführt hat, ist der Rücktritt des verantwortlichen Innenministers kaum zu vermeiden."[7]

Pietsch gehörte in Wuppertal der Szene um das „Autonome Zentrum" an und wurde dann auf die Solinger Antifa-Szene angesetzt. In dieser Rolle konnte Pietsch beobachten, wie sein V-Mann Kollege Schmitt und dessen damalige Lebenspartnerin potentielles Beweismaterial kurz nach dem Brandanschlag aus dem Gebäude der Kampfsportschule „Hak Pao" transportierten – was somit auch dem Verfassungsschutz und dem polizeilichen Staatsschutz in Wuppertal bekannt wurde. Dem VS ging es dann in erster Linie offenbar darum zu verhindern, dass Antifaschist_innen in den Besitz dieser Unterlagen kommen. In seinem Interview bilanzierte der Spitzel, die örtliche Antifa-Szene habe kein Vertrauen in die Arbeit des Staatsschutzes/Verfassungsschutzes gehabt und sei vielmehr von einer staatlichen Verschleierungstaktik ausgegangen. Im Juni 2020 schreiben die Betroffenen dazu: „Wir waren in Wuppertal und Solingen (...) damit konfrontiert, dass der polizeiliche Staatsschutz in Wuppertal in vielen Fällen offen mit Nazis kooperierte, Ermittlungsakten säuberte und vor allem die Kampfsportschule Hak Pao unter seinen Schutz stellte."[8] Keine Überraschung in diesem Zusammenhang: Die Akten aus der extrem rechten Kampfsportschule wurden kurz vor einer polizeilichen Hausdurchsuchung in ein Parkhaus in der Solinger Innenstadt gefahren und

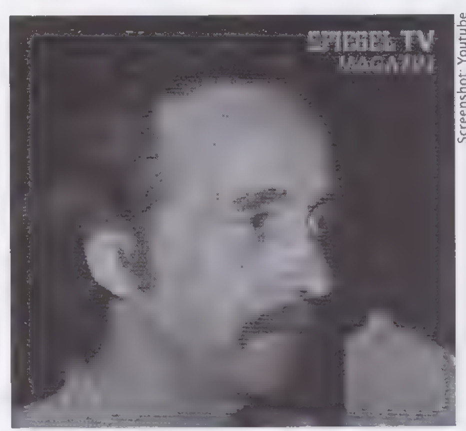
verschwanden offenbar mit Wissen des Verfassungsschutzes. Für die bespitzelten Antifaschist_innen aus Wuppertal ist der V-Mann Fall Pietsch rückblickend eindeutig zu bewerten: „Er sollte aufpassen, dass die V-Mann-Tätigkeit von Bernd Schmitt nicht vorzeitig von der autonomen und antifaschistischen Szene aufgedeckt wird".

Informationsbeschaffung und Quellenschutz als Freifahrtschein

Begehen V-Leute (schwere) Straftaten, sind sie offenbar „safe" (wie es Pietsch ausdrückt), wenn gegen sie polizeilich ermittelt wird. Im 1995 gefällten Gerichtsurteil zum Mordanschlag in Solingen wurde auch die Rolle des Neonazi-V-Manns des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz deutlich: Als „Verein im Verein" gründete Schmitt den „Deutschen Hochleistungskampfkunstverband" („DH-KKV"), im Umfeld von „Hak Pao" und „DH-KKV" existierte die „Deutsche Kampfsportinitiative" („DKI"), die 1992 von dem Protagonisten der Solinger Neonaziszene Wolfgang Schlösser ins Leben gerufen worden war. Seit 1992 unterhielt Schmitt als Gelegenheitsinformant Kontakte zum Verfassungsschutz NRW, ab 1993 als Vertrauensmann. Die Räume des Sportclubs wurden von Neonazis unter anderem von Mitgliedern der „Nationalistischen Front" (NF) genutzt. Seine Schüler stellten Schutz- und Ordnungsdienste bei Veranstaltungen der NF, aber auch der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und den „Republikanern". Im Juni 2020 veröffentlichten die Antifaschist_innen aus Wuppertal ihren Text, welcher die Rolle des V-Manns Johannes „Jan" Pietsch während seiner zehnjährigen Spitzeltätigkeit sowie der lokalen Neonazi-Szene nachzeichnet.[9] Sie betonen hierbei die Notwendigkeit der Kenntnis der lokalen Begebenheiten, um die Aussagen des ehemaligen V-Manns einordnen und bewerten zu können. In ihrem Beitrag schildern sie, der Neonazi-V-Mann Schmitt habe bereits 1992 mit den Neonazis Bernd Koch aus Solingen und Michael N. (NF) über die Umwandlung des DHKKV beraten. Seitdem ging es Schlag auf Schlag: Schmitt schützte in Bonn eine Veranstaltung der „Nationalistischen Front" mit dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel, machte den Saalschutz für die „Deutschen Liga" (DL) und nahm an Neonaziveranstaltungen in Hetendorf und in Detmold-Pivitsheide teil. Kurz: „Schmitt deckte das gesamte Spektrum der damaligen Naziszene ab". Ihr bitteres Fazit: Während Bernd Schmitt im Staatsauftrag Neonazistrukturen wie die NF eher stärkte als ausforschte, wurden aus diesen Strukturen heraus bereits vor dem Solinger Brandanschlag Menschen ermordet.

Kontinuität des Nicht-Ermittelns

Die Wuppertaler bringen die Neonazi-Morde an Karl-Hans Rohn und Şahin Çalışır in Erinnerung, was die Bedeutung und die Brisanz der Solinger Neonazi-Szene und insbesondere des „Hak Pao" als deren Schlüsselort unterstreicht. Mittendrin V-Mann Schmitt als staatlich alimentierter Anstifter, der mindestens mit der extremen Rechten zusammenarbeitet. Der Wuppertaler Karl-Hans Rohn starb am 13. November 1992. Er wurde von den NF-Anhängern Andreas Wember (26) und Michael Senf (19) in einer Kneipe, angestachelt von dem Wirt Marian Glensk (32) unter „... Juden müssen brennen!"-Rufen zusammengeschlagen und mit hochprozentigem Schnaps angezündet. Um sich ihres Opfers zu entledigen, warfen sie ihn an einer Autobahn aus einem Auto. Erst Monate später, durch ein internationales Interesse begünstigt, wurden der neonazistische und antisemitische Hintergrund der Tat (die von der Wuppertaler Polizei als „Kneipenschlägerei mit dramatischen Folgen" bewertet worden war) vom Gericht anerkannt.[10] Am 27. Dezember 1992 machten der Solinger extrem rechte Hooligan Klaus Evertz und Lars Schoof von der Kampfsportschule „Hak Pao" mit ihrem Auto auf der Autobahn 57 Jagd auf „Ausländer" und versuchten, ein Auto mit nichtdeutsch gelesenen Menschen zu rammen. Der Fahrer Şahin Çalışır sprang in Panik aus dem Auto und wurde von einem nachfolgenden Auto überfahren und getötet. Der Fahrer Evertz, bereits als rechter Hooligan einschlägig vorbestraft, erhielt nur 15 Monate Haft. „Das ist kurz zusammengefasst die staatlich geschützte und teilfinanzierte braune „Spielwiese" für die Solinger Jungnazis, die den mörderischen Brandanschlag verübt



Screenshot: Youtube

Neonazi und V-Mann Bernd Schmitt Anfang der 90er-Jahre

haben. Politisch verantwortlich dafür – auch das sollten wir nicht vergessen – war die SPD geführte Landesregierung, Innenminister Schnoor und sein VS-Chef Baumann", fassen die Antifaschist_innen zusammen.

„Das wäre eine Bombe"

Wie sich der ehemalige V-Mann Pietsch „10 Jahre lang in zahlreiche politische Strukturen, persönliche Beziehungen und sogar in Familien eingeschlichen und die persönlichsten Lebensgeschichten der politisch engagierten Menschen in unserer Region in zahllosen Einzelfällen an den VS verraten" hat, wird ebenfalls geschildert. Pietsch war im klassischen Sinne weder Vertrauensmann-Mann (V-Mann) des VS, noch ein polizeilicher verdeckter Ermittler (VE) – vielmehr war er ein Art Spitzel-Selbstanbieter. Nach eigenen Angaben habe sich Pietsch 1989 zunächst dem Wuppertaler Staatsschutz und später dem VS NRW angedient. „Pietsch war als Nachbar des frisch besetzten Autonomen Zentrums wie viele andere Interessierte in den Genuss einer Hausführung gekommen. Er nutzte den Rundgang für ein anschließendes Telefonat mit dem Leiter des Wuppertaler Staatsschutzes und versuchte sich selbst an einer logistischen Beratung für eine polizeiliche Räumung. Der Staatsschutz war begeistert über soviel freiwillige Denunziationsbereitschaft und vermittelte Jan Pietsch an den VS NRW". 1990/1991 sei er zum regulären V-Mann des Innenministeriums ernannt worden, habe sich wöchentlich mit seinen Führungsoffizieren getroffen und ein monatliches Gehalt von 3.000 DM kassiert.



Im Juni 2020 veröffentlichen Betroffene der zehnjährigen Bespitzelung durch einen V-Mann eine erste Stellungnahme zu den Vorgängen in Wuppertal und Solingen.

Folgt man den im Text „Die Wahrheit wird uns nicht davonlaufen“ wiedergegebenen Schilderungen über Pietsch, war dieser bis zum Jahr 1999 auch an der Durchführung von militanten Aktionen beteiligt. Ehemalige Genoss_innen beschreiben ihn als „Pusher“, als jemanden, der Aktionen anstieß und dann auch vorantrieb und organisierte. Aktionen gegen Neonazis habe Pietsch gleichzeitig sowohl mit vorbereitet, als auch verraten. Noch absurder: V-Mann Pietsch habe an einem Anschlag auf den NPD-Funktionär Wolfgang Frenz teilgenommen, der wie er selbst als V-Mann auf der Gehaltsliste des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz stand. Bei einem Einbruch beim Neonazi Kurt Winter, einem politischen Ziehvater des Neonazi-Musik Versandhändler Torsten Lemmer, konnte eine Kundenkartei entwendet werden. Winter und Lemmer hatten nach ihrem Rauswurf aus Düsseldorf gemeinsame Büro- und Lagerräume in Langenfeld (Rheinland) angemietet.

Scheinbar dank Pietsch konnten diese Unterlagen von der Polizei dann „wiedergefunden“ und beschlagnahmt werden. Ähnlich verlief es mit den Unterlagen, die der möglicherweise nicht „ehrliche“ Neonazi-V-Mann Schmitt beiseite schaffen konnte. Die Wuppertaler Antifaschist_innen erinnern sich: „Diese 50 000 Blatt mit Namensdossiers, der Mitgliederkartei des Deutschen Hochleistungskampfkunstverbands DHKKV, einem Grundrissplan vom AZ Wuppertal etc. wurden dann erst am 31. Dezember 1993 von der Polizei im Keller des Vaters von Bernd Schmitts Lebensgefährtin „wiedergefunden“. Im Januar 1994 durfte der VS, so der offizielle Neusel-Bericht, die Unterlagen im Wuppertaler Polizeipräsidium exklusiv auswerten.“

Bezug nehmen die Autor_innen hier offenbar auf die Untersuchung des Bonner Staatssekretärs Hans Neusel. Die Art und Weise, wie das Magazin „FOCUS“ im Jahr 1994 dessen Aufklärungsbemühungen zur Verwicklung von Sicherheitsbehörden in einen Mehrfachmord als society-news verpackte, ließ bereits wenig erwarten: „Gewohnt heikle Arbeit wartet auf Hans Neusel, den 1992 pensionierten Staatssekretär des Bundesinnenministeriums. Im Auftrag des Düsseldorfer Landtags untersucht der bewährte Sicherheitsmann die Verbindungen zwischen nordrhein-westfälischem Verfassungsschutz, dem Solinger Kampfsporttrainer Bernd Schmitt, der rechtsextremen Szene und dem Brandanschlag vom 29. Mai 1993, bei dem fünf Türkinnen ums Leben kamen. Schmitt hatte den Staatsschützern als V-Mann in Neonazi-Kreisen gedient. Neusel, der als Pensionär „nur noch macht“, wozu er „Lust“ hat, überprüft damit auch die Rolle, die NRW-Innenminister Herbert Schnoor (SPD) in der Affäre spielt. Zunächst aber geht der passionierte Segler auf sommerlichen Ostseetörn“.[11] In dem im Magazin „Der SPIEGEL“ mit dem Titel „Das wäre eine Bombe“ veröffentlichten Beitrag einen Tag später war zwar von einem drohenden Geheimdienst-Skandal um Innenminister Herbert Schnoor zu lesen, die Geschichte zum Aktenfund war hier wie folgt gestrickt worden: „Nach dem Anschlag beobachtete ein Kellner bei Hak Pao hektische Aktivitäten. Muskelprotze beluden einen Mercedes-Lieferwagen, Farbe: rot, zentnerweise mit Unterlagen. Der Wagen wurde von der Polizei zwar gestoppt, durfte aber dann weiterfahren – die Beamten suchten halt nur nach Waffen. Das geheime Archiv der Hak Pao, immerhin 55 000 Blatt, war in Sicherheit, zumindest vorerst.

Am 1. Dezember gab es einen vertraulichen Hinweis ans 9. Kommissariat der Wuppertaler Kriminalpolizei: Beim Vater der Lebensgefährtin von Schmitt sei „Material aus der Hak-Pao-Schule“ gebunkert worden. Es dauerte noch einen Monat, bis der Schatz gehoben wurde: Lageskizzen von Wohnungen ausländischer Bürger, Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails und Mitgliedsnummern aus Schmitts Verein, kodiert wie bei einer staatlichen Geheimtruppe“.

Die „Bombe“ platzte bekanntlich nie und Pietsch könnte daran seinen Anteil gehabt haben. Der Verfassungsschutz (NRW) soll seinen langjährigen „Spitzenagenten“ mit einem hohen „Abstandsgeld“ verabschiedet haben. Er habe vom Innenministerium eine finanzielle Unterstützung eingefordert, denn er sei wegen seiner Spitzeltätigkeit psychisch krank geworden, was zu nötigen Therapien und Krankenhausaufenthalten geführte habe. 10.000 Euro als eine Art Schadensersatz wurden ihm nach einigem juristischem Hin-und-Her 2015 zugesprochen. •

1 www.lotta-magazin.de/ausgabe/50/der-brandanschlag-solingen 2 „Der Mordanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 und die halbe Wahrheit“, NachDenkSeiten, 22. Mai 2020
3 1. Hak-Pao Sportclub Solingen e.V. 4 www.antifainfoblatt.de/artikel/neue-runde-im-v-mann-karussell 5 Der SPIEGEL, 22/1994: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684942.html
6 Der Mordanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 und die halbe Wahrheit“, NachDenkSeiten, 22. Mai 2020 7 Der SPIEGEL, 22/1994: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684942.html
8 Autonome Antifaschist*innen aus den Neunzigern - Wuppertal, „Die Wahrheit wird uns nicht davonlaufen“, 19.6.2020: https://4sy6ebszykvcv2n6.onion.ws/node/90015 9 ebenda
10 www.az-wuppertal.de/2012/11/08/vor-20-jahren-neonazis-ermorden-karl-hans-rohn 11 FOCUS Magazin Nr. 26 (1994): Periskop: MANN FÜR „SOLINGEN“

ÖSTERREICH

Der österreichische Fachjournalist **Michael Bonvalot** über junge Neonazis, Schwarz-Blau, die türkischen „Grauen Wölfe" – und warum ihn „Identitären"-Sprachrohr Martin Sellner verklagt.

„Ins Parlament oder ins Gefängnis?"

Du beschäftigst Dich seit Jahren mit der extremen Rechten in Österreich. Wie schätzt Du die Lage ein?
Für die Leser_innen in Deutschland vorweg ein paar Worte zu den unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Ländern. In Österreich gibt es mit der FPÖ bereits seit Anfang der 1950er Jahre eine parlamentarisch verankerte extrem rechte Wahlpartei. In Deutschland dagegen hat sich die AfD erst vor einigen Jahren herausgebildet.

Das bringt unterschiedliche Entwicklungen. Junge Neonazis können sich in Österreich seit vielen Jahren entscheiden: Wollen sie ins Parlament oder ins Gefängnis? Die meisten entscheiden sich fürs Parlament. Im Gegenzug bedeutet das auch, dass die außerparlamentarische extreme Rechte in Österreich deutlich kleiner und weniger militant ist als in Deutschland. Gleichzeitig kommen verschiedene Phänomene, die wir aus Österreich gut kennen, in Deutschland erst an.

Was meinst Du da konkret?
Das betrifft etwa die Rolle der Burschenschaften. In Deutschland hatten diese Kräfte vor der AfD keine wahnsinnig große Bedeutung und rücken jetzt erst langsam ins Bewusstsein. In Österreich dagegen bilden sie traditionell den Kaderkern der FPÖ und hatten so schon lange eine wesentliche Bedeutung. Dazu passend ein weiteres Phänomen: In periodischen Abständen wird nun auch in Deutschland medial verkündet, dass die AfD jetzt endgültig auf dem absteigenden Ast sei. Ich kenne das in Österreich seit 30 Jahren – es hat nie gestimmt.

Nun hat sich allerdings bei der FPÖ sogar Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache von seiner eigenen Partei abgespalten.
Für die Gemeinderatswahl in Wien am 11. Oktober kandidiert Strache mit seiner neuen Partei ja sogar gegen die FPÖ. Er setzt dabei stark auf die sogenannten Corona-Mobilisierungen. Für den Einzug in den Gemeinderat bräuchte Strache fünf Prozent. Ob er das schafft, ist ungewiss. Falls es ihm gelingt, könnte er seine Partei österreichweit etablieren. Im Großraum Wien lebt rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Jede Entwicklung im Wien hat damit bundesweit enormes Gewicht.

Sorgen muss sich die FPÖ vor allem um die ÖVP machen. Unter Bundeskanzler Sebastian Kurz ist die ÖVP klar nach rechts gerückt. Bereits als Kurz 2017 ÖVP-Obmann wurde, hatte er mit seinem Stab festgelegt, dass auf „FPÖ-Themen" gesetzt werden solle. Unter der schwarzblauen Koalition von ÖVP und FPÖ hat sich Kurz dann endgültig als Führer des rechten Lagers positioniert.

Du hast die „Corona-Aufmärsche" angesprochen? Wie schätzt Du die ein?
Corona-Mobilisierungen gibt es bereits seit dem Frühjahr in den meisten größeren Städten. Getragen werden die Mobilisierungen eindeutig von der extremen Rechten. Zu Beginn waren zwar noch andere Kräfte aktiv, diese hatten sich aber nie glaubwürdig von der extremen Rechten distanziert. Mittlerweile ist die extrem rechte Stoßrichtung aber eindeutig, die Szene scheint sich auch schnell zu radikalisieren. In den einschlägigen Telegram-Gruppen werden Antisemitismus und Qanon-Propaganda verbreitet, an den Aufmärschen nehmen einschlägig bekannte Kader teil, etwa Burschenschafter und Abordnungen der neofaschistischen Gruppe „Identitäre Bewegung" (IB).

Für die breitere Öffentlichkeit sichtbar wurde das Anfang September. Da zerrissen rechte AktivistInnen bei einem „Corona-Aufmarsch" in Wien auf der Bühne vor rund tausend johlenden TeilnehmerInnnen eine Regenbogenfahne. Beim gleichen Aufmarsch konnten Personen mit einer deutschen Reichsflagge von der Bühne ihre Propaganda verbreiten, neben der Bühne positionierten sich „Identitäre" mit einem Banner mit dem Spruch „Heimatschutz statt Mundschutz". Ende August war auch mindestens eine Person mit Verbindung zur Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg" bei einem Aufmarsch präsent.

Du hast die Identitären angesprochen. Wie siehst Du deren Entwicklung?
Die Gruppe ist vor allem ab 2015 sehr schnell gewachsen. Das haben sie nicht durchgehalten und müssen jetzt leiser treten. Dennoch gibt es sicher eine bestimmte Konsolidierung. Aktuell dürften die „Identitären" in rund 10 bis 15 Städten Strukturen haben. Dazu kommen zumindest ein Zentrum in der Steiermark und ein geplantes Zentrum in Wien, wo gerade ein Keller renoviert wird, den die Gruppe angekauft hat. Auch in Linz dürfte die Gruppe nach Räumlichkeiten suchen, nachdem sie auf öffentlichen Druck aus einer FPÖ-nahen Burschenschaft geflogen war. Öffentlich treten die „Identitären" aktuell





Links: Aufmarsch von „Identitären" und weiteren extremen Rechten am Rande von Wien am 29. September 2020. Rechts: Anhänger der „Grauen Wölfe" am Rande einer kurdischen Demonstration in Wien am 25. Juni 2020.

fast nur noch über ihren neuen Tarnverein „Die Österreicher" (DO5) auf. Der Name an sich stellt bereits eine Provokation dar: 05 war der Name einer Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime. Gleichzeitig ist das Umschwenken auf den neuen Namen auch ein Hinweis auf den Druck, den die „Identitären" spüren. Ab Sommer 2018 standen 17 Mitglieder der Gruppe unter dem Vorwurf der Gründung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Obwohl die rechten AktivistInnen schließlich freigesprochen wurden, hat das der Gruppe sicher geschadet. Dazu kamen noch die Mails zwischen „Identitären"-Sprachrohr Martin Sellner und dem späteren Christchurch-Attentäter, die im Mai 2019 bekannt wurden. Sowohl das Finden von Orten für Veranstaltungen wie vermutlich auch die Rekrutierung wurden danach wohl nicht einfacher. DO5 ist nun offenbar der Versuch, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Wie sieht es mit dem extrem rechten Milieu jenseits der „Identitären" aus?

Die traditionellen NS-Nazis sind weiterhin eher auf Tauchstation, ein wesentlicher Grund dafür ist sicherlich das NS-Verbotsgesetz, das für sogenannte Wiederbetätigung auch hohe Haftstrafen vorsieht. Das war übrigens ein wesentlicher Grund für die Gründung der „Identitären": Nationalsozialismus ist in Österreich verboten, Neofaschismus aber erlaubt. Diese Lücke haben die „Identitären" genutzt. Doch natürlich ist das NS-Milieu weiter existent und auch aktiv. Die österreichische extreme Rechte ist zwar, wie vorhin erwähnt, weniger militant als die deutsche. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren hunderte Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte. In der NS-Szene zentral sind sicherlich vor allem die Strukturen rund um Gottfried Küssel, den langjährigen Führer der österreichischen Neonaziszene. Küssel ist seit 2019 wieder in Freiheit, nachdem er ab 2011 wegen Wiederbetätigung im Gefängnis gesessen hatte. Daneben existieren wohl auch „Blood & Honour"/"Combat 18"-Strukturen, vor allem in Vorarlberg, also an der Grenze zu Baden-Württemberg, Bayern und zur Schweiz. Und schließlich sollten wir auch die sogenannten Reichsbürger nicht vergessen. Hier kursieren Zahlen von 1 000 bis 3 000 UnterstützerInnen in Österreich. Dazu kommt schließlich noch die christliche Rechte, doch das nur der Vollständigkeit halber.

Jenseits der deutschsprachigen extremen Rechten hast Du auf deiner Homepage viel zu den türkischen „Grauen Wölfen" geschrieben.

In der breiteren Öffentlichkeit sind die „Grauen Wölfe" bisher kaum aufgetaucht. Das hat sich Ende Juni 2020 geändert. Da hatten „Graue Wölfe" und andere türkische Rechte über mehrere Tage Demonstrationen von Linken aus Kurdistan, der Türkei und Österreich im Wiener Arbeiter_innenbezirk Favoriten angegriffen. Auch das linke Kulturzentrum EKH wurde wiederholt attackiert. Ich war fast die ganze Zeit vor Ort, das waren heftige und gefährliche neofaschistische Angriffe. Es zeigt für mich auch, dass sich Antifaschist_innen in Österreich wesentlich mehr mit den verschiedenen neofaschistischen Strömungen beschäftigen müssen.

Zum Abschluss: Du führst aktuell einen Prozess gegen Martin Sellner. Worum geht es?

Anfang September hat mich Sellner wegen übler Nachrede und nach dem Medienrecht verklagt. Er behauptet, dass meine Berichterstattung von einer Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der „Identitären" und Antifaschist_innen nicht korrekt gewesen wäre. Da könnten mehrere 10.000 Euro an Kosten auf mich zukommen, aktuell sammle ich Spenden für den Prozess. (Wenn ihr den Prozess unterstützen wollt, könnt ihr das auf bonvalot.net/support tun). Dass Sellner gerade mich verklagt, ist kein Zufall, denn meine Recherchen gehen den „Identitären" bereits seit Jahren auf die Nerven. Und nun versuchen sie mich eben mit einer potentiell existenzbedrohenden Klage mundtot zu machen. Das wird aber sicher nicht gelingen. •

Michael Bonvalot ist Journalist, Vortragender und Autor in Wien. Seine Schwerpunkte sind die extreme Rechte, Fanszenen, Flucht und Migration sowie Sozialpolitik. Er schreibt unter anderem für den ORF, für „Neues Deutschland" und auf seiner eigenen Seite bonvalot.net. Zuletzt erschien von ihm „Die FPÖ – Partei der Reichen".

USA

Trumps Sturmtruppen

Die Gewalt von rechten Gruppierungen in den USA gegen Linke und „Black Lives Matter"-Aktivist_innen reißt nicht ab (Vgl. AIB 127). Neu hinzugekommen scheint die offene Unterstützung dieser Anschläge durch den Präsidenten der USA, Donald Trump.

Im August 2020 erschießt in Kenosha ein 17-jähriges Mitglied einer selbsternannten Bürgerwehr zwei Menschen. Trump erklärte wenig später, dieser habe in Notwehr gehandelt, obwohl keiner der Erschossenen eine Waffe trug. Wenige Tage später fahren in Portland mehr als hundert Pick-Up-Trucks mit Trump-Anhängern durch die Straßen, gezielt kalkulierend, dass sie hierdurch Proteste provozieren würden. Von den Autos feuern diese mit Paint-Ball-Gewehren und Pfefferspray auf Aktivisten von „Black Lives Matter". Trump bezeichnete die Mitglieder von Patriot Prayers daraufhin als „großartige Patrioten".

Wer sind diese in den USA auftauchenden Gruppierungen, die mit gezielter Gewalt gegen Linke und die „Black Lives Matter"-Bewegung vorgehen?

„Patriot Prayer"

Eine der derzeit aktivsten Gruppen sind die „Patriot Prayer". Sie gründeten sich 2016 während des Trump-Wahlkampfs und sind vor allem an der Westküste der USA, besonders aber der Bay Area rund um San Francisco und weiter nördlich in Portland aktiv.

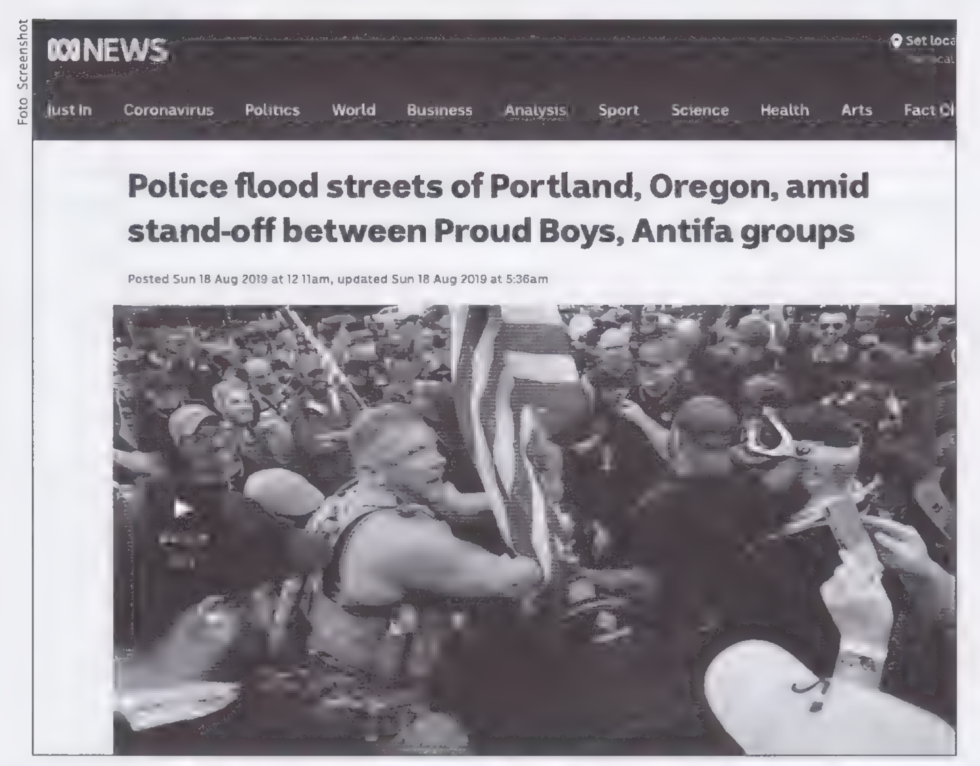
Auch wenn die Gruppe personell eher klein ist, kann Sie dennoch durch ihre starke Präsenz in Social-Media und Telegram-Kanälen eine hohe Anzahl von gewaltbereiten Unterstützern mobilisieren. Markenzeichen der „Patriot Prayer" ist es, in Städten, die als demokratisch bzw. „links" bekannt sind, in hoher Anzahl aufzumarschieren. Die Gegenproteste werden dann als „ Angriffe auf die Meinungsfreiheit" bezeichnet und gezielt angegriffen.

Joseph „Joey" Gibson, Anführer der „Patriot Prayer", riet seinen Unterstützern, auf Aufmärsche immer mit Schusswaffen zu gehen. Mitglieder bedrohten mehrfach den Bürgermeister von Portland und Antifaschist_innen: „Ihr werdet Messer in Eure Kehlen kriegen. Ihr werdet Kugeln in Eure Köpfe kriegen". Im Oktober 2018 wurden vier Mitglieder der Organisation mit Schusswaffen auf einem Dach in Portland festgestellt - in unmittelbarer Nähe von „Black Lives Matter"-Protesten. Im Januar 2019 riefen die „Patriot Prayer" dazu auf, linken Aktivist_innen die Tücher vom Gesicht zu reißen und diese abzufotografieren. Zuletzt griffen am 8. September 2020 in Salem Mitglieder der „Patriot Prayer" Gegendemonstrant_innen mit Baseballschlägern und Pfefferspray an. Die „Patriot Prayer" können bei ihren Aktionen auf Unterstützung aus Sicherheitskreisen zählen. Ein Polizist versorgte die Gruppe bereits 2018 mit Informationen über antifaschistische Gruppen und Personen in Portland. Mitglieder wurden vor Verhaftungen gewarnt. Dabei sind die „Patriot Prayer" keine typische rechte Miliz, die Wert darauf legt, dass in ihr nur „echte" Weiße sind. So hat z.B. der Anführer der „Patriot Prayer" Joey Gibson u.a. japanische Vorfahren. Die „Patriot Prayer" sind damit eine relativ neue rechte Strömung in den USA, die sich als Alt-Lite (in Abgrenzung zur Alt-Right) bezeichnet und in denen auch nicht-weiße akzeptiert sind. Nichtsdestotrotz sehen sie sich selber als weit rechts stehend mit klaren Sympathien für faschistische Staaten. Regelmäßig zeigen sich Mitglieder mit T-Shirts auf denen „RWDS" steht (right-wing death squads). Man wolle die Nation gegen Kommunist_innen und Anarchist_innen verteidigen. Großes Vorbild: Diktator Pinochet der in den 1970er Jahren in Chile tausende Linke foltern und ermorden ließ. Das gemeinsame Bindeglied der „Patriot Prayer" ist also so simpel wie effektiv: Mit Gewalt gegen die Linke und für Trump. Bis zu den Wahlen in den USA am 3. November kündigte die Gruppe zahlreiche weitere Aufmärsche an.

„Proud Boys"

Eine weitere Gruppierung, die in den letzten Jahren durch Gewalttaten auffiel, sind die „Proud Boys". Anders als die „Patriot Prayer" kann der Gründer der „Proud Boys", Gavin McInnes, auf eine erfolgreiche Karriere bei verschiedenen rechten Medien und als Autor zurückblicken und gilt als einer der ersten „Hipster". Wie die „Patriot Prayer" gründeten sich auch die „Proud Boys" im Jahr 2016. Sie fielen in der Medienlandschaft durch ihre Strategie auf, sich gezielt mit Prominenten fotografieren zu lassen: Seien es Unterstützer wie z.B. republikanische Politiker oder Gegner wie Whoopie Goldberg. Hauptsache man hatte Bilder. Auch obskure Regeln und einheitliche Kleidung machten die „Proud Boys" bekannt: Schwarze Polohemden mit gelbem Rand, ein angeblich vierstufiges Aufnahmeritual (Schwüre, Schläge, Tätowierungen, gezieltes Suchen einer Schlägerei) und natürlich die regelmäßigen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegner_innen. Ähnlich wie die „Patriot Prayer" bietet die Organisation Platz für Menschen verschiedener ethnischer Herkunft. Auch wenn das Marketing der Gruppe einer anderen Strategie folgt: Die Ideologie ist fast deckungsgleich mit der der „Patriot Prayer": Weiße Identität und Kultur würden belagert und angegriffen und müssten mit Gewalt verteidigt wer-

Foto Screenshot


ABC NEWS

Just In | Coronavirus | Politics | World | Business | Analysis | Sport | Science | Health | Arts | Fact Cl

Police flood streets of Portland, Oregon, amid stand-off between Proud Boys, Antifa groups

Posted Sun 18 Aug 2019 at 12:11am, updated Sun 18 Aug 2019 at 5:36am

Screenshot Twitter



Oben: Kalkuliertes Medienereignis: „Proud Boys" suchen die Konfrontation in Portland.

Unten: Der Trump-Berater Roger Stone posiert mit den „Proud Boys".

den. Was die Gruppierungen eint: Der Hass auf Linke und Muslime und die Verehrung von Donald Trump. Von Beginn an suchten die „Proud Boys" Konfrontationen in als links geltenden Städten der USA. Weithin bekannt wurden die Angriffe in Berkeley 2017 und an der Universität in NYC. Zusammen mit den „Patriot Prayer" suchten die „Proud Boys" auch die Konfrontation in Portland, z.B. als sie 2019 versuchten, ein Treffen der „Demokratischen Sozialisten von Amerika" in Portland zu stören – und daran von Antifaschist_innen gehindert wurden. Dabei sind die „Proud Boys" nicht einfach nur eine weitere rechte Gruppe. Vielmehr ist diese gut vernetzt und erfahren im Umgang mit den Medien. Roger Stone, ein direkter Berater von Donald Trump, ist mit Mitgliedern der Gruppe befreundet. Stone engagierte die „Proud Boys" 2018 als seine persönliche Security. Jacob Engels, ein Mitglied der „Proud Boys" und gleichzeitig Journalist, hatte vollen Zugang auf die Social Media Accounts von Stone.

Historische Einordnung

Beide beschriebenen Gruppen sind neuere Phänomene der amerikanischen Rechten. Sie sind an der Grenze zwischen der Alt-Right-Bewegung (die sich stark rassistisch und antisemitisch definiert) und der neueren Alt-Lite-Bewegung (die weniger „white supremacists" ansprechen will), wo der Kit der gemeinsame Hass auf Muslime, Linke und Feminismus ist. Die enge Vernetzung von Trumps Umfeld mit extrem rechtenGruppierungen ist weder eine Überraschung – noch historisch eine neue Entwicklung. Faschistische Parteien hatten immer bewaffnete Milizen, die sie zur Verteidigung und mehr noch zum Angriff nutzten. Die italienischen Squadristen drangen in den frühen zwanziger Jahren in rote Landstriche Italiens ein und schlugen Protest mit brutaler Waffengewalt nieder. In Deutschland verfolgte die SA ab 1927 die gleiche Strategie: In traditionell roten Vierteln marschierte die SA in Uniform und bewaffnet auf oder mietete große Säle für Veranstaltungen. Gab es Proteste, wurde mit Waffen dagegen vorgegangen. Die SA stand im öffentlichen Diskurs am Ende immer als Sieger da. Hatte es Ausschreitungen gegeben, konnte die SA auf die bürgerkriegsähnlichen Zustände verweisen, die der demokratische Staat zulassen würde. Gab es aber keinerlei Proteste, konnte die SA nach und nach Stützpunkte in den Vierteln errichten und den Terror dort permanent machen.

Trumps Strategie ist daher so durchsichtig wie skrupellos: In demokratisch regierte Städte und Staaten werden Bundespolizisten und Trump-Anhänger, wie die „Proud Boys" oder die „Patriot Prayer" geschickt, die dort solange provozieren, bis sich Widerstand dagegen entwickelt. In republikanisch regierten Regionen soll es hingegen ruhig bleiben. Das Bild, das dadurch entstehen soll: Wo die Demokraten herrschen, herrscht Chaos, wo die Republikaner herrschen, regiert „Law and Order". Diese Strategie wird auch von den Beratern Trumps freimütig eingeräumt: Die Beraterin Kellyanne Conway äußerte gegenüber Fox News offen: „Je mehr Chaos und Anarchie und Vandalismus und Gewalt regiert, desto besser ist es für uns". Klar fasst es der Bürgermeister von Portland so zusammen: Trump schuf durch seine brachiale Rhetorik erst die Gewalt in Portland, die er jetzt dem Bürgermeister ankreide. •

BRASILIEN

Seit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro als Prasident im Januar 2019 erleben rechte und religiös-konservative Strukturen und Diskurse starken Aufwind in Brasilien. Eine rechte Influencerin mit hoher digitaler Reichweite erweist sich dabei nicht nur durch ihren schrillen Celebrity-Faktor, sondern auch wegen ihrer „authentischen Verwandlung“ von einer Femen-Aktivistin hin zu einer rechten, katholischen Antifeministin als besonders hilfreich.

Hasserfüllter „Lebensschutz“

Ihr international beachteter, militanter Versuch, eine Abtreibung bei einem Kind zu verhindern, konnte letztlich nur duch die Gegenwehr feministischer und antifaschistischer Gruppen und einer halbwegs rechtstaatlichen Justiz abgewendet werden. Letztere hatte Bolsonaros rasanten Rechtskurs in der Vergangenheit immer wieder ausgebremst.

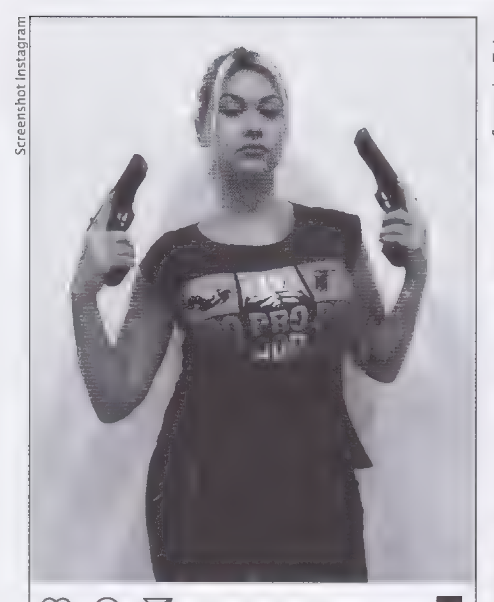
Sara Fernanda Giromini, besser bekannt unter ihrem Bloggernamen „Sara Winter“, ist eine extrem rechte, streng katholische, aggressive Abtreibungsgegnerin und selbsterklärte „Lebensschützerin“, die sich zeitweise sogar im brasilianischen Frauenministerium betätigte. Um die rechten Ziele von Präsident Jair Bolsonaro zu unterstützen, setzt sie nunmehr auf paramilitärische Strukturen und Fake-News-Attacken. Doch das war nicht immer so: 2012 gründete Giromini eine feministische brasilianische Femen-Gruppe und küsste 2014 öffentlichkeitswirksam vor einer Kirche in Rio de Janeiro halbnackt mit einer Dornenkrone auf dem Kopf eine Mitstreiterin, während sie an ein Kreuz gefesselt war. Im Jahr 2015 ließ sie verlauten, Gott habe sie vom „Genderwahn“ geheilt. Ihr Sinneswandel habe in einem Krankenhaus nach einer Abtreibung begonnen. Giromini heiratete einen Militärfunktionär, gebar einen Sohn und wurde im April 2019 von Präsident Bolsonaro zur nationalen Koordinatorin für „Mutterschaftspolitik“ ins Staatssekretariat für Frauen, Familie und Menschenrechte berufen. Dieses wird von ihrer ideologischen „Adoptivmutter“, der evangelikalen Pastorin und Ministerin Damares Alves geleitet. Bereits im November reichte Giromini dort wieder ihren Rücktritt ein. Die Abwendung vom Feminismus und die „Heilung durch Gott“ kommt nicht nur in extrem rechten Kreisen gut an: Giromini publiziert Bücher, hält Vorträge und kämpft unter anderem gegen Marxismus, progressive Genderpolitik und Abtreibungen. Für die Regierung unter Bolsonaro ist die rechte Influencerin ein propagandistischer Glücksfall. Während des Höhepunktes der COVID-19-Pandemie 2020 warb sie für eine teils paramilitärische Gruppe namens „Os 300 do Brasil“, welche die extrem rechte Politik von Präsident Jair Bolsonaro verteidigen soll. In sozialen Netzwerken erklärte Giromini, die Gruppe sei von der Schlacht bei den Thermopylen während der Persischen Kriege inspiriert und verfolge das Ziel, den Ministern des „Supremo Tribunal Federal“ (STF) klarzumachen, dass sie nicht 11 Halbgötter seien. Das „Supremo Tribunal Federal“ ist das oberste Gericht der (föderativen) Republik Brasilien und übt hier auch die Funktion eines Verfassungsgerichts aus. Auf Online-Videos tritt „300 do Brasil“ als eine Gruppe von AktivistInnen auf, die etwa musikalische Choreographien zur Unterstützung des rechten Präsidenten machen. Rekrutiert wird auch außerhalb von Brasilien, viele UnterstützerInnen wurden offenbar über soziale Netzwerke und WhatsApp-Gruppen erreicht. Ende Mai enthüllte u.a. die Zeitschrift „Metropoles“ staatliche Informationen, wonach sich ein Trainingslager der Gruppe in einem schwer zugänglichen Gebiet umgeben von Hügeln und Wäldern befände. Zwischen den Verwaltungsregionen Paranoá und Planaltina war eine Farm im ländlichen Kern Rajadinha ihr Hauptquartier. Die militärische Ausbildungsstruktur der dort getrennt untergebrachten Männer und Frauen brachte das Quartier auf den Radar der Geheimdienste. Als die Staatsanwaltschaft einen Durchsuchungsbeschluss beantragte, zogen die AktivistInnen rechtzeitig weiter.

Gewalt durch „Lebensschützer“

August 2020 (Triggerwarnung: Sexuelle Gewalt): Eine Zehnjährige ist in Brasilien über Jahre hinweg im Familienkreis vergewaltigt worden. Gegen eine nötige Abtreibung kämpfen religiöse „Lebensschützer“ und versuchen sogar, die behandelnde Klinik zu stürmen. Im Klartext: Katholische, evangelikale und extrem rechte bzw. regierungsnahe DemonstrantInnen wollen verhindern, dass ein zehnjähriges vergewaltigtes Mädchen eine Abtreibung durchführen kann. Dabei darf in Brasilien ein Schwangerschaftsabbruch nur im Ausnahmefall bei Lebensgefahr für die Mutter, wenn der Fötus den Geburtsfehler Anenzephalie hat oder nach einer Vergewaltigung stattfinden.

Es war die „Familienministerin“ Damares Alves – die evangelikale Pastorin – die diesen Vorgang zum Skandal machte. Der Schutz des vergewaltigten Kindes wurde von ihr dabei nie erwogen. Sara Giromini alias „Sara Winter“ nutzte ihre digitale Reichweite als Influencerin und rief ihre 270 000 Follower[1] zum Widerstand gegen die geplante Abtreibung auf und veröffentlichte u.a. über Twitter den Klarnamen und die Adresse des zehnjährigen Vergewaltigungsopfers. Die antifeministischen und religiösen „Lebensschützer“ verfolgten das Mädchen und setzten das Krankenhaus, indem die Abtreibung in ihrer Heimatstadt durchgeführt werden sollte, unter Druck, sodass das Mädchen mehr als 1 000 Kilometer in einen anderen Bun-

Screenshot Instagram



Gefällt 105 Mal
ogilsonsa MILITANTE BOLSONARISTA SARA WINTER É PRESA PELA PF - A ativista Sara Winter, apoiadora do presidente Jair Bolsonaro e integrante do grupo

Screenshot Twitter



Links: winter is coming: Im T-Shirt „pro life – pro god – pro gun“ präsentiert sich die rechte „Lebensschützerin“ ihren Follower_innen.

Rechts: Auf Twitter zeigt sich Sara Fernanda Giromini mit dem extrem rechten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro.

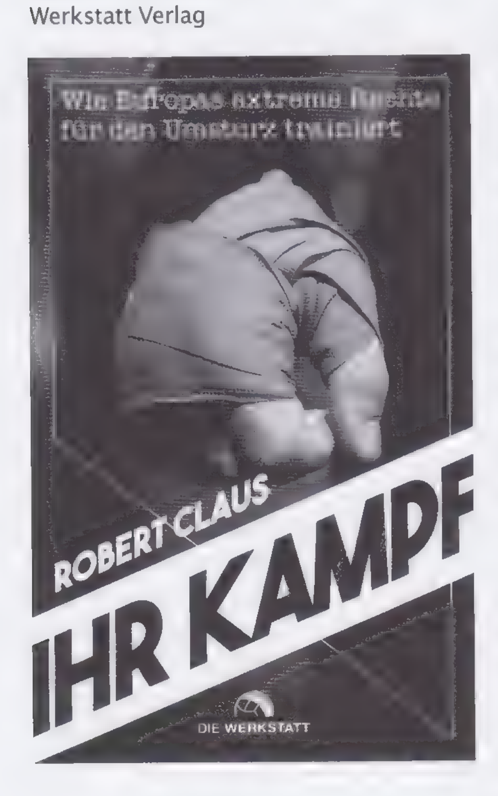
desstaat fliegen musste. Dort erhielt es Unterstützung von Hunderten Feminist_innen und „pro-choice“-Demonstrant_innen, die sich um das Krankenhaus versammelten und die Zugänge gegen rechte und religiöse Angriffe sicherten. Laut BBC wurde das Mädchen im Kofferraum eines Autos auf das Krankenhausgelände geschmuggelt und betrat das Gebäude durch eine Seitentür. Der Arzt, der die Abtreibung vornahm, war bereits zuvor wegen seiner Arbeit von der katholischen Kirche exkommuniziert worden. Immerhin: Die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Espírito Santo hat über die Kinder- und Jugendstaatsanwaltschaft von São Mateus eine Entschädigungsklage gegen Sara Fernanda Giromini wegen der Anprangerung des 10-jährigen Mädchens eingereicht.

Im Visier der Behörden

Ende Mai 2020 wurde unter anderem auch Giromini das Ziel einer Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion der Bundespolizei. Die sogenannte „Operação Fake News“ erfolgte im Rahmen einer polizeilichen Untersuchung gegen ein „hate-office“ („Gabinete do Ódio“) mit einer breit angelegten Fake-News-Struktur. Das Bundesgericht (STF) untersucht hierbei insbesondere die Verbreitung von Falschmeldungen und Drohungen gegen Politiker_innen und Richter_innen. An dieser Kommunikationsstruktur waren Geschäftsleute und Blogger beteiligt, die falsche Nachrichten verbreiteten und dazu falsche Profile (Roboter/Bots) nutzten. Die spanische Tageszeitung „El Pais“ hatte am 27. Mai berichtet, das mit Hilfe von Bots betriebene System sei von Unternehmer_innen finanziert worden, die dem rechten Präsidenten nahestehen. Insgesamt wurden 29 Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse vollstreckt, u.a. bei dem Blogger Allan dos Santos von der extrem rechten Webseite „Terça Livre“, dem Komiker Rey Biannchi, dem Kongressabgeordneten Douglas Garcia, dem Bundesabgeordneten Filipe Barros, dem ehemaligen Bundesabgeordneten Roberto Jefferson und Geschäftsleuten wie Luciano Hang (Havan) und Edgard Corona (Smart Fit). Nach der Beschlagnahmung ihres Mobiltelefons und Computers in diesem Zusammenhang war Giromini so erzürnt, dass sie in einem Video Drohungen gegen einen beteiligten Beamten aussprach. Im Juni wurde die Bolsonaro-Unterstützungsgruppe „300 do Brasil“ von der Polizei wegen des Vorwurfs durchsucht, die nationale Sicherheit des Landes zu gefährden. Dass Giromini mehrfach öffentlich damit gedroht hatte, einen Richter des Obersten Gerichtshofs zu schlagen, dürfte ihre Lage nicht verbessert haben. Am 30. Mai hatte die Gruppe „300 do Brasil“ um Giromini einen Fackelmarsch mit weißen Masken zum Obersten Gerichtshof initiiert. Angeführt von Giromini hatten rund 20 ihrer AnhängerInnen nach der Räumung eines Protest-Zeltlagers versucht, den Kongress zu stürmen und Pyrotechnik gezündet. Die Zeitschrift „istoe“ sprach von einer „farsa da guerrilheira“ (einer Farce von Guerilla), denn die lediglich 20 Zelte des sogenannten „Widerstand-Camps“, die einen Monat vor dem Kongress in Brasilia aufgestellt waren, hatten nicht weniger als die „Schließung“ des Obersten Gerichtshofes und die Entlassung des Präsidenten des Repräsentantenhauses gefordert. Interessantes Detail der politischen Wochenzeitschrift: Die meist unbewohnten Zelte wurden alle auf einmal angeliefert und aufgebaut. Darüber hinaus waren sie typengleich mit den Zelten, die von Bolsonaro-Anhänger Luciano Hang in seiner Kaufhauskette Havan verkauft werden. Nach einem Monat konstatierten die in Brasilia ansässigen Staatsanwälte: „Die Präsenz bewaffneter Milizen in der zentralen Region der Hauptstadt des Landes stellt einen eindeutigen Schaden für die Ordnung und die öffentliche Sicherheit dar“. •

1 Auf Twitter hatte sie fast 270 000 Follower, einige Accounts (Twitter, Instagram, Youtube) wurden zum Schutz des minderjährigen Mädchens gesperrt. Ihr Facebook-Konto und andere Kanäle auf Youtube und Telegram blieben. Die Accounts von Facebook und Twitter die im Zuge der Fake-News-Ermittlungen in Brasilien gesperrt wurden, waren weiter über ausländischer Server aufrufbar. Darum ordnete ein Richter die komplette Sperrung an. Twitter kam dem nach, Facebook erst einmal nicht und wurde daher zu einer Geldstrafe verurteilt. Erst nachdem dem Direktor von Facebook und Instagram in Brasilien persönlich Geldstrafen drohten, lenkte der Konzern ein. Facebook legte Berufung ein und Präsident Bolsonaro hat persönlich die Staatsanwaltschaft beauftragt, die Sperrung der Konten zu überprüfen.

Robert Claus
Ihr Kampf
Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert
19,95 Euro
ISBN: 9783730705155
Werkstatt Verlag



Nach „Hooligans – Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik“ ist „Ihr Kampf – Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert“ das zweite Buch von Robert Claus zum Themenfeld Sport und extreme Rechte. Auch diesmal konnte er mehrere Gastautor*innen gewinnen, deren Artikel durchweg eine Bereicherung für den Band sind. Kampfsport und die (extreme) Rechte ist zwar immer wieder mal Thema in antifaschistischen Kreisen, aber bisher lag kein Buch vor, in dem der gesamte Gegenstand aktuell und grundlegend beleuchtet wurde.

Das Buch ist in drei Kapitel eingeteilt, wobei im ersten „Kampfsport in der extremen Rechten in Deutschland“ thematisiert wird. In einem Interview mit dem Historiker Prof. Dr. Lorenz Peiffer wird ein Rückblick auf den Nationalsozialismus geworfen, in dem körperliche Ertüchtigung und Kampf zum Erziehungsideal gehörte und auch der heutigen Szene als Vorbild dient. Im Abschnitt zum „Kampf der Nibelungen“ wird das größte rechte Kampsport-Event, welches auch über Deutschland hinaus Strahlkraft hat, dessen Organisatoren und die dort auftretenden Kämpfer unter die Lupe genommen. Der Beitrag zu Hooligans setzt da an wo das Vorgänger-Buch von Claus aufgehört hat. Beschrieben werden die jeweiligen Verbindungen sowie das Nutzen der Szene als Rekrutierungsfeld von Neonazis. Einen Überblick zum Zusammenhang von RechtsRock-Bands und rechten Sportmarken sowie den sich daraus für die extreme Rechte ergebenden finanziellen Möglichkeiten liefern Tobias Hoff und Jan Raabe in ihrem Gastbeitrag. Einen aufschlußreichen Blick auf die Security-Branche, in der häufig auch extrem Rechte mitmischen, wirft Olia Coşkun. Weitere Gastautor*innen schreiben im Abschnitt „Kampfsport in der extremen Rechten International“ sehr lesenswerte Berichte zur Situation und den Strukturen in Italien, Polen, Russland, Frankreich und Griechenland. Das Kapitel wird abgerundet mit einem Reisebericht aus Thailand, in dem Claus aufzeigt, wie das Land immer stärker als Trainings- und Urlaubsort für rechte KampfsportlerInnen genutzt wird. Im letzten Abschnitt „Ausblick und Diskussion“ kommen verschiedene Sportler*innen, Trainer*innen, Vereine und Initiativen zu Wort um ihre Aktivitäten zu beschreiben, die sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise mit dem Themenfeld beschäftigen sowie den Versuchen Kampfsport nazifrei zu halten und gleichzeitig Vielfalt und Respekt im Gym, bei Turnieren aber auch allgemein im Sport hoch zu halten.

In einigen Artikeln kommt zwar immer wieder mal das Thema aggressiver männlicher Inszenierung und Körperkult vor, doch wäre ein eigenes ausführlicheres Kapitel dazu sinnvoll gewesen, um zu verdeutlichen das Misogynie eine der Wurzeln des Problems ist. Auch kommen viele Namen, Clubs und Daten vor und nicht alle sind zwingend geläufig, doch scheint dies notwendig, da die rechte Kampfsportszene weit vernetzt und verzweigt ist – lokal, überregional und international. Sie mischt mit im RechtsRock-Buisness, betreibt eigene Sportstudios und immer wieder treten Neonazis auch bei nicht-rechten Events an.

Robert Claus und die Gastautor*innen steigen tief in die Materie ein, verlieren sich jedoch nicht in reinem Namedropping oder Fachsimpelei. Das Buch schafft es das Thema verständlich, gut strukturiert und vor allem fundiert und quellensicher den Leser*innen näher zu bringen, die in den Bereich (extreme) Rechte und Kampfsport (bisher) keine tiefen Einblicke hatten.

Das Buch ist den Betroffenen rechter Gewalttaten gewidmet und auch das Vorwort von Dr. Daimagüler und Hr. Özata, die als Nebenkläger im NSU-Prozess involviert waren, macht deutlich, welche Gefahren von diesen Strukturen und Personen ausgehen. Antifaschist*innen sollten das Thema im Blick behalten, das Buch hilft dabei. •

Neue Wege für vergleichende Faschismusforschung und antifaschistische Debatte.

Dieses schlanke Werk entstand als Auftragsarbeit nach einer Ausschreibung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Auftrag war sehr groß bemessen. Für ihn hätten eigentlich mehrere dicke Bücher gefüllt werden müssen. Daher ist den Autoren kaum vorzuwerfen, dass einige wenige Abschnitte ihres Buches allzu gedrängt und kurz abgerissen wirken.

Vielmehr haben die Autoren Bewundernswertes geleistet: Sie resümieren wichtige Stränge der Theorie und Forschung; sie präsentieren (auf den Seiten 17 und 18) eine beschreibende Arbeitsdefinition des Faschismus, die wohl alle seine Hauptaspekte und Hauptmerkmale enthält; sie reißen die historische Entwicklung des Faschismus in Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn ab; sie verknüpfen die Faschismusforschung mit der Rechtsextremismusforschung. Damit nicht genug: Zum Ende des Buches kommt eine ganze Reihe von Fachleuten aus mehreren europäischen Ländern zu Wort. In 13 kurzen Interviews äußern sich nicht nur akademische Größen, sondern z.B. auch Mitarbeiter*innen des Berliner „Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums“ (Apabiz) und antifaschistischer Zeitschriften.

Alexander Häusler und Michael Fehrenschild beginnen auf wegweisende Art mit einer wichtigen Arbeit: Sie wenden die historisch entstandenen Faschismustheorien systematisch auf die heutige gesellschaftliche Situation und vor allem auf die aktuelle extreme Rechte an. Als Fazit ihres Werkes und ihrer Interviews mit Fachleuten kann gelten: Zwar existieren heute in ganz Europa hochgefährliche Gruppierungen, die sämtliche Kriterien für Faschismus erfüllen. Aber sie sind weit von der massenhaften Mobilisierungskraft ihrer Vorläufer aus der Zeit von 1918 bis 1945 entfernt. Die heute tonangebenden Kräfte der extremen Rechten - oft als „rechtspopulistisch“ bezeichnet - unterscheiden sich ebenso gravierend von den historischen Faschismen, wie sich die heutige kapitalistische Gesellschaft von der damaligen unterscheidet.

Doch ist die Entstehung neuer faschistischer Massenbewegungen keineswegs ausgeschlossen. Im Buch von A. Häusler und M. Fehrenschild wird warnend darauf hingewiesen, dass sich zum Beispiel in einigen ostdeutschen Regionen eine völkische, rassistische Massenmobilisierung und eine „Faschisierung des Alltags“ vollzieht. Vielleicht sind die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien nur das Vorspiel einer neuen Epoche des Faschismus, der sie den Weg und den Boden bereiten? Dann wäre ihnen die Bezeichnung „Protofaschismus“ durchaus angemessen.

Faschistische Bewegungen können als autoritäre, radikal antiemanzipatorische Reaktion auf Probleme und Krisen im modernen Kapitalismus verstanden werden. A. Häusler und M. Fehrenschild betonen das in dieser Krisenreaktion enthaltene „Erhebungs- und Erlösungsversprechen“ an unzufriedene, autoritär und nationalistisch gestimmte Bevölkerungsmassen. Dieses Versprechen gewinnt seine Zugkraft und Glaubwürdigkeit ganz wesentlich durch die faschistische Entwendung und Umdeutung links-emanzipatorischer Formelemente. A. Häusler und M. Fehrenschild stellen das in Anlehnung an Theoretiker wie Antonio Gramsci, Franz L. Neumann und Eric Hobsbawm prägnant dar.

A. Häuslers und M. Fehrenschilds Buch schärft den Blick auf die historische und aktuelle extreme Rechte, es leistet wichtige Grundlagenarbeit für die Aktualisierung von Faschismusforschung und Faschismustheorie - und damit auch einen wertvollen Beitrag zu wirksamem Antifaschismus auf der Höhe der Zeit. Das Buch steht zum freien Download zur Verfügung. •

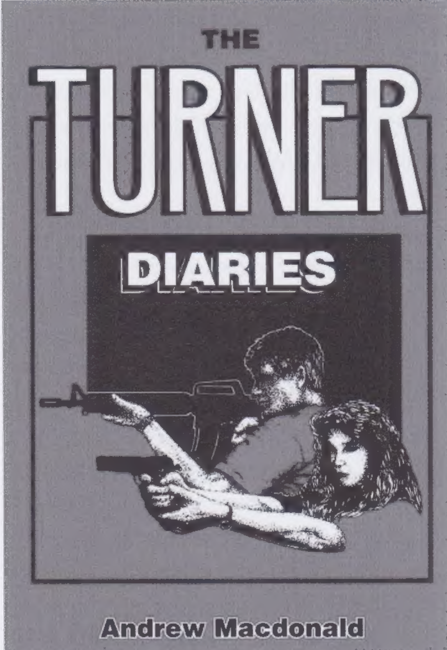
Alexander Häusler/Michael Fehrenschild:
Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs.
kostenfrei
Rosa-Luxemburg-Stiftung



Neonazi-Terror: „Führerloser Widerstand“

Im Herbst 1997 beschäftigte sich das Antifaschistische Infoblatt in der Ausgabe 40 mit Neonazi-Terror und seinen Konzepten. Im Artikel „Der Werwolf und sein Stichwortgeber. In Lübeck steht der Neonaziterrorist Kay Diesner vor Gericht“ schrieben wir unter anderem: Unstrittig ist, daß zahlreiche Neonazis – ob bei Wehrsportübungen oder in Kroatien – an Waffen ausgebildet wurden, und daß es zahlreiche regionale Zusammenhänge gibt, die sich nicht nur ausbilden, sondern auch mit dem Gedanken tragen, ihr Wissen in die Tat umzusetzen. Darüberhinaus kursieren in der deutschen NS-Szene bereits seit Anfang der 1990er Jahre Schriften, die den Aufbau einer bewaffneten Struktur propagieren und strategische Konzepte dafür vorlegen. Das 1991 erschienene „Eine Bewegung in Waffen“ gilt in der Neonaziszene als grundlegende Handlungsanleitung in Fragen des Aufbaus und der Tätigkeit einer terroristischen Untergrundstruktur. Propagiert wird der Aufbau eines „Werwolf“-Netzwerkes mit einzelnen Zellen, Verbindungsleuten und Depots. Die Aktionsform „Attentat“ wird als „Rechtsprechung im weitesten Sinn“ bezeichnet. Als mögliche Opfer werden unter anderem der „Scherge des Repressionsapparates“ und „alle diese Volksschädlinge, dieses plutokratische und marxistische Ungeziefer“ genannt. Und weiter heißt es, es müßten „alle Aktionen aus der Überraschung heraus erfolgen, welche wiederum nur im Angriff gewährleistet sein kann.“ Während Diesner nach den direkten Vorgaben für die Taten gehandelt zu haben scheint passt er nicht in das in den Heften vorgeschriebene Modell eines „Werwolfes“. Nicht nur, daß er kein Schläfer war, sondern im harten Kern der Berliner Neonazi-Szene agiert hat. Er hat auch offensichtlich nicht auf Anweisung von oben, von der „Organisationsleitung“, gehandelt, wie es vorgeschrieben ist. Zuwenig stimmt die innenpolitische Situation und die Stärke der Neonazis mit den strategischen Vorgaben aus „Eine Bewegung in Waffen“ überein. Grundsätzliche Überschneidungen mit Diesners Verhalten vor, während und nach der Tat finden sich allerdings in dem 1992 in den USA erschienen Aufsatz des „Führerlosen Widerstands“ („Leaderless Resistance“). Dort heißt es: „Nach der Strategie des fuhrerlosen Widerstandes operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie (...) nach Anweisungen.“ Ebenfalls aus den USA stammen die 1978 erschienen „Turner Diaries“, ein Kultroman der terroristischen Neonaziszene nicht nur in den USA. Das Buch schildert im Science-Fiction-Stil einen in den USA von Neonazis initiierten Rassenkrieg und belegt, in welcher ideologischen Welt sich die rechten Terroristen bewegen: „Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben.“ Im Frühling 1998 berichteten wir in der Ausgabe 43 in der Rubrik „Was geht ab?“ über drei „Rechte Bombenbastler“ aus Jena und deren Flucht vor der Polizei. Die Namen und Fotos von Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt waren Teil der Veröffentlichung. 13 Jahre später holten uns diese Bilder und Namen als ProtagonistInnen der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) wieder ein. •





KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
34. Jahrgang
Nummer 128 | 3.2020

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 127

TITEL
Der Antifasommer. 20 Jahre Aufstand der Anständigen

NS-Szene
Aryan Circle

Antifa
Interview mit Migrantifa-Initativen

Geschichte
Die dunklen Schatten des Robert-Koch-Institutes



AIB 126

TITEL
Die Urkaine - Sehnsuchtsort der extremen Rechten

NS-Szene
Verbot von Combat 18

Repression
Der Kampf gegen die VVN-BDA

International
Die Entstehung von Vox in Spanien

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

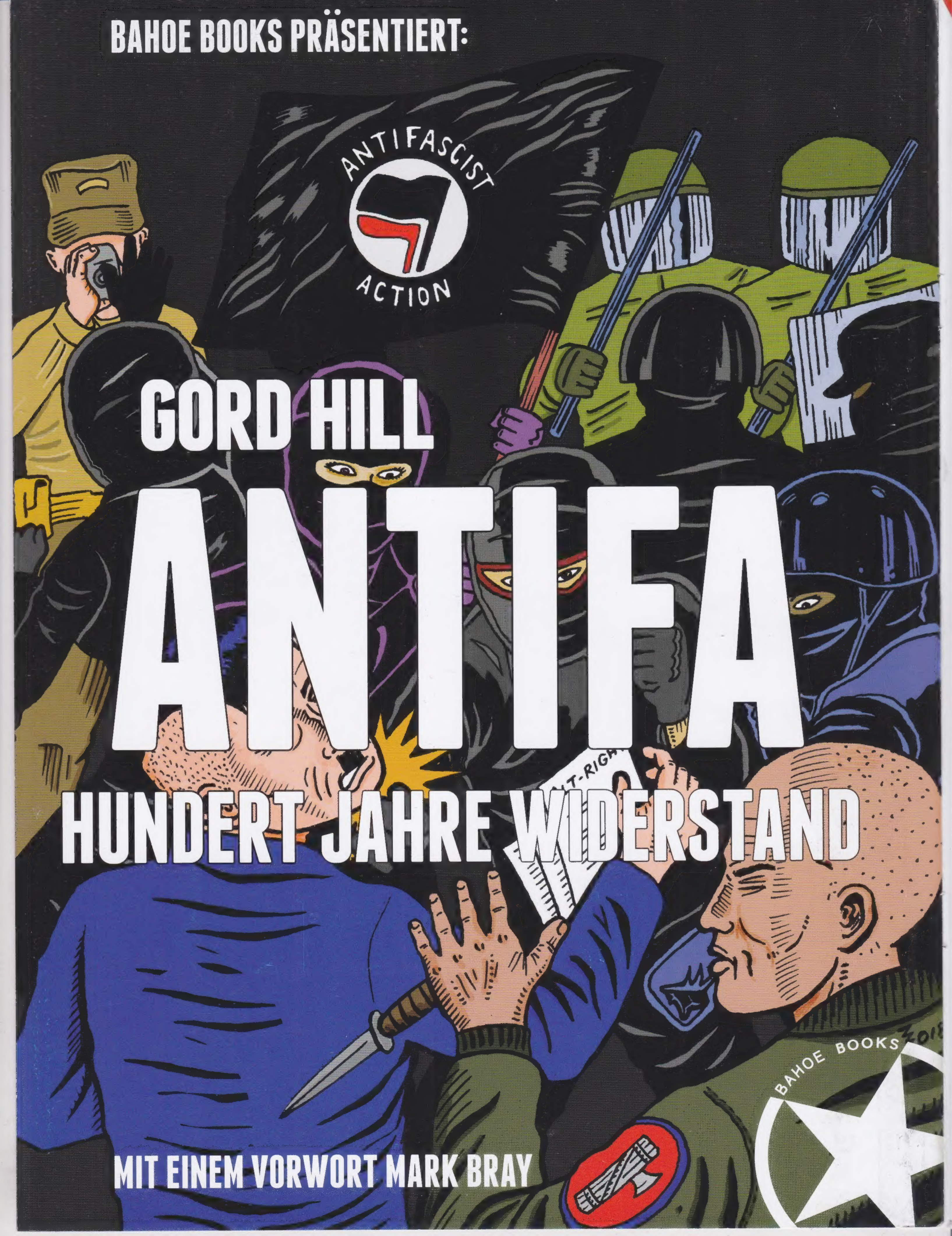
Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin


BAHOE BOOKS PRÄSENTIERT:
ANTIFASCIST ACTION
GORD HILL
ANTIFA
HUNDERT JAHRE WIDERSTAND
MIT EINEM VORWORT MARK BRAY
BAHOE BOOKS